

## **Parlamentarische Enquete des Salzburger Landtages**

### **„Wege zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft“**

**Mittwoch, 31. Jänner 2007, 9:00 Uhr**

**(Beginn der Enquete: 9:08 Uhr)**

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren!

Darf ich Sie alle hier in St. Virgil herzlich begrüßen! Ich begrüße Sie in Vertretung von Landtagspräsident Hans Holztrattner, der sich nach einer Operation in St. Veit erholt und Sie alle grüßen lässt. Ich begrüße Sie als Zweiter Landtagspräsident namens des Salzburger Landtags, der heute mit 20 anwesenden Abgeordneten aus allen Landtagsparteien diese Parlamentarische Enquete ausrichtet und Sie alle willkommen heißt.

Darf ich ohne Rücksicht auf das Protokoll zuerst Naomi begrüßen, eine Schülerin der Insel „Haus der Jugend“. Ich begrüße an der Spitze unserer erwachsenen Gäste den Herrn Erzbischof Dr. Alois Kothgasser. Unser Gruß gilt unserer Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller. Besonders freue ich mich, dass Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer gekommen ist. Aus dem Team der Salzburger Landesregierung begrüße ich auch Landesrätin Doraja Eberle und Landesrat Walter Blachfellner.

Wir freuen uns über die Teilnahme zahlreicher Bürgermeister, vieler Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, vieler Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter aus vielen der 119 Salzburger Gemeinden. Ihnen allen auch namens meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag ein herzliches Grüß Gott in St. Virgil.

Meinen Gruß darf ich entbieten dem Team, das mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsparteien diese Enquete lang und intensiv und in vielen Besprechungen vorbereitet hat: Landtagsdirektor Hofrat Dr. Karl Edtstadler und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Direktor Mag. Peter Braun und Mag. Michaela Luckmann vom Bildungszentrum St. Virgil. Unser Dank an St. Virgil auch für die heutige Gastfreundschaft!

Ich begrüße die Hofrätinnen und Hofräte und weitere Expertinnen oder Experten aus dem Amt der Salzburger Landesregierung. Mit Freude darf ich viele Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedensten Einrichtungen der Kinderfreundlichkeit, der Kinderbetreuung, der Interessensvertretung der uns anvertrauten Kinder begrüßen. Ich danke, dass Sie sich für dieses wichtige

Thema viel Zeit genommen haben, sich heute interessieren, und ich darf namentlich eine Persönlichkeit besonders aus dieser Gruppe herausgreifen, die Präsidentin der Katholischen Aktion Salzburgs und Österreichs, Frau Dr. Luitgard Derschmidt.

Ich begrüße mit Respekt unsere heutigen Referentinnen und Referenten, die uns ihre Orientierungspunkte und Wegweiser für Wege in eine kinderfreundlichere Gesellschaft mitgeben werden. Ich darf die Referentinnen und Referenten dann einzeln vorstellen. Und ich freue mich auch darüber, dass wir zahlreiche Medienvertreter unter uns haben, die sicher für eine ausgiebige, positive und nachhaltige Berichterstattung sorgen werden.

Ich darf Sie bitten, dass ich Sie zügig durch das Programm begleiten darf. Es ist ein umfangreiches Programm geworden. Es liegt Ihnen in der Teilnehmerinnen- und Teilnehmer-Mappe vor. Ich möchte mich bemühen, für die Einhaltung der Zeiten zu sorgen. Darf ich auch besonders darauf hinweisen, dass das dichte Programm für den Vormittag das Hauptreferat und weitere Impulsreferate vorsieht. Nach der Pause kommen dann die Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter aus der Landesregierung und den Landtagsparteien. Ich bitte Sie, sich Ihre Beiträge, zumindest was den offiziellen Part betrifft, aufzusparen für die Gesprächsforen, die wir für den Nachmittag geplant haben, und für das abschließende Plenum, das wieder hier im Saal stattfinden wird.

Ich möchte zu Beginn die Persönlichkeit zu Wort bitten, die schon im Jahr 2005 in mehreren Gesprächen mit Landtagsparteien angeregt hat, das Thema der Kinderfreundlichkeit dieser Gesellschaft auch seitens des Landtags aufzugreifen: Herr Erzbischof, ich darf um den Beitrag bitten!

**Erzbischof Alois Kothgasser:** Dreifach ist die Freude, die mich an diesem Morgen erfüllt. Zuerst das Thema, das uns bewegt. Das Zweite, weil es gerade an einem Tag ist, der für mich besonders denkwürdig ist, es ist der Gedenktag des heiligen Johannes Bosco, des großen Jugendziehers von Turin, über den der Zweite Landtagspräsident unter dem Titel „Unsere Feste“ eine ganze Seite im Internet geschrieben hat. Dafür danke ich ihm. Und der dritte Grund, worüber ich mich freue, ist, dass so viele zu diesem Thema gekommen sind. Es ist ein Zeichen dafür, dass es wichtig ist, um uns und um unsere Zukunft geht.

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrter Herr Zweiter Landtagspräsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Mitglieder des Salzburger Landtages! Geschätzte Damen und Herren!

Lassen Sie mich eingangs Dank sagen für das Zustandekommen dieser Enquete zum Thema „Kinderfreundlichere Gesellschaft“, die vom Landtag gemeinsam mit St. Virgil veranstaltet wird.

Mit dieser Thematik verbinden sich grundlegende, ja existenzielle Dimensionen und Fragen unserer gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung.

Wenn ich als Erzbischof die Gelegenheit habe, bei dieser Landtagsenquete ein Wort der Begrüßung zu halten, so ist dies nicht ein Signal für die Renaissance alter Bilder der Verbindung von Thron und Altar. Der Hintergrund ist vielmehr, dass ich gemeinsam mit Verantwortlichen aus der Erzdiözese regelmäßig Gespräche mit Verantwortlichen aus den Parteien führe. Bereits vor einiger Zeit ist in diesem Zusammenhang die Idee zur Durchführung dieser Landtagsenquete entstanden. Weiters wurde angeregt, eine Fachtagung zum Thema „Kinder in Pflege- und Adoptivfamilien“ zu realisieren. Diese Fachtagung wird in einem Monat ebenfalls hier in diesem Haus stattfinden.

Geschätzte Damen und Herren, die Kinderfreundlichkeit ist eines der zentralen Gradmesser der Menschen- und Lebensfreundlichkeit einer Gesellschaft. Oder anders formuliert, je mehr es uns gelingt, ein gesellschaftliches Klima zu realisieren, das dem Leben zugewandt, lebensfördernd und lebensfreundlich ist, desto kinderfreundlicher wird auch die Gesellschaft sein.

Österreich sieht wie viele Länder in Europa relativ alt aus. Was die Kinder angeht, gehören wir zu den ärmeren Ländern der Welt. Obwohl die bessere ökonomische Situation eigentlich die Finanzierung von mehreren Kindern begünstigt, entscheiden sich Paare in wohlhabenden Ländern für immer weniger Nachwuchs. Es vergeht kaum eine Woche, in der wir nicht aus den Medien erfahren, wie wichtig Kinder für unser zukünftiges Zusammenleben und für das Funktionieren der Gesellschaft sind: für die Sozialsysteme und das Wirtschaftssystem insgesamt. Kinder sind aber weit mehr als nur Funktionsträger dieser Systeme. Jedes einzelne Kind ist, wie Dostojewski einmal sagte, „ein neuer Geist, ein neues Denken, eine neue Liebe“.

Wir sollten uns gemeinsam der Frage stellen, was in unserem Land, was an den Rahmenbedingungen, an den Strukturen und an den allgemein vorherrschenden Einstellungen und Haltungen dazu führt, dass es Menschen so schwer fällt, sich auf das Geschenk neuen Lebens einzulassen. Die Gründe für die Entwicklungen sind sicherlich vielfältig und die Expertinnen und Experten werden uns heute einiges an Gründen und Perspektiven präsentieren. Eines dürfte allerdings vorweg klar sein, es gibt nicht die eine und alleinige Ursache und Lösung.

Sicherlich können und müssen wir darüber nachdenken, wie wir die Rahmenbedingungen für Schwangere, für Kinder, für Familien verbessern, und zwar

- im Bereich der Erwerbsarbeit, wenn es um familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Berufswelt geht,
- in der Familien- und Sozialpolitik, wenn es um die ausreichende finanzielle Absicherung für Familien geht,

- auf dem Wohnungsmarkt, wenn es um sozial verträgliche Mieten und Lebensbedingungen geht, die Familien nicht isolieren,
- beim Ausbau der Eltern-Kind-Zentren und Beratungseinrichtungen, die Kinder und Eltern in ihrer Entwicklung begleiten,
- in den Kindergärten und in den Schulen, die Kindern mehr und ausreichend Zeit, Zuwendung, Beziehungen und Raum anbieten sollten, damit sie sich seelisch gesund entwickeln können, und schließlich
- bei der Aufwertung der Familienarbeit, die Frauen und Männer leisten.

Über diese und andere Maßnahmen werden Sie sicherlich heute intensiv diskutieren. Es ist mir ein Anliegen, auf die verheerenden Folgen von Kinderarmut hinzuweisen. Eine Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft bei Kindern verringert nachhaltig die Chancen, aus dem eigenen Leben etwas zu machen. Kinderarmut führt in vielen Fällen zu chronischer Armut und wir wissen, dass gerade kinderreiche Familien zu den Risikogruppen armutsgefährdeter Menschen gehören.

Ich möchte die Gelegenheit zum Anlass nehmen, auf die Gefahr einer Kinder- und Familienvergessenheit in der Politik hinzuweisen. Schenken wir nicht heute so genannten Standortfragen der Wirtschaft und entsprechenden Fragen des Infrastrukturausbaus zum Beispiel von Straßen, dem technologischen Wandel deutlich mehr Aufmerksamkeit, wie den Lebensbedingungen für Familien? Neben dem wirtschaftlichen und technologischen Wachstum brauchen wir genauso dringend soziales Wachstum. Wir brauchen und bemühen uns um exzellente Forschung, wenn es um neue Technologien geht. Wir brauchen aber auch eine Weiterentwicklung der humanwissenschaftlichen Forschung. So haben wir in Österreich kein einziges universitäres Institut oder eine wissenschaftliche Abteilung, die sich schwerpunktmäßig mit pränataler oder perinataler Psychologie, also mit dem Anfang des Lebens beschäftigt.

Stimmen möglicherweise unsere Maßstäbe, Wertorientierungen, unsere gesellschaftlichen Konsense nicht mehr oder haben sie sich auseinander entwickelt? Haben sich unsere Wertorientierungen verschoben? Wir alle wissen, wie wichtig gelingende Sozialbeziehungen und soziale Resonanz für die seelische Gesundheit eines Menschen allgemein und die von Kindern im Besonderen sind. Der bekannte Mediziner und Neurobiologe Joachim Bauer hat in seinem neuesten Buch „Prinzip Menschlichkeit“ eindrücklich ausgeführt, dass alle medizinischen, neurobiologischen und psychologischen Erkenntnisse darauf hinweisen, dass der Mensch nicht für gesellschaftliche Modelle gemacht ist, in denen Konkurrenz und Selektion vorherrschen. Kern aller menschlichen Motivation ist es, zwischenmenschliche Zuwendung, Wertschätzung und vor allem Liebe zu finden und zu geben. Werte und Haltungen wie Achtsamkeit, Ansehen, Solidarität, Kooperation, Zeit für einander sind demnach für eine Gesellschaft und ihr soziales Wachstum und ganz besonders für eine kinderfreundlichere Gesellschaft von größter Bedeu-

tung. Unser gesellschaftliches Zusammenleben ist aber zunehmend von Haltungen geprägt, die Konkurrenz, individuelles Erfolgsstreben, Konsum und Selektion für bedeutsam halten. Konkurrenz und Selektion prägen die Schulen, die Universitäten und das Arbeitsleben. Mir persönlich graut vor einer Gesellschaft, in der Menschen nur nach ihrer Nützlichkeit beurteilt werden und in der mit der Selektion schon vor der Geburt begonnen wird. Kant hat das einmal klar formuliert, wenn er sagt: "Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, das hat eine Würde".

Unsere Gesellschaft braucht neue Initiativen, die den sozialen Zusammenhalt und das Leben von Familien mit Kindern fördern. Wir brauchen ein Ringen um gemeinsame Wertorientierungen, die auch Kindern und Jugendlichen eine lebenswerte Zukunft und Orientierung erschließen. Wir brauchen ein Umfeld für Kinder, in dem auch ihre Bedürfnisse, ihre Eigenheiten, ihre Wünsche und Fragen ernst genommen werden können. Wer Kindern respektvoll Raum und Orientierung ermöglichen will, muss auch ihre psychischen, physischen und seelischen Bedürfnisse und ihre Fragen ernst nehmen, auch ihre philosophischen und religiösen Fragen, ohne dabei Kinder zu Objekten unserer eigenen Überzeugungen und Vorstellungen machen zu wollen. Kinder sind nicht kleine Erwachsene. Sie haben ein Recht auf Achtung, auf Anerkennung ihrer Verletzlichkeit und auf Zuerkennung eines geschützten Raumes, in dem sie wachsen und sich entfalten können.

Natürlich fangen wir nicht beim Nullpunkt an. Aber wir brauchen neue gemeinsame Initiativen für eine kinderfreundlichere Gesellschaft, die eine bessere Zusammenarbeit von Kindergärten, Eltern-Kind-Zentren, Schulen, Erwachsenenbildungs- und Beratungseinrichtungen, von Land, Städten und Gemeinden, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft, von Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen im Interesse von Kindern verwirklichen.

Geschätzte Damen und Herren, Appelle zur Änderung von Mentalitäten und Werthaltungen werden sicher nicht ausreichen, unser Land wieder kinderfreundlicher zu machen. Ohne veränderte Haltungen und Wertorientierungen, ohne ein neues Denken werden wir diese Option aber auch nicht umsetzen. Ich wünsche dieser Enquete ergiebige Aufklärung über eine wichtige Frage und einen guten Boden für viele gute neue Initiativen und Projekte für Familien und die Kinder in unserem Land. Ich danke Ihnen. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Herr Erzbischof! Danke für die Grußworte und für die mahnenden Worte und auch dafür, dass der Titel unserer Veranstaltung - „kinderfreundlicher“ im Komparativ - so deutlich herausgekommen ist. Wir wollen ja auf diesem Weg zu mehr Kinderfreundlichkeit kommen.

Ich darf noch nachtragen die Begrüßung eines Vertreters dieses Hauses, den Rektor von St. Virgil, Prälat Hans-Walther Vavrovsky.

Meine Damen und Herren! Mitten in den letzten Vorbereitungen für diese Enquete erreichte uns eine Mail aus der "Insel", dem Haus der Jugend, unter anderem mit diesem Satz, Zitat: „Die siebenjährige Naomi Sophie Rieger hat ein bezauberndes Märchenbuch gestaltet. Wir möchten dieses Märchen als dreiminütiges Eintauchen in dieses Märchen vorstellen!“ Soweit diese Mail von der Vorwoche. Begrüßen Sie mit mir Naomi Sophie Rieger, Direktor Heimo Weilharter und Dr. Helmut Mantl von der "Insel" Haus der Jugend, einer kinderfreundlichen Einrichtung, die seit 60 Jahren existiert und heuer 60 Jahre jung wird! Bitte Helmut Mantl, bitte Heimo Weilharter, bitte Naomi Sophie Rieger!

**Dr. Helmut Mantl** (Insel Haus der Jugend): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mütter, Väter und Wegbegleiter von Kindern!

Kinder lieben es, auf alle möglichen Inseln verzaubert zu werden, dort fantastische Abenteuer zu erleben, unbeschreiblichen Wesen zu begegnen und ihre eigenen Fähigkeiten als Zauberer, Königinnen oder Helden auszuleben. Naomi Sophie Rieger lebt auf einer dieser Inseln mitten in Salzburg. Die Siebenjährige, noch nicht ganz, sechsdreiviertel-jährige Sophie, Märchenkünstlerin, entführt uns in eine besondere Welt der Suche. Das Märchenbuch ist ein exklusives Geschenk an das Team der Kinderinsel Haus der Jugend unter kreativer Leitung von Direktor Heimo Weilharter. Es ist aber auch ein fachkundiges Gutachten zum Thema der heutigen Enquete aus der Zauberfeder einer Kinderexpertin.

In den meisten Märchen verbirgt sich eine geheimnisvolle Absicht, die Welt und die Menschen zu verbessern. In Naomis Inselmärchen wird dieses Geheimnis gelüftet, zum Glück.

**Naomi Sophie Rieger** (Audio-Übertragung): Es war einmal eine Pferdemutter, die würde in drei Tagen ein Kind bekommen. Und ein paar Kinder streichelten sie, weil sie so ein warmes Fell hatte. Als das Kind weg war, da ging die Pferdemutter in den Stall und überlegte, wie sie ihr Kind nennen sollte. Als die drei Tage vorbei waren, da brachte die Pferdemutter ihr Kind zur Welt. Als das Kind schon größer war, da brachte die Mutter dem kleinen Kind das Aufstehen bei.

Als ein kleines Rehkitz vorbeikam, da fragte es: „Wie ist der Weg zum Wald?“ Da unterhält sich das Rehkitz mit der Pferdemutter und es schaffte es, aufzustehen. Die Mutter klatschte mit den Vorderbeinen. Als das Fohlen schon älter war, da schickte die Mutter das Kind hinaus in die Welt, um sich ein paar Freunde und Freundinnen zu suchen. Aber es klappte nicht, weil es so bunt war und die anderen Pferde lachten es aus und zeigten die Zunge. Es machte sich auf

den Weg zum Stall und wollte der Mutter alles erzählen, was geschehen war. Als das die Mutter hörte, da machte die Mutter das Lieblingsessen. Aber es half nichts, weil das Fohlen keinen Hunger hatte, weil es so traurig war ohne Freunde und ohne Freund.

Als eine Fee das kleine Fohlen in eine Giraffe verzauberte, da war ein Krokodil vom Himmel gefallen und ein paar Mäuse kletterten in das Krokodilmaul. Als die Sonne so einen heißen Sommertag machte, machten sich die Tiere auf den Weg zur Riesengiraffe, die die Fee verzaubert hatte. Als die Riesenflut kam von Afrika, da hatte sich ein kleines Rehkitz in der Wüste verlaufen. Als der Spuk vorbei war, da rutschten die Tiere von dem Giraffenhals hinunter und die Fee verzauberte die Vorderbeine der Rehkuh. Als die Tiere sich bei der Giraffe bedankten, da liefen die Tiere weg, um süße Blätter zu suchen.

Als die Fee die Giraffe wieder ins kleine einsame Fohlen verwandelte, da bedankten sich die ganzen Tiere, nicht nur das kleine Rehkitz. Und noch mehr Tiere, sie wurden Freunde. Noch mehr Tiere bedankten sich, die zugeschaut haben. Und die Riesengiraffe hatte die Kinder gerettet. Und es war ein schöner Tag. Und das kleine Fohlen machte sich sofort auf den Weg zum Stall mit lächelndem Gesicht, um alles der Mutter zu erzählen. (Beifall)

**Dr. Helmut Mantl:** Vielen Dank Naomi. Antoine de Saint Exupery bedauert, dass ihm die großen Leute geraten haben, Zitat: „Das Zeichnen von offenen und geschlossenen Riesenschlangen schon im Alter von sieben Jahren aufzugeben und sich mehr für Geografie, Geschichte, Rechnen und Grammatik zu interessieren. Aber die großen Leute verstehen nie etwas von selbst und für die Kinder ist es zu anstrengend, ihnen immer und immer wieder erklären zu müssen.“ Zitat Ende.

Kinder wie auch Erwachsene verbinden Insel mit einem geschützten Ort zur Erfüllung besonderer Wünsche und der Möglichkeit, sich frei schwebend zu entfalten. Wir sind nach 15 Jahren Insel-Architektur dank der finanziellen Unterstützung des Landes und der Stadt Salzburg dort angekommen. Ein Märchen ist wahr geworden. Vielen Dank im Namen des Insel-Teams. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute genau vor fünf Jahren berichtete die deutsche Tageszeitung von einem Vorfall in Hamburg: Pfadfinderinnen und Pfadfinder wollten zum Abschluss ihrer Fahrt auf dem Bahnsteig oder in der Wandelhalle des Hauptbahnhofs in Hamburg im Kreis zur Gitarre ein Lied singen. Für die 22-jährige Gruppenleiterin und ihre Gruppe ein wichtiger gemeinsamer Abschluss, für die Sicherheitsbeamten ein Verstoß gegen die Hausordnung. Sie drohten mehrfach mit Rauschmiss oder Hausverbot. Die Bahnservice-Gesellschaft entschuldigte sich später: „Wir wollen

ja nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen!“ (Ende des Zitats aus der "Tageszeitung" vom 31. Jänner 2002.)

Wir wollen heute Wege zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft überlegen und besprechen. Wir wollen nicht so sehr das Kinderbetreuungsgesetz diskutieren, zerplücken oder verteidigen, das am Montag dieser Woche durch die Landesregierung dem Salzburger Landtag zur Beratung und zur Beschlussfassung übermittelt wurde. Kinderbetreuung ist sicher ein Thema von mehr Kinderfreundlichkeit, aber nicht das einzige!

Ich habe gestern in Google nach dem Wortpaar „kinderfreundlichere Gesellschaft“ gesucht: In Österreich habe ich 128 Seiten gefunden, 44 Seiten gab es mit dem Zusatzsuchbegriff „Salzburg“, ganze fünf Seiten gab es mit dem Zusatzbegriff „Alltag“. Ich möchte deshalb in wenigen Worten Ihnen, meinen kinderfreundlicheren Alltag ansprechen.

Ich erwarte mir heute nämlich Impulse auch für unseren kinderfreundlicheren Alltag in den öffentlichen Räumen und in unserem Einsatz für Kinderspielplätze, in unseren ganz konkreten Nachbarschaften und in unserer Freude an der Musik, die der Lärm von spielenden Kindern auch bedeuten kann. Ich erwarte mir Impulse für unsere Reaktionen auf Kinder, die uns aus dem Bus vor unserem Auto freundlich zuwinken und auf ein nicht immer sehr freundliches Gesicht stoßen. Ich erwarte mir Impulse für unsere Stadtzentren, für unsere Restaurants, für unsere kinderfreundlichen Cafés, wie wir sie erst kürzlich in einem Bericht aus der Mariahilferstraße in Wien erfahren durften. Ich erwarte mir auch Impulse für eine ansteckende Freude am werdenden Leben!

Ich erwarte mir heute Impulse für einen kinderfreundlicheren Alltag in unserer Aufmerksamkeit – der Herr Erzbischof hat es angesprochen – auf die Kinderarmut, die gestern in diesem Haus bei der Tagung zum "Grundeinkommen" angesprochen wurde. Ich erwarte mir Impulse für meine Aufmerksamkeit als Autofahrer und meine Geduldsproben am Zebrastreifen. Ich erwarte mir Offenheit von Politikerinnen und Politikern für Modelle wie den kürzlichen Kinderlandtag in Bayern oder das so genannte Kinderwahlrecht. Ich erwarte mir Impulse für den Kampf um eine gesunde Ernährung und für die Bereitschaft, den Familienlastenausgleich tatsächlich als Familienlastenverminderung zu sehen. Ich erwarte mir Impulse für meinen und Ihren kinderfreundlicheren Alltag auch im Ersatz des täglichen hektischen Grants durch ein wenigstens ansatzweises Lächeln für die jungen Menschen, die uns anvertraut sind! Ich erwarte mir auch Impulse für meine Geduld beim Kartenspielen mit unserem vierjährigen Enkel Leon!

Unsere Welt, unsere Kinder, unser Land sind Ereignisorte der Kinderfreundlichkeit. Stellen wir das Kind in die Mitte – frei nach Matthäus 18,2 – und versuchen wir, die Welt mit den Augen der Kinder zu sehen!

Ich darf Sie bitten, dass wir jetzt um das erste Referat des heutigen Tages bitten. Sie wissen ja, dass eine Parlamentarische Enquete die Aufgabe der Anhörung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen sowie zur Meinungsbildung hat. Dabei geht es um Angelegenheiten der Landesgesetzgebung und darüber hinaus um Angelegenheiten von landespolitischer Bedeutung. Die Enquete dient der Information der Mitglieder des Landtages, es werden keine Beschlüsse gefasst. Soweit der Ausflug in unsere Geschäftsordnung.

Ich darf noch anmerken, dass die heutige Enquete zur Gänze dokumentiert wird. Die Landtagskanzlei wird sich gemeinsam mit dem Landes-Pressebüro bemühen, die Ergebnisse sehr rasch in gedruckter Form vorzulegen.

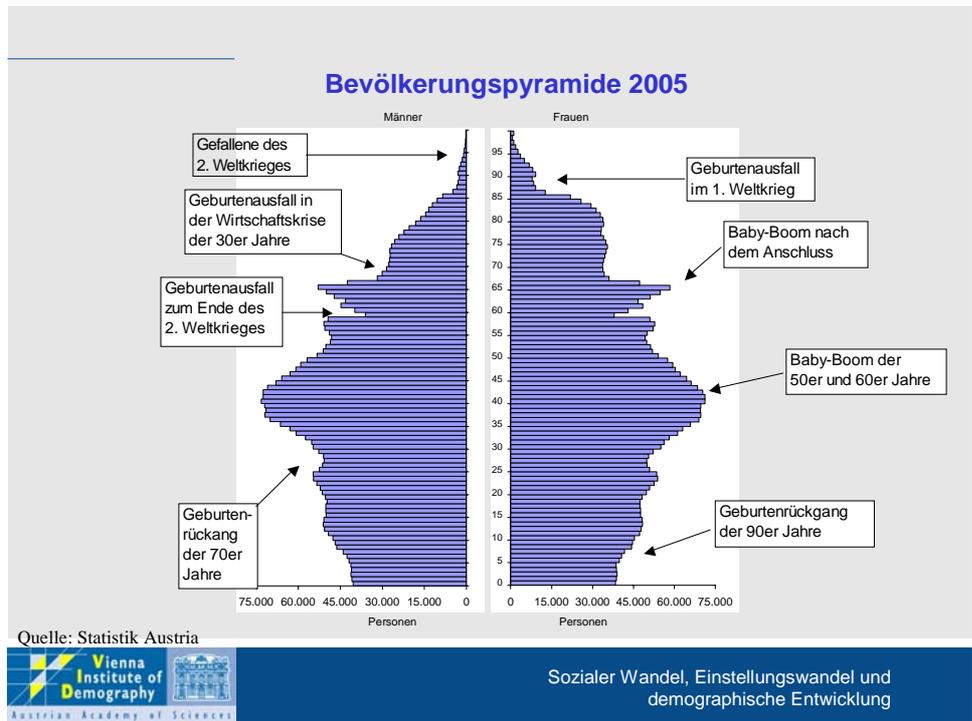
Ich darf nun bitten, dass uns Frau Dipl.-Ing. Mag. Dr. Isabella Buber-Ennser von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Institut für Demographie, über „Sozialer Wandel, Einstellungswandel und demographische Entwicklung“ informiert. Ich darf noch zur Frau Dr. Buber-Ennser sagen, dass sie technische Mathematik und Französisch in Wien studiert hat, seit 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften tätig ist und die Forschungsschwerpunkte Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, Kinderwunsch, Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienzeit ins Berufsleben und so weiter bearbeitet. Frau Doktor, ich darf Sie um Ihr Referat bitten! (Beifall)

**Dipl.-Ing. Mag. Dr. Isabella Buber-Ennser**, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Demographie: **Sozialer Wandel, Einstellungswandel und demographische Entwicklung**

## **1. Demographische Entwicklung**

Im Jahr 2005 lebten in Österreich 8,233.300 Personen (davon 526.900 in Salzburg). Bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Frauen gibt es ab dem Alter von 50 Jahren mehr Frauen als Männer.

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide 2005



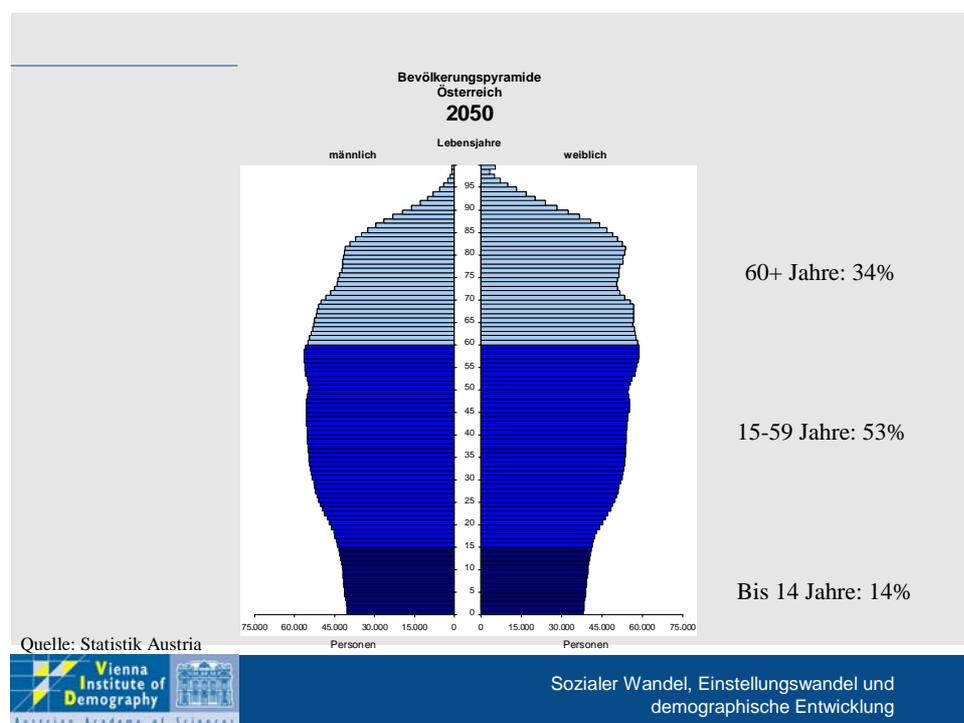
Durch die niedrigere Lebenserwartung der Männer und die Gefallenen im Zweiten Weltkrieg sind die Altersgruppen der hoch betagten Männer nur sehr dünn besetzt. Einschnitte bei Männern und Frauen spiegeln den Geburtenausfall im Ersten Weltkrieg sowie in der Wirtschaftskrise der 30er Jahre wider. Der Babyboom nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland ist in der Alterspyramide (Abbildung 1) ebenso gut erkennbar wie der Geburtenausfall zum Ende des Zweiten Weltkrieges. An der Bevölkerungspyramide deutlich zu sehen sind die Babyboomer der 50er und 60er Jahre, jene besonders zahlreichen Personen also, die in den 50er und 60er Jahren geboren wurden, und schließlich der Geburtenrückgang der 70er und 90er Jahre.

Die Demographie unterteilt die Bevölkerung häufig in drei breite Altersgruppen: in die Kinder und Jugendlichen, die potenziell Erwerbstätigen und die Älteren. Dabei wird traditionell die Grenze bei 15 und 60 Jahren gezogen. Personen im Alter von 15 bis 59 Jahren sind im erwerbsfähigen Alter, sie stellen die potenzielle Erwerbsbevölkerung dar, Kinder und Ältere sind von ihnen gesamtwirtschaftlich gesehen zu erhalten. Nach dieser Unterteilung sind heute 22 % der Österreicher 60 Jahre oder älter, 62 % im potenziellen Erwerbsalter. Kinder und Jugendliche machen einen Anteil von 16 % in unserer Gesellschaft aus.

Von unten wird diese Bevölkerungspyramide durch Geburten aufgefüllt. Man spricht aber nicht mehr von einer klassischen Pyramide, denn bei einer Pyramide ist die Basis breit und wird

nach oben immer schlanker. Manche sprechen hier von einem Pilz. Und genau dieser Pilz wird in den nächsten Jahrzehnten eine Herausforderung für unsere Gesellschaft, für die Finanzierbarkeit unseres Pensions- und Gesundheitssystems werden.

Abbildung 2: Bevölkerungspyramide 2050



Laut neuesten Prognosen der Statistik Austria wird unsere Bevölkerung im Jahr 2050 in etwa die folgende Struktur haben: Ein Drittel wird 60 Jahre oder älter sein, nur noch 53 % im potenziell erwerbsfähigen Alter, und 14 % werden bis zu 14 Jahre alt sein (Abbildung 3).

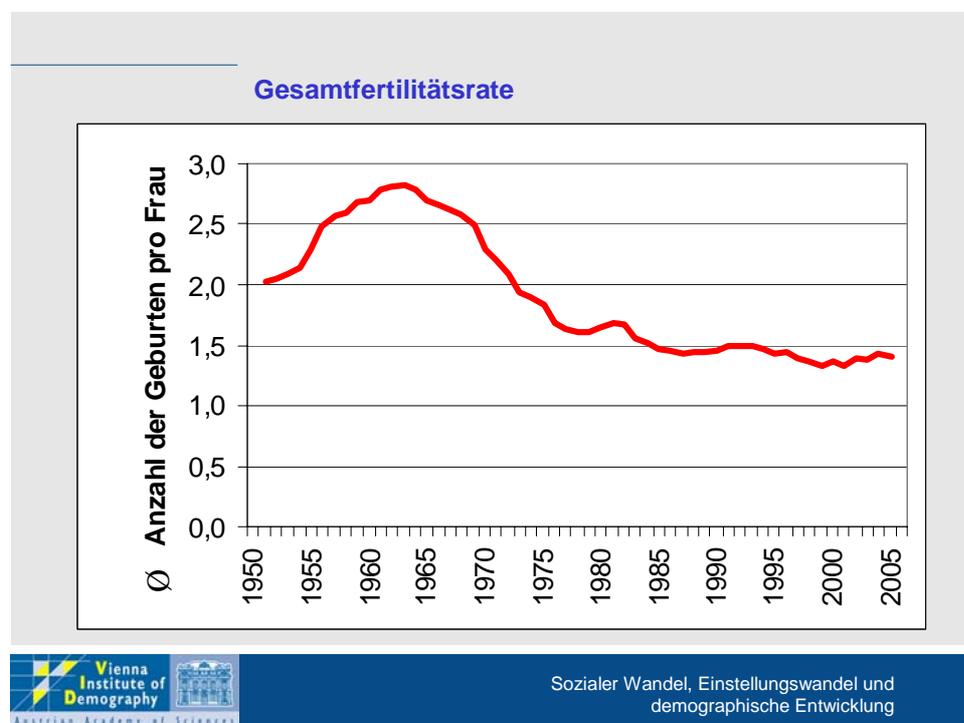
Die Bevölkerungsstruktur ist durch drei Determinanten bestimmt: durch Geburten, Sterbefälle und Migration. Migrationsströme sind schwer vorauszu sehen und auch sehr stark von politischen Entscheidungen abhängig. Die Statistik Austria rechnet in ihren Prognosen mit einem Rückgang der internationalen Zuwanderung von derzeit 115.000 Personen auf 100.000 im Jahr 2020. Werden neben den Zuwanderungen auch die Abwanderungen berücksichtigt, so entspricht dies einer Nettozuwanderung von 20.000 Personen pro Jahr. Neben der Migration und der Fertilität bestimmt die Mortalität oder mit anderen Worten die Lebenserwartung die Zusammensetzung einer Bevölkerung. Die Lebenserwartung stieg in den letzten Jahrzehnten markant an und wird auch weiterhin ansteigen. Sie beträgt derzeit 76 Jahre für Männer und 82 Jahre für Frauen. Man rechnet mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung auf 84 bzw 89 Jahre bis ins Jahr 2050.

Während die Bevölkerung auf dem gesamten Bundesgebiet laut Prognosen um etwa 9 % steigen wird, zeigen sich für die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Szenarien. Wien und Niederösterreich werden am stärksten an Bevölkerung gewinnen. Grund dafür ist vor allem die Zuwanderung. Das Bundesland Salzburg liegt nach diesen Prognosen unter dem Österreichschnitt und wird leicht zunehmen, um ca 6 %.

Was die Fertilität betrifft, so hatte im Jahr 1951 eine Frau in Österreich durchschnittlich zwei Kinder. Diese Zahl stieg in den 50er Jahren und der ersten Hälfte der 60er Jahre markant an und erreichte ihr Maximum im Jahre 1963 mit 2,8 Kindern. Die hohen Fertilitätsraten in den 50er und 60er Jahren brachten die sogenannten „Babyboomer“ hervor, die an der Bevölkerungspyramide deutlich erkennbar sind.

Ab Mitte und besonders ab Ende der 60er Jahre kam es aber zu einem raschen Sinken der Gesamtfertilitätsrate, sie erholte sich leicht zu Beginn der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre. Im Jahre 2005 betrug die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 1,41. Damit ist die Fertilität nach dem Tiefstand des Jahres 2001 (1,33 Kinder) nicht mehr weiter gesunken, sondern hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert (Abbildung 3).

Abbildung 3: Gesamtfertilitätsrate



Innerhalb Österreichs liegt Vorarlberg mit 1,54 Geburten pro Frau an der Spitze, gefolgt von Oberösterreich und Niederösterreich. Salzburg liegt mit 1,44 Geburten knapp über dem österreichweiten Durchschnitt, das Schlusslicht bilden die Steiermark und das Burgenland.

In den südlichen Ländern Europas, Italien und Spanien sowie Griechenland gibt es sehr niedrige Raten mit 1,33 in Italien und 1,32 in Spanien. Noch niedrigere Raten weisen neben Griechenland unsere östlichen, ehemals kommunistischen Nachbarländer auf, etwa Tschechien mit 1,22, die Slowakei mit 1,24 oder Polen mit 1,23. In der Demographie hat sich in den letzten Jahren ein eigener Ausdruck für die niedrige Fertilität etabliert – man spricht bei Raten unter 1,3 von „lowest low fertility“. Österreich findet sich mit Deutschland, der Schweiz und Portugal in einer Gruppe. Deutlich höhere durchschnittliche Geburtenzahlen haben die nordischen Länder Norwegen mit 1,83, Schweden mit 1,75 und Finnland mit 1,80.

Bemerkenswert ist mit 1,91 auch Frankreich, ein Land mit traditionell vielen Familien mit drei oder mehr Kindern. Das Wohlbefinden der Familien stand lange Zeit im Mittelpunkt familienpolitischer Belange. Lange Zeit gab es eine geburtenfördernde Politik, die „Politik des dritten Kindes“. Allerdings hat sich in jüngster Vergangenheit die gesellschaftspolitische Perspektive hin zu einer Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geändert. Auch gibt es starke steuerliche Anreize für Familien mit drei oder mehr Kindern.

In der Demographie spricht man von „postponement“ of fertility und meint damit, dass Frauen immer später ihre Kinder bzw ihr erstes Kind bekommen. Im Jahr 1985 waren Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes 24 Jahre alt, 2005 waren sie über 27 Jahre. Dies bedeutet einen Anstieg um drei Jahre innerhalb einer Zeitspanne von 20 Jahren – ein markantes Hinausschieben der Familiengründung.

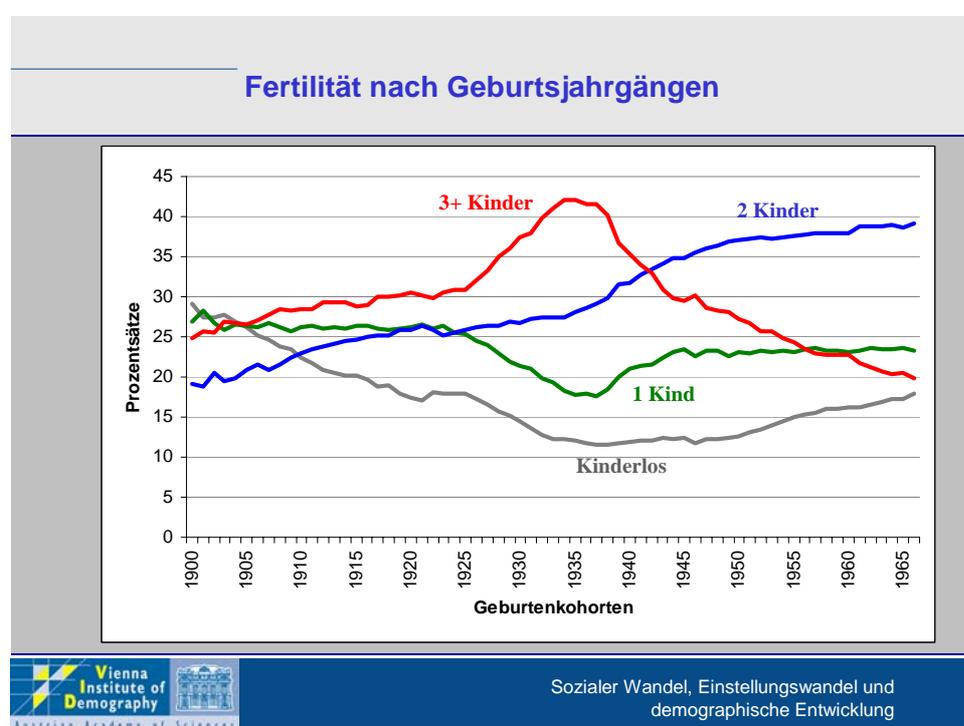
Der Übergang zur Mutterschaft erfolgt also immer später, Frauen schieben aus den verschiedensten Gründen die Geburt ihres ersten Kindes hinaus: sie sind in Ausbildung, sind gerade ins Berufsleben eingestiegen und möchten Berufserfahrung sammeln, sie haben vielleicht keinen Partner, mit dem sie sich vorstellen können, eine Familie zu gründen, oder der Partner möchte noch mit der Familiengründung warten. Oder sie möchten noch andere Ziele verwirklichen, wie das Leben zu genießen, das Leben zu zweit zu genießen, noch zu verreisen und möchten mit der Familiengründung warten.

Faktum ist: Frauen in Österreich bekommen ihre Kinder immer später, und dieser Trend gilt für alle Bundesländer. Salzburg ist hier keine Ausnahme. Faktum ist auch, dass durch das Hinausschieben der Familiengründung es dann für manche auf einmal „zu spät“ ist. Sie sind beruflich gut situiert und verzichten irgendwann einmal bewusst auf Kinder, weil sie nicht mehr Teil ihres Lebenskonzeptes sind. Andere wiederum schieben möglicherweise die Mutterschaft

immer weiter hinaus und müssen dann feststellen, dass sie keine Kinder mehr bekommen können und bleiben ungewollt kinderlos.

Neben der Gesamtfertilitätsrate ist die Paritätsverteilung innerhalb einer Kohorte von Interesse. Frauen, die 1900 geboren sind, blieben – zum Teil bedingt durch die Wirtschaftskrise der 30er Jahre – zu 29 % kinderlos. Relativ viele bekamen auch nur ein Kind, relativ wenige drei und mehr Kinder. Die Kinderlosigkeit nahm in der Folge deutlich ab, sank auf 12 %, stieg wieder an und erreichte unter den Frauen, die 1966 geboren wurden, einen Anteil von knapp 18 % (Abbildung 4).

Abbildung 4: Fertilität nach Geburtsjahrgängen



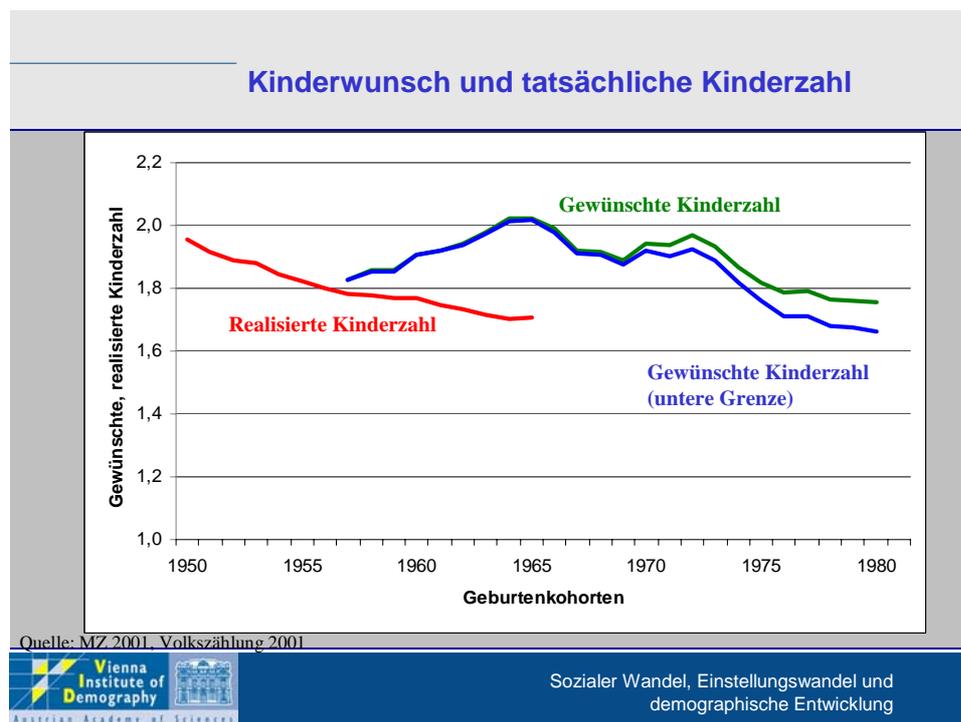
Der Anteil der Frauen mit zwei Kindern nahm stetig über die Geburtsjahrgänge zu. Vier von zehn Frauen, die 1966 geboren wurden, hatten im Jahr 2005 zwei Kinder, verglichen mit knapp 20 % der 1900er-Kohorte.

Was den Anteil von Familien mit drei oder mehr Kindern betrifft, so zeigen sich hier sehr hohe Anteile für die Frauen, die in den 30er Jahren geboren sind. Der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern betrug bis zu 42 %. Diese Kurve zeigt jedoch einen ganz markanten Abfall und bedeutet, dass immer weniger Frauen ein drittes Kind, und damit möglicherweise auch ein viertes Kind bekommen haben. Unter den Frauen des Jahrgangs 1966 hatten nur noch 20 % drei oder mehr Kinder, verglichen mit 42 % des Jahrgangs 1935.

Der Grund für die Abnahme der Geburtenraten war keineswegs ein Gebär-Verweigern. Es stimmt zwar, dass der Anteil der Kinderlosen gestiegen ist, und es ist anzunehmen, dass dieser Anteil auch noch steigen wird. Was aber bedeutender ist, ist der Rückgang an dritten und höheren Geburten.

Wie viele Kinder bekommen nun jüngere Kohorten, wie viele Kinder planen etwa junge Frauen, die in den 70er Jahren geboren wurden? Im Mikrozensus wird in regelmäßigen Abständen nach dem Kinderwunsch der Österreicherinnen und Österreicher gefragt. Einerseits wird nach der Zahl bereits geborener Kinder gefragt, andererseits soll die Frage beantwortet werden, wie viele Kinder gewünscht bzw noch gewünscht werden. Da nun manche unklare Vorstellungen haben, ist es auch möglich, als Wunschziel ein bis zwei oder zwei bis drei zu nennen. So kann eine obere und eine untere Grenze für die gewünschte Kinderzahl berechnet werden, indem die Zahl bereits geborener Kinder zur Zahl noch gewünschter Kinder addiert wird. Die gewünschte Kinderzahl laut Mikrozensus 2001 ist in Abbildung 5 dargestellt.

Abbildung 5: Kinderwunsch und tatsächliche Kinderzahl



Drei Punkte fallen auf: Erstens wünschten sich Frauen, die etwa 1960 geboren wurden und zum Zeitpunkt der Befragung 41 Jahre alt waren, durchaus noch Kinder. Inwieweit sie diesen Kinderwunsch noch realisieren können, ist fraglich.

Zweitens klaffen die Zahl bereits geborener Kinder und die Zahl insgesamt gewünschter Kinder beträchtlich auseinander. Dieses Phänomen ist nicht neu, wurde auch in früheren Mikrozensus-Erhebungen beobachtet und gilt auch für andere Länder. Was bedeutet aber dieses Auseinanderklaffen? Es bedeutet, dass es für einen Teil wohl sehr schwierig werden wird, die geplante Kinderzahl zu erreichen, und man weiß aus früheren Befragungen, dass die tatsächlich realisierte Kinderzahl unter der zuvor gewünschten bzw geplanten Kinderzahl bleibt.

Drittens sinkt der Kinderwunsch für jüngere Kohorten, i.e. für Frauen, die in den 70er und Anfang der 80er Jahre geboren wurden. Diese Beobachtung ist nun wirklich ein Grund zur Sorge, denn wenn man bedenkt, dass die tatsächlich realisierte Kinderzahl unter der ursprünglich geplanten Kinderzahl liegt, so deutet dies auf einen Rückgang der Kinderzahlen in den jüngeren Kohorten hin.

Auch eine andere Quelle, der Eurobarometer, liefert für Österreich alarmierende Zahlen. Erst im letzten Dezember hat das Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften auf einer Pressekonferenz erörtert, dass der Kinderwunsch in Österreich der niedrigste in ganz Europa ist. Österreicherinnen zwischen 25 und 30 Jahren wünschen sich demnach nur 1,5 Kinder, weniger als in allen EU-25 Ländern. Die meisten Kinder wünschen sich Frauen in Irland, Ungarn, Frankreich und Schweden.

Es wurde in diesem Zusammenhang die „Low Fertility Trap“- Hypothese aufgestellt. Sie geht davon aus, dass die Zahl der Kinder in der eigenen Umgebung und in den Medien den Kinderwunsch beeinflusst. Leben nun im Umfeld junger Menschen weniger Erwachsene mit Kindern, so spielen Kinder für die eigenen Lebensziele eine geringere Rolle, es entsteht eine Kultur der geringen Kinderzahl bzw der Kinderlosigkeit. Es konnte gezeigt werden, dass die steile Abnahme der Geburtenraten in Deutschland und Österreich in den 70er Jahren Auswirkungen auf die zuvor stabil hohen Kinderwünsche hat. Stimmt nun diese Hypothese, so bedeutet sie eine sich selbst verstärkende Abwärtsbewegung in den Geburtenraten, quasi eine Spirale nach unten.

## **2. Sozialer Wandel**

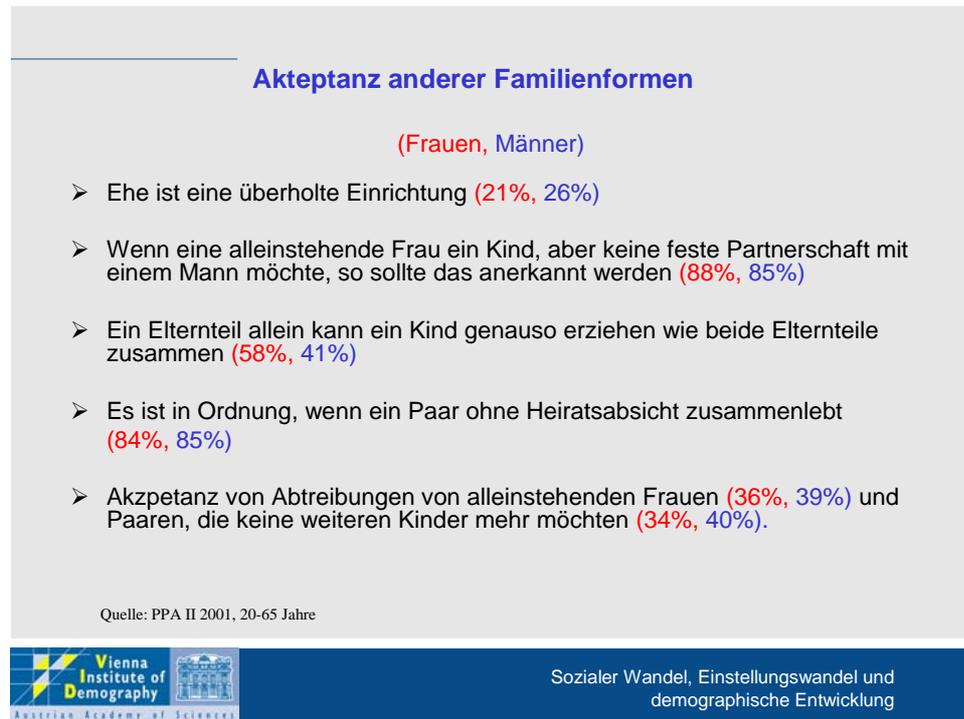
Im Jahr 2005 lebten in Österreich 1,304.200 Kinder unter 15 Jahren, davon 88.200 in Salzburg. Die Familienformen können in Kernfamilien, AlleinerzieherInnen-Familien und Patchworkfamilien unterteilt werden. Man spricht von einer Kernfamilie, wenn das Kind mit beiden Elternteilen zusammenlebt. Patchworkfamilien oder Stieffamilien sind Haushalte, in denen ein nichtleiblicher Elternteil eines Kindes mit einem Kind und einem leiblichen Elternteil des Kindes lebt.

Demnach lebten im Jahr 2001 etwa acht von zehn Kindern unter 15 Jahren in einer Kernfamilie, also mit beiden Elternteilen, 13 % der Kinder lebten in Alleinerzieherinnen-Haushalten und immerhin 7 % in Patchworkfamilien. Salzburg entspricht im Wesentlichen dem österreichweiten Trend.

Die Situation der Alleinerzieherinnen ist oft geprägt von schwierigen finanziellen Bedingungen und der Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Patchworkfamilien leben in einem gewissen Vakuum. Es gibt keine oder kaum Gesetze über das Besuchsrecht oder das Auskunftsrecht von Stiefeltern. Ungeregelt ist auch das Erbrecht der Stiefkinder. Stiefeltern haben von Seiten der Gesellschaft Pflichten, sie haben aber im Grunde genommen keine Rechte. Immer wieder wird gefordert, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Zusammenleben in solchen Familien regeln. Es geht nicht darum, die Rechte und Pflichten der leiblichen Eltern zu schmälern, es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Zusammenleben in solchen Familienformen erleichtern.

Der soziale Wandel ist an der Akzeptanz anderer Familienformen erkennbar. Laut der PPA-II-Umfrage aus dem Jahr 2001, die in insgesamt 13 europäischen Ländern durchgeführt wurde, meinten 21 % der Österreicherinnen und 26 % der Österreicher, dass die Ehe eine überholte Einrichtung sei. Die überwiegende Zahl stimmte folgender Aussage zu: „Wenn eine alleinstehende Frau ein Kind, aber keine feste Partnerschaft mit einem Mann möchte, so sollte dies anerkannt werden.“ Über die Hälfte der Frauen war der Meinung, „dass ein Elternteil alleine ein Kind genauso erziehen kann, wie beide Elternteile“, die Zustimmung der Männer zu dieser Aussage war deutlich niedriger. Nichteheliche Partnerschaften werden vollständig akzeptiert. Es ist für die meisten Österreicherinnen und Österreicher in Ordnung, wenn ein Paar ohne Heiratsabsichten zusammenlebt. Des Weiteren sind Abtreibungen zu einem gewissen Grad akzeptiert. Gut ein Drittel akzeptiert die Abtreibung von alleinstehenden Frauen und von Paaren, die keine weiteren Kinder mehr möchten. Die Akzeptanz ist unter Männern etwas höher als unter Frauen.

Abbildung 6: Akzeptanz anderer Familienformen



Diese Aussagen und Zahlen zeigen, dass in unserer Gesellschaft offensichtlich ein Wandel hin zur Akzeptanz anderer Familienformen stattgefunden hat und dass das Bild von Familie und Zusammenleben mehr und mehr dem entspricht, wie die Österreicherinnen und Österreicher heute tatsächlich zusammenleben.

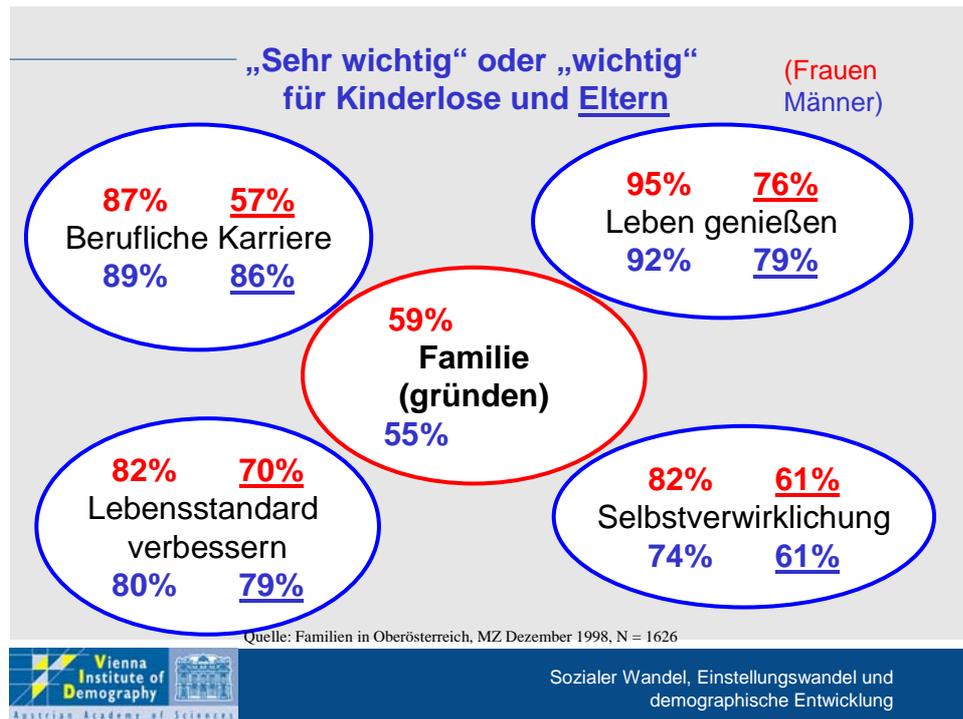
### 3. Einstellungen und Einstellungswandel

Nach den ernüchternden Zahlen zum Thema Ehe und Zusammenleben nun eine gute Nachricht: Familie hatte und hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. „Es wäre gut, wenn in Zukunft dem Leben in der Familie mehr Bedeutung zukäme.“ Dieser Aussage stimmten neun von zehn Österreicherinnen und Österreichern zu, sowohl im Jahre 1996 als auch im Jahre 2001. Familie ist wichtig für die Leute in unserem Land.

Auch ist die Mehrheit für eine Kernfamilie und meint, dass ein Kind ein Zuhause mit beiden Elternteilen braucht, um glücklich aufzuwachsen. Dies zeigt: Familie ist wichtig, beide Elternteile sind wichtig. Auch wenn es andere, alternative Familienformen gibt und diese akzeptiert sind, was auch gut für die „Betroffenen“ ist, so ist der Platz, wo Kinder am besten aufgehoben sind, bei beiden Elternteilen in einem gemeinsamen Haushalt.

Menschen verfolgen in ihren Zukunftsvorstellungen bestimmte Ziele. Eines dieser Ziele kann der Wunsch nach Partnerschaft und Elternschaft sein, also das Ziel, eine Familie zu gründen. Die Familiengründung konkurriert mit einer Reihe von anderen Lebenszielen. Vor einigen Jahren haben wir im Rahmen des Mikrozensus eine Sondererhebung zum Thema „Familien in Oberösterreich“ durchgeführt. Es wurden dabei Männer und Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren befragt.

Abbildung 7: Ziele junger Oberösterreicher



Unter den Kinderlosen ist eine Familiengründung nur für 59 % der Frauen und rund 55 % der Männer ein in den nächsten Jahren ausdrücklich angestrebtes Ziel. Zumindest in der nächsten Zeit wichtiger sind die berufliche Karriere, die Verbesserung des Lebensstandards, das Leben zu genießen und die Selbstverwirklichung.

Nach erfolgter Familiengründung verlieren die genannten Ziele für Frauen zwar an Wichtigkeit, sie werden aber weiterhin verfolgt. So wollen deutlich mehr als die Hälfte der Mütter „eine berufliche Karriere verfolgen“, und drei Viertel wollen „das Leben genießen“. Eine eigene Familie ändert an den Berufszielen der Männer dagegen nur wenig. Die „berufliche Karriere“ bleibt für sie mit 86 % ein dominantes Ziel.

Wir können somit folgern: Familie und eigene Kinder sind individuell zwar weiterhin wichtig, die konkrete Realisierung von Kinderwünschen hat ihre biographische Selbstverständlichkeit aber

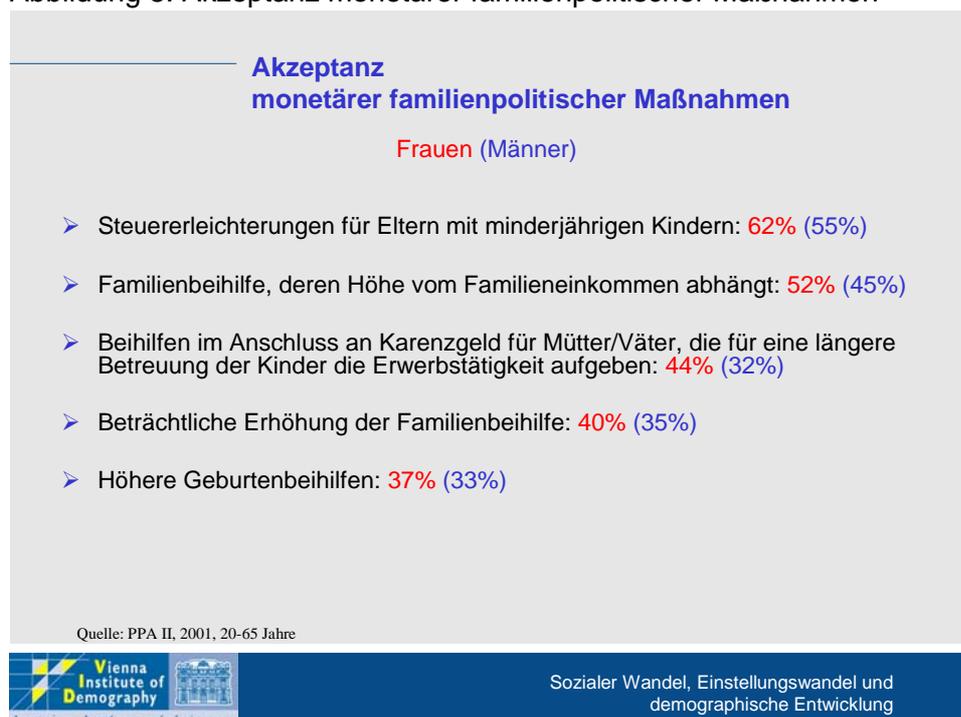
verloren. Zumindest für einige Zeit wird der Wunsch nach einer eigenen Familie anderen Zielen untergeordnet.

Bezogen auf die Zahlen für Gesamtösterreich und die Befragung im PPA II im Jahre 2001 zeigt sich folgendes Bild: Nur ein Viertel der jungen Frauen meint, es sei eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft, Kinder zu bekommen, während unter den Frauen über 60 fast drei Viertel hier eine Pflicht gegenüber unserer Gesellschaft sehen. Des Weiteren meinen zwei Drittel der jungen Frauen, dass man auch ohne Kinder glücklich sein kann.

Im Zusammenhang mit den niedrigen Geburtenraten wird immer wieder von familienpolitischen Maßnahmen gesprochen. Familienpolitik soll Familien, also Lebensformen mit Kindern, in ihren Aufgaben für die Gesellschaft fördern und unterstützen. Prinzipiell wird zwischen finanziellen und strukturellen Maßnahmen unterschieden.

Im Zuge der PPA-II-Umfrage im Jahr 2001 wurden verschiedene Maßnahmen genannt und deren Akzeptanz abgefragt. Was die monetären Maßnahmen betrifft, so waren 62 % der Frauen und 55 % der Männer für Steuererleichterungen für Eltern mit minderjährigen Kindern. Für eine Familienbeihilfe, deren Höhe vom Familieneinkommen abhängt, sprachen sich 52 % der Frauen und 45 % der Männer aus. Weiters waren 44 % der Frauen bzw 35 % der Männer für Beihilfen im Anschluss an das Karenzgeld für Mütter und Väter, die für eine längere Betreuung der Kinder die Erwerbstätigkeit aufgeben. Etwa ebenso viele waren für höhere Familienbeihilfen bzw. eine Wiedereinführung der Geburtenbeihilfe.

Abbildung 8: Akzeptanz monetärer familienpolitischer Maßnahmen



Tendenziell mehr Zustimmung – besonders unter den Frauen – erhalten die strukturellen Maßnahmen. Etwa zwei Drittel der Frauen sind für flexible Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern oder für mehr und bessere Teilzeitmöglichkeiten. Die Hälfte spricht sich für die Verlängerung des Pflegeurlaubs aus. Bessere Betreuungseinrichtungen sind für die Hälfte der Frauen wichtig, aber für deutlich weniger Väter. Interessant ist, dass dies sowohl für Kinder bis drei als auch für Kinder zwischen drei und sechs Jahren gilt.

Abbildung 9: Akzeptanz struktureller familienpolitischer Maßnahmen I

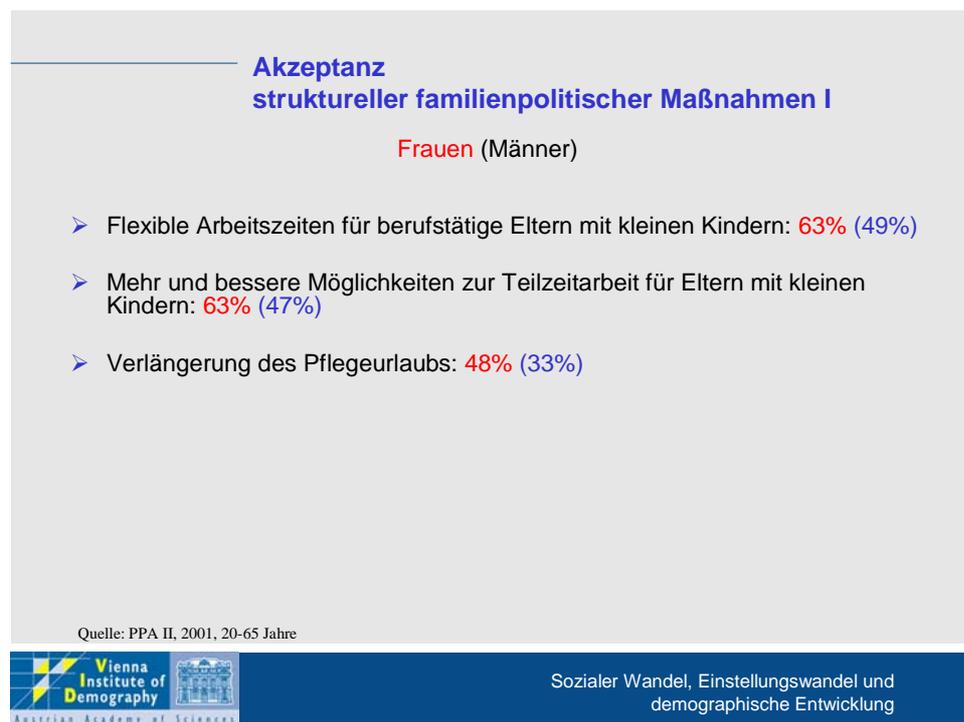
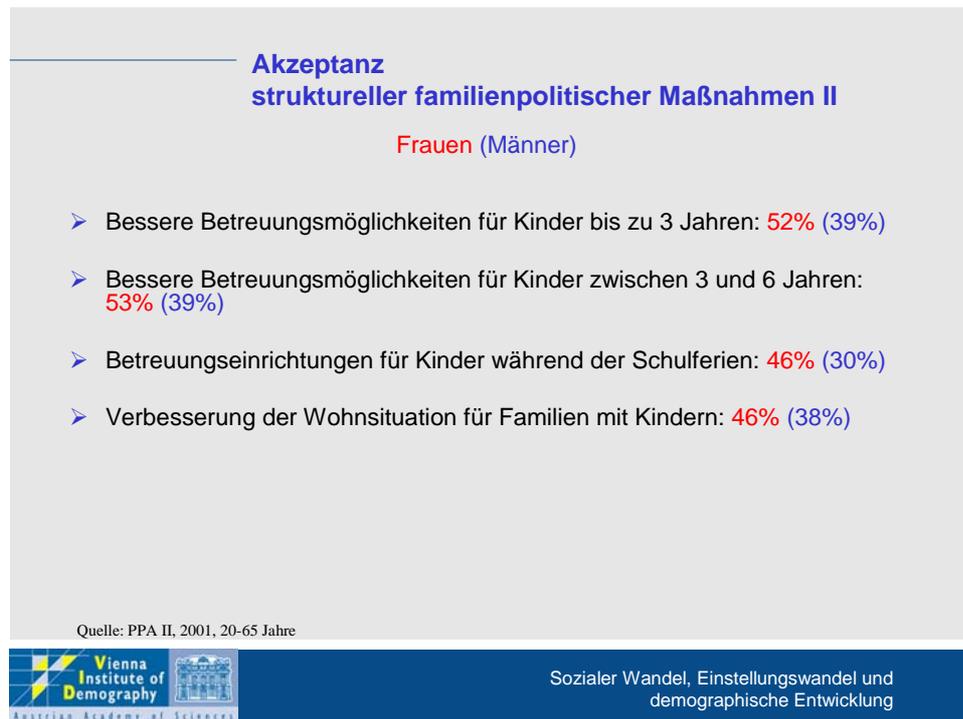


Abbildung 10: Akzeptanz struktureller familienpolitischer Maßnahmen II



Die Zustimmung ist in den einzelnen Bundesländern etwa gleich hoch, sichtbar am Anteil derer, die sich am ehesten bessere Arbeitsbedingungen für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern wünschen, bzw am Anteil derer, die sich primär mehr Betreuungseinrichtungen für Kinder wünschen.

Interessant im Hinblick auf die spätere Diskussion ist der Anteil der Kinder in privaten und öffentlichen Betreuungseinrichtungen oder bei Tagesmüttern. Von den unter 3-Jährigen waren österreichweit 12 % in derartigen Einrichtungen untergebracht, bei den 3- bis 5-Jährigen lag der Anteil bei 84 %. Salzburg liegt hier nur gering unter dem Österreich-Durchschnitt.

Innerhalb der letzten zehn Jahre ist ein deutlicher Anstieg in der Betreuungsquote der 3-Jährigen zu beobachten, aber auch bei den 2-jährigen gab es einen deutlichen Anstieg.

Wer ist nun gefordert, unsere Gesellschaft kinderfreundlicher zu gestalten?

Gefordert ist sicherlich die Politik. Es sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden, so dass die Entscheidung zu einem Kind leichter wird. Dazu zählt etwa eine qualitativ hochwertige und erschwingliche Kinderbetreuung.

Gefordert sind hier auch insbesondere Unternehmen. Stichworte dazu: flexible Arbeitszeiten, Betriebskindergärten, Audit für kinder- und familienfreundliche Unternehmen.

Und gefordert ist schließlich die Gesellschaft. Hier soll bewusst unterschieden werden zwischen Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit. Kinderfreundlichkeit ist letztendlich nur durch Menschen und ihr Verhalten zu erreichen. Kinderfreundlichkeit kann in einer Gesellschaft nicht durch Institutionen erzwungen werden, sondern muss von jedem Einzelnen ausgehen.

Die wichtigsten Punkte des oben Gesagten lassen sich kurz nochmals wie folgt zusammenfassen:

- Wesentliche Änderung der Bevölkerungsstruktur bis zum Jahr 2050
- Klar erkennbarer Wandel in der Einstellung gegenüber Kindern, Rückgang im Kinderwunsch
- Änderung in der Familienstruktur
- Wunsch nach Verbesserung von strukturellen Maßnahmen
- Verbesserung der monetären Hilfe, wenngleich tendenziell zweitrangig.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Dr. Buber-Ennser, für die Grundlage demographischer Art! Ich darf bitten, dass unsere Referenten, von denen wir jetzt vier Impulse erwarten, nämlich Herr Blossfeld, Frau Gerzer-Sass, Herr Fthenakis und Frau Ehrhardt uns jetzt auf das Podium begleiten, damit wir diese knappen Impulse bestmöglich erleben können. Wir dürfen die Referentinnen und Referenten am Nachmittag bei den Gesprächsforen natürlich auch unter uns wissen und haben damit auch die Möglichkeit, viel nachzufragen zu dem, was uns jetzt vermittelt wird.

Herr Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld ist gelernter Soziologe, Volkswirtschaftler, Statistiker und Wirtschaftsinformatiker und hat nach einer Tätigkeit als Professor in Florenz, Bremen und Bielefeld seit 2002 den Lehrstuhl für Soziologie I an der Universität in Bamberg inne. Er hat viele Gastprofessuren schon hinter sich gebracht und ist auch Herausgeber der Zeitschrift für Familienforschung. Herr Prof. Blossfeld, ich darf bitten!

**Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, Staatsinstitut für Familienforschung, Universität Bamberg:  
Familienpolitische Maßnahmen im europäischen Vergleich**

Herzlichen Dank für die Einladung. Ja, die familienpolitischen Maßnahmen im internationalen Vergleich sind natürlich ein außerordentlich komplexes Thema. Man könnte darüber mehrere Stunden referieren, zum Teil ist ja schon referiert worden. Ich muss also in meinem Impulsreferat einige Akzente setzen, die dieses Thema eingrenzen. Ich glaube aber trotzdem nicht, dass

ich mit dem ganzen geplanten Vortrag fertig werde. In der Diskussion kann ich aber auf Nachfragen zu diesem Thema noch weiter eingehen.

Die erste Frage ist, warum Familienpolitik? Familienpolitik kann zunächst sehr verschiedene Zielsetzungen haben. Man kann die Ehe und Familie als Wert an sich fördern. Denken Sie an die Frage, ob man Ehe schützen soll – diese Frage wird heute zum Beispiel beim Ehegatten-Splitting in Deutschland heftig diskutiert –, oder ob die Familie dort ist, wo Kinder sind. Dann sind auch nichteheliche Kinder in gleicher Weise zum Beispiel über ein Familien-Splitting zu fördern, in dessen Genuss vor allem Kinder kommen. Hier handelt es sich also um eine Wertentscheidung, die da getroffen werden muss.

Zweitens, kann man Familienpolitik unter bevölkerungspolitischen Vorzeichen machen. Das ist ja auch jetzt schon mal angesprochen worden und es ist auch angesprochen worden, dass in Frankreich zum Beispiel dieses Motiv seit den Sechzigerjahren verfolgt wird. Bei uns in Deutschland ist es erst seit der Familienministerin Renate Schmidt gelungen, Familienpolitik unter bevölkerungswissenschaftlichen Vorzeichen zu motivieren. Dahinter steckt natürlich, dass eine pronatalistische Politik in Deutschland wegen der Bevölkerungspolitik im Dritten Reich, also Mutterkreuz etc, für mehrere Jahrzehnte unvorstellbar war. Ich glaube eine ähnliche Situation dürfte wahrscheinlich auch in Österreich bestehen.

Drittens, Familienpolitik steht häufig auch im Zeichen der Humankapitalbildung. Denken Sie an die PISA-Studie, die gezeigt hat, dass die Bildungschancen der Kinder sehr stark von der sozialen Herkunft und vom Migrations-Hintergrund abhängen. Daraus wird in modernen Industrieländern häufig in der Politik die Forderung erhoben, die Vorschulerziehung, Ganztagschule und Kinderbetreuung weiter auszubauen und zu professionalisieren und damit die Kinder aus den benachteiligten Familien herauszunehmen und in den Institutionen zu fördern. Die soziale Benachteiligung ist aber international betrachtet besonders stark in den USA. In den USA gibt es aber andererseits auch eine viel höhere Toleranz gegenüber der Frage der sozialen Ungleichheit und der Armut.

Familienpolitik kann auch im Zeichen des Abbaus von sozialen Ungleichheiten erfolgen. Zum Beispiel zeigen die Sozialberichte heute in allen modernen Staaten, dass die Familien mit Kindern, insbesondere die Alleinerziehenden, zu den ökonomisch und sozial Benachteiligten gehören. In Vergleichsrechnungen stellt sich hier beispielsweise heraus, dass in Österreich die Alleinerziehenden und die Familien ohne Einkommen relativ besser gestellt werden als anderswo. Das ist vielleicht für Sie interessant.

Der fünfte Punkt: Familienpolitik ist in der Regel auch mit Frauenpolitik eng verbunden, denn noch immer sind es vor allem die Frauen, die in den modernen Industrieländern für die Kinder

zuständig sind und sich auch für Kinder zuständig fühlen. Hier geht es im Wesentlichen um die Vereinbarkeitsfrage von Familie und Beruf, also um die Balance von Familie und Beruf. Es sind also auch Firmen und Betriebe gefordert und nicht nur die Politik. Es stellt sich die Frage, wie man die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt über Arbeitszeitflexibilisierung, Kinderbetreuung etc fördern kann. Länder, die hier ganz oben stehen, sind natürlich Frankreich, wegen der pronatalistischen Politik oder wegen der pronatalistischen Zielsetzung und die skandinavischen Länder, allen voran Dänemark und Schweden, wegen der Förderung der geschlechtsspezifischen Gleichheit.

Interessant ist, dass Familienfragen erst heute zunehmend auch in Bezug auf die Männer diskutiert werden. Männer und Familienpolitik waren lange Zeit in allen modernen Industrieländern kein großes Thema. Es gibt Frauenministerien, die dafür sorgen, dass die Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Es gibt aber keine Männerministerien, die dafür sorgen, dass die Männer in die Familie integriert werden. Aber auch hier sind die skandinavischen Länder Vorreiter, obwohl auch dort der Erfolg sich in Grenzen hält.

Und schließlich, Familienpolitik kann auch im Sinne der Kinderrechte und der kindlichen Bedürfnisse erfolgen. Die entscheidende Frage ist natürlich, was sind die Bedürfnisse des Kindes? Wie soll man mit Kindern umgehen? Diese Fragen werden in unterschiedlichen Ländern aufgrund unterschiedlicher Traditionen sehr verschieden beantwortet. Insgesamt kann man sagen, dass die Kinderbetreuung als Familienpolitik heute sich großer Beliebtheit erfreut, weil sie verspricht, verschiedene Probleme auf einmal zu lösen. Erstens, sie verspricht einen Effekt auf die Fertilität, insbesondere bei qualifizierten Frauen. Zweitens, sie verspricht eine bessere Integration von unteren sozialen Schichten und Menschen mit Integrations-, Migrationshintergrund. Drittens, sie hilft Benachteiligungen von schwachen Familien abzubauen und sie hilft der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Manche sagen auch, dass Kinderbetreuung im Sinne der Kinder ist, weil die Einzelkinder dann frühzeitig in Kontakt mit anderen Kindern kommen.

Ja, was ist Familienpolitik? Familienpolitik besteht aus verschiedensten Interventionen. Man könnte, wie gesagt, Tage damit verbringen, sich mit dem Sozialrecht, dem Arbeitsrecht, dem Familienrecht, den ökonomischen Hilfen und so weiter im Detail auseinander zu setzen, mit verschiedenen Steuerformen, Familien-Splitting, Individualbesteuerung, Maßnahmen der Infrastruktur wie Wohnungspolitik, Bereitstellung sozialer Dienste etc. Gemeinsam ist diesen Interventionen, dass sie in gewachsene Verhältnisse eingreifen, dass sind Wertesysteme, Sozialsysteme und Biografien. Und in der Regel bilden diese Wertesysteme, Sozialstrukturen und Lebensverläufe länderspezifische Pakete mit großer Interdependenz. Das heißt man kann nicht einfach eine Politik aus einem Land in ein anderes übertragen. Eine politische Maßnahme, die im Kontext und in der Logik eines bestimmten Landes funktioniert, kann nicht ohne weiteres in einem anderen Land funktionieren und deswegen kann man häufig auch erwarten, dass es

Folgewirkungen gibt. Beispielsweise wenn Sie heute in Deutschland das Ehegatten-Splitting abschaffen und Individualbesteuerung einführen oder ein starkes Familien-Splitting, dann wird das dazu führen, dass vor allen Dingen ältere Hausfrauen in die Erwerbstätigkeit getrieben werden und das wird wahrscheinlich dazu führen, dass die Arbeitslosenquote und die Langzeitarbeitslosigkeit dort deutlich steigt.

Ich möchte jetzt zu einer Klassifikation der Länderkontexte kommen. Man kann die Länderkontexte in modernen Industriestaaten systematisieren. Da sind zunächst einmal die liberalen Länder, dort ist die Art der Wohlfahrtsstaatspolitik vergleichsweise gering ausgebaut. Der Staat hält sich mit Interventionen in die Wirtschaft und in die Familie weitgehend zurück. Es gibt aber in den USA eine ausgeprägte Affirmative Action Politik, also eine Gleichstellungspolitik von Frauen, Schwarzen und zum Teil von Hispanics. Der Arbeitsmarkt ist durch das Prinzip „Hire and Fire“ gekennzeichnet, das heißt, es gibt nicht nur eine höhere Flexibilität und eine höhere Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch gleichzeitig das Vertrauen, dass man dann, wenn man seinen Job verliert, auch wieder einen neuen findet. Und das ist ein großer Unterschied zu konservativen Ländern wie beispielsweise Deutschland oder Österreich oder Italien oder Südeuropa insgesamt.

Die starke Arbeitsmarktkonkurrenz führt in den liberalen Ländern auch dazu, dass die Dienstleistungsarbeit relativ günstig zu haben ist und zu niedrigen Löhnen angeboten wird. Das hat beispielsweise die Konsequenz für die Kinderbetreuung in den USA, dass man auf dem Markt relativ günstig auf Kinderbetreuung zurückgreifen kann. So profitieren die Mittelschichtfamilien, bei denen in der Regel die Frauen vollzeiterwerbstätig sind, dort sicherlich von den billigen Diensten unterer sozialer Schichten. Relativ gering ist der Anteil der Teilzeitarbeit in den USA bei den Frauen beispielsweise, weil dort die Krankenversicherung an die Vollzeiterwerbstätigkeit gekoppelt ist und deswegen Teilzeitjobs, wenn es geht, gemieden werden.

Auf den liberalen Märkten gibt es natürlich einen großen Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen, vor allem mit geringem Lohn und mit anderen Ländern verglichen hoher sozialer Ungleichheit. Die Armutsquote ist international verglichen besonders hoch. Das trifft in den USA auch die Unterschichtfamilien mit Kindern und deswegen gibt es dort auch so etwas wie eine negativ income tax, das heißt, dass die Familien trotz Arbeit noch gefördert werden müssen, um überleben zu können.

Was ist das Ergebnis dieser Konstellation in den liberalen Ländern? Einmal hohe Frauenerwerbsquoten, hohe Beschäftigungsquoten im Alter, hohes Niveau der oft privat und betrieblich organisierten Kinderbetreuung, hohes Fertilitätsniveau. Also auch ohne Wohlfahrtsstaat kann man eine hohe Fertilität erreichen. Zum Teil desolate Familienverhältnisse in Teilen der

schwarzen Bevölkerung und bei den Alleinerziehenden, zunehmende Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, hohe Heiratsquoten, aber auch hohe Scheidungsquoten.

Das Gegenmodell ist das sozialdemokratische Modell. Politik fördert dort seit Jahrzehnten die soziale Gleichheit und die Gleichheit der Geschlechter. Es gibt einen umfassenden Ausbau der Kinderbetreuung und der Pflegeeinrichtungen für Alte und Behinderte durch den Wohlfahrtsstaat. Fertilität soll die beruflichen Chancen der Frauen möglichst wenig beeinträchtigen. Soziale Institutionen und Schulen sollen die soziale Gleichheit befördern. Der Arbeitsmarkt ist in Schweden flexibel. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat bietet aber Sicherheit, das ist der Unterschied zum liberalen Modell – das sehr stark auf den Markt baut. Und in Dänemark beispielsweise ist ja das Flexicurity-Modell sehr beliebt, das auf Flexibilität baut und gleichzeitig soziale Sicherheit verbürgt. Die Frauenerwerbstätigkeit ist international verglichen sehr hoch. Zum Teil erfolgt die Erwerbstätigkeit über Teilzeitarbeit, aber man muss verstehen, dass beispielsweise in Schweden Teilzeitarbeit reduzierte Vollzeitarbeit ist, das heißt, dort arbeitet man in der Teilzeit 36 Stunden in der Woche.

Der Wohlfahrtsstaat ist teuer und deswegen ist die Steuerbelastung, vor allem die individuelle Steuerprogression, in Skandinavien sehr hoch. Der Lebensstandard in einer Familie in einer bestimmten sozialen Schicht lässt sich in der Regel nicht durch ein Einkommen finanzieren. Die Konsequenz ist ein international vergleichsweise hoher Anteil von Doppelverdienerpaaren. Nicht eheliche Lebensgemeinschaften sind den Ehen weitgehend gleichgestellt. Das gilt auch für Kinder, die außerhalb der Ehe geboren werden. Im Alltagsleben zeigt sich das in der großen quantitativen Bedeutung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und außerehelichen Geburten, das ist ja hier auch schon gezeigt worden.

Interessant ist das Ergebnis dieser Konstellation in den skandinavischen Ländern, das mit dem Ergebnis in den liberalen Ländern sehr ähnlich ist. Also hohe Frauenerwerbsquoten, dort vor allen Dingen getrieben durch hohe Steuerprogression, hohe Beschäftigungsquoten im hohen Alter, vor allen Dingen auch durch die staatliche Unterstützung der Weiterbildung, hohes Niveau der wohlfahrtsstaatlich organisierten Kinderbetreuung, vergleichsweise hohes Fertilitätsniveau. Der Unterschied zu den liberalen Ländern besteht in der hohen sozialen Sicherheit für die Individuen. Das heißt also nicht der Markt und die Unsicherheit treiben das System. Große Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und mittlere Heiratsquoten, aber auch hohe Scheidungsraten und Wiederverheiratungsraten sind typisch.

Konservative Wohlfahrtsstaaten: Sozial- und Familienpolitik beziehen sich hier häufig auf Haushalte und traditionelle Familienkonstellationen, also auf den erwerbstätigen Ernährer sowie die Hausfrau, Mutter beziehungsweise die Zuverdienerin. Diese Länder befinden sich irgendwo im Übergang vom Alleinernährer-Modell über das Zuverdiener-Modell zum Doppelverdiener-Modell.

dell. Das Problem und die große Herausforderung heute ist, denke ich, dass sozusagen hier ein Prozess stattgefunden hat, wo die traditionellen Sozialsysteme nicht mehr auf die neue Arbeitsmarktrealität passen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen in der Familienphase ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Man muss aber auch sehen, dass es sich hier in der Regel um Teilzeitarbeit von Frauen handelt. Und das wird häufig übersehen. Denn in der Regel ist das hier ein Zuverdienst. Und die Frauen in diesen Ländern haben noch nicht die eigenständige Karriere im Auge und haben auch hohe Karrierenachteile zu verzeichnen, wenn sie unterbrochen haben.

Teilzeitarbeit ist in konservativen Ländern deswegen meist weiblich, im Vergleich beispielsweise zu Osteuropa oder Südeuropa, wo sowohl Männer als auch Frauen Teilzeitarbeit verrichten. Dort ist aber der Anteil sehr gering. Teilzeitarbeit ist geradezu ein Ausdruck des konservativen Modells, der Balance zwischen Beruf und Familie für Frauen. In den konservativen Wohlfahrtsstaaten hat sich also in den letzten Jahrzehnten ein Wandel vom Alleinernährer-Modell zum Doppelverdiener- und Zuverdiener-Modell entwickelt, aber vom Doppelverdiener-Modell in skandinavischer oder liberaler Prägung ist man noch weit entfernt. Das ist auch wichtig zu berücksichtigen, wenn man über Politik nachdenkt. Das bedeutet, dass Frauen noch immer ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, wenn Kinder kommen, und der Wiedereintritt eine Teilzeiterwerbstätigkeit ist. Damit gibt es noch immer eine starke ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern in der Familienphase und häufig danach wegen der Karrieredefizite.

Der Arbeitsmarkt ist relativ unflexibel und es gibt am Arbeitsmarkt eine relativ starke Insider-Outsider-Orientierung in konservativen Ländern wie Österreich und Deutschland. Das heißt, dass die Arbeitskräfte, die eine reguläre Beschäftigung haben, relativ sichere Arbeitsplätze haben und das sind in der Regel die Männer. Und dass diejenigen, die eine Beschäftigung suchen, also auch Frauen nach der Familienphase, aber vor allen Dingen junge Leute, Probleme haben, Jobs zu bekommen. In den letzten Jahren hat sich in den konservativen Ländern der Arbeitsmarkt auch zunehmend flexibilisiert, vor allem auf Kosten der jungen Generation. Das ist ganz wichtig, wenn es darum geht, Familienförderung zu betreiben, weil die zunehmenden Probleme, die die jungen Leute nach dem Ausbildungsabschluss haben, sich beruflich zu etablieren und zwar in beruflichen Positionen mit Zukunftsperspektiven, deutlich gewachsen sind. Dazu gehören Praktika, befristete Verträge, Teilzeitarbeit, Werkverträge, Honorarverträge, schlecht bezahlte Volontariate, Gelegenheitsjobs und so weiter. Bei Berufsanfängern, also diesen Outsidern, konzentrieren sich diese Probleme. Und das ist deswegen so, weil die Leute in der Regel keine Berufserfahrung haben, keine Netzwerke haben und weil sie sich in einer schlechteren Konkurrenzsituation im Vergleich zu den anderen, die bereits Berufserfahrung haben, befinden. Ihre Verträge können einfach geändert werden. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände arbeiten meistens in der Weise zusammen, dass sie die Lasten auf die junge Generation übertragen.

Die Heirat und die Geburt von Kindern werden deswegen heute nicht nur wegen zunehmend längerer Ausbildungszeiten aufgeschoben, das ist vorhin ja auch gut dokumentiert worden, sondern weil sich ein zusätzliches Moratorium der Unsicherheit ergibt. Dieses Moratorium dauert heute etwa drei bis fünf Jahre, bis sich die jungen Leute endlich einmal in einem Job mit Zukunftsaussichten etabliert haben. Und deswegen ist es für diese jungen Leute auch häufig vernünftig, in dieser Zeit zunächst keine langfristig bindenden Entscheidungen wie Ehe und Kinderkriegen zu fällen. Das bedeutet, dass diese Entscheidungen zur Familiengründung und zum Kinderhaben immer weiter aufgeschoben werden mit den Konsequenzen, die vorhin angesprochen worden sind. Die wachsende Unsicherheit ist deswegen seit etwa 15 Jahren ein massives Problem für die Familiengründung und die Fertilität in konservativen und südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

Wenn Frauen dann nach einer langen Ausbildung und einer mehrjährigen schwierigen Phase der beruflichen Etablierung endlich einen sicheren Job gefunden haben, stehen sie häufig vor der Entscheidung Kinder mit Erwerbsunterbrechung oder Beruf. An dieser Stelle kann eine Verbesserung der Kinderbetreuung in den konservativen Ländern natürlich helfen. Andererseits wissen wir heute auch, dass hoch qualifizierte Frauen mit einkommensstarken Männern verheiratet sind. Und diese Mittelschicht-Familien, die es sich leisten können, großen Wert darauf legen, durch eigene Erziehung einen Einfluss auf ihre Kinder zu haben und dies nicht den Institutionen zu überlassen. Bei den unteren sozialen Schichten und bei den Kindern mit Migrationshintergrund ist das natürlich anders.

Der Trend von der Alleinverdiener-Familie und Zuverdiener-Familie zur Doppelverdiener-Familie wird anhalten, weil die Zuverdiener und Doppelverdiener sich einfach mehr leisten können. Der Lebensstandard moderner Familien in konservativen Ländern hängt deswegen heute und in der Zukunft immer stärker von der Frauenerwerbstätigkeit ab. Die traditionellen Alleinverdiener-Paare werden in diesem Prozess zunehmend ökonomisch abgehängt und das ist auch der Mechanismus in diesem System, der die Frauenerwerbstätigkeit weiter erhöhen wird. Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften nehmen auch in den konservativen Ländern zu. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind in konservativen Ländern aber meist nur eine Vorstufe zur Heirat. Und der Anteil der außerehelichen Geburten ist im Vergleich zu Skandinavien noch relativ klein, Ausnahme Ostdeutschland, wie ich vielleicht noch zeigen kann, aber wahrscheinlich geht mir die Zeit aus.

Was ist das Ergebnis dieses konservativen Modells? Mittlere Frauenerwerbsquote, große Bedeutung von familiären Erwerbsunterbrechungen, hohe Teilzeitquote, größere geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Familie und am Arbeitsmarkt, die Kinderbetreuung ist unterentwickelt und es herrscht eine vergleichsweise niedrige Fertilitätsquote.

Viertens, familienorientierte Staaten: Man könnte das jetzt durchbuchstabieren noch einmal für die familienorientierten Staaten Südeuropas. Ich glaube, das Wichtige ist hier oder das Überraschende ist hier, dass gerade diese familienorientierten Länder, die sehr stark auf Familie und familiäre Netzwerke setzen sowie auf Verwandtschaftsbeziehungen, dass dort die Familie fast am Aussterben ist, weil die Fertilität stark nach unten geht. Und der Hintergrund ist natürlich auch diese Insider-Outsider-Spaltung am Arbeitsmarkt, die gerade in Südeuropa relativ stark ist und wo diese junge Generation große Schwierigkeiten hat, sich zu etablieren. Das bedeutet, dass die jungen Männer in diesen Ländern nicht in die dort noch vorherrschende Ernährerrollen hineinwachsen können. Dass sich die Frauen gleichzeitig immer mehr qualifizieren und dann vor dem Problem der Kinderbetreuung stehen. Und das zusammen führt dazu, dass die Fertilität in Südeuropa stark nach unten geht.

Ein letzter Punkt: Die postsozialistischen Länder sind interessant, weil diese Länder eine bestimmte gemeinsame Geschichte haben, wo die Frauenerwerbstätigkeit ja eine Vollzeiterwerbstätigkeit war und der Staat sehr stark auch die Frauenerwerbstätigkeit unterstützt hat. In diesen Ländern kann man heute sehr unterschiedliche Wege beobachten, aber eines ist klar, dass die Frauenerwerbstätigkeit dort sinkt. Zum einen ist das natürlich erzwungen, weil die Arbeitslosigkeit relativ hoch ist, zum anderen hängt das damit zusammen, dass sich auch oder einige Frauen die Freiheit nehmen, jetzt zuhause zu bleiben. Da war im Sozialismus auch ein gewisser Zwang im Spiel und da gibt es auch interessante Analysen, warum die Frauenerwerbstätigkeit in diesen Ländern weiter sinkt.

Ja, habe ich jetzt meine 15 Minuten aufgebraucht? Die Daten und so weiter können Sie meinem Handout entnehmen, vielen Dank! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Herr Prof. Blossfeld. Der Hinweis auf die Handouts gilt auch für die Referenten, die jetzt noch kommen werden. Ich bedanke mich sehr, wenn Sie uns helfen, den Time Lag einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Ich freue mich, dass Frau Master of Arts Annemarie Gerzer-Sass unter uns ist. Sie kommt aus München, hat Erfahrungen auch in der Forschung zum freiwilligen Engagement und ist jetzt, eine ganz spannende Geschichte für manche von uns, beurlaubt für die Serviceagentur des Aktionsprogramms „Mehrfamilien-, Mehrgenerationenhäuser“, die ja in Österreich auch dort und da, vor allem in Vorarlberg, im Kommen sind und intensiv gefördert werden. Frau Gerzer-Sass, ich darf Sie bitten!

**MA Annemarie Gerzer-Sass**, Deutsches Jugendinstitut München (im Moment beurlaubt für das Aktionsprogramm der Bundesregierung „Mehrgenerationenhäuser“ Serviceagentur pme Familienservice:

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Erzbischof, sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Anhörung!

Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Als Nachbarn stehen wir vor ähnlichen Fragen in der Familienpolitik, deshalb möchte ich Ihnen heute aus über 25 Jahren Familienforschung am Deutschen Jugendinstitut unsere Überlegungen dazu darlegen. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Fragestellung, die uns ebenfalls über 25 Jahre begleitet und zwar als klassischer Vereinbarkeitsfrage. Diese bedeutet die Reduzierung der Arbeitszeit der Mütter in die sogenannte „Mütterteizeit“ bei weiterem Fortbestehen des Normalarbeitsverhältnisses der Väter. Gerade der vorhergehende Vortrag, der sich auf aktuelle Daten bezog, bestätigte nochmals das klassische Vereinbarkeitsmodell dahingehend, dass für Väter eine Veränderung im Bezug auf berufliche Karriere durch eine Familiengründung in keinerlei Weise abbricht, für Frauen mehrheitlich Teilzeitarbeit als Vereinbarkeitslösung angeboten wird und damit eine bisher damit verbundene geringere Platzierungs- und Karrierechance für den eigenen Beruf in Kauf genommen wird. Die vorgestellten Zahlen bestätigen das Familienmodell der modernisierten Versorgung, den Mann vor allem als versorgenden Familienvater zu sehen. Daraus ergeben sich nicht unerhebliche Probleme in der jüngeren Generation.

So haben zB junge qualifizierte Frauen heute eine andere Perspektive und verbinden mit der Vereinbarkeitsfrage neue Partizipationsmöglichkeiten sowohl am Arbeitsplatz, als auch in der Familie für sich, als auch für ihre Männer. Damit sind nicht nur individuell die jeweiligen Paare herausgefordert, sondern die Gesellschaft insgesamt, wie eine Realisierung dieser neuen Partnerschaftlichkeit flankiert und unterstützt werden kann. Die strukturellen Bedingungen, die dieser Realisierung entgegenstehen, mögen mit ein Beitrag dazu sein, dass zwar bei jungen Menschen der Wunsch nach Familie da ist, die Umsetzung dieses Wunsches im Laufe der Ausbildung, des Studiums, der ersten Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend verloren geht. Diese strukturellen Hemmnisse, wie steuerliche Anreizsysteme, die den Ausstieg der Frauen aus dem Erwerbsleben belohnen, ein viel zu geringes Angebot an Kinderbetreuung, eine Arbeitswelt, die trotz vielfältiger sogenannter familienfreundlicher Arbeitszeiten eine permanente Verfügbarkeit erwartet, haben natürlich Auswirkungen auf individuelle Entscheidungen und setzen diejenigen unter Druck, die sich für Familie entschieden haben. Viele der strukturell vorgegebenen Probleme werden individualisiert und als Partnerprobleme wahrgenommen und der erste große Scheidungsanstieg, wenn Kinder vier bis fünf Jahre alt sind, weist darauf hin, dass

auch die Unterstützungsmaßnahmen, die eigentlich heute junge Familien brauchen, in dem Maße nicht so vorhanden sind.

Ein Blick auf die veränderten Lebensläufe von Frauen und Männern zeigt, dass wir uns von der klassischen Vereinbarkeitsfrage wegorientieren und neue Konzepte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden müssen. Der veränderte Lebenslauf sowohl für Frauen, als für Männer bringt eine längere Ausbildungszeit, einen späteren Berufseintritt in Verbindung mit mehr prekäreren Erwerbsverhältnissen und damit verbunden eine spätere Familiengründung mit sich und auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vergleich noch vor 40 Jahren und diese Entwicklung gilt für alle Industrienationen. Vor allem bedeutet die Veränderung der Lebensläufe eine sehr viel längere aktive Lebensspanne. Es gibt noch keine Bezeichnung für diesen neu dazu gewonnenen Lebensabschnitt, sind es die jüngeren Älteren, wie die ab 55 Jahren, sind es die Jungsenioren ab 60 Jahren oder die mittleren Alten ab 70 Jahren. Es zeigt sich aber sehr deutlich, dass sich das Lebensgefühl dieser Altersgruppen sehr verändert hat und die Pensionierung bedeutet nicht unbedingt den Austritt aus dem gesellschaftlichen aktiven Leben. Daran zeigt sich, dass der Lebenslauf, der durch die gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen strukturiert wurde, in Ausbildung, eine fast 40jährige kontinuierliche Vollerwerbstätigkeit und dann Ausstieg in Rente - wobei der männliche Lebenslauf als Vorbild diente - sowohl durch die Verschiebung der Altersgrenzen, als auch durch die Diskontinuität von Ein- und Ausstiegen aus dem Erwerbsleben neu geschrieben werden muss.

Das Schaubild zeigt drei Generationen und die zukünftige Elterngeneration im Alter von 26 bis 39 Jahren wird durch die Gleichzeitigkeit von der Anforderung der Platzierung auf dem Arbeitsmarkt und der Familiengründungs- und Familienaufbauphase für eine bestimmte Lebensphase in eine Verdichtung gedrängt, die die Wissenschaft „rush-hour-of life“ nennt. Männer und Frauen haben in dieser Altersspanne Verschiedenes auf einmal zu erledigen, was früher durch eine klare Rollenaufteilung und Rollenzuordnung verteilt war. Heute haben wir junge Männer und junge Frauen, an die gleichzeitig die Anforderungen gestellt sind, sowohl Familiengründung, Familienaufbauphase, Platzierung am Arbeitsmarkt, individuelle Aushandlungsprozesse der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu bewältigen. Da damit für Männer als auch für Frauen die Berufseintritts- und Entwicklungsphase parallel mit der Familienentwicklungsphase und des Familienaufbaus läuft, sind es andere Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Wie kann eine Synchronisation dahingehend geschaffen werden, dass sowohl Männer als auch Frauen Zeit, infrastrukturelle und materielle Ressourcen haben, um die Verantwortung für ihr Kind/ihre Kinder gemeinsam tragen zu können. Dafür braucht es Rahmenbedingungen durch die Politik, aber es braucht vor allen Dingen eine Unterstützung der Gesamtgesellschaft, dass Kinder erwünscht sind, nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben.

Der siebte Familienbericht der Bundesregierung hat seinen Schwerpunkt darauf gelegt, dass Familien heute in einem Spannungsfeld zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit stehen. Jede Familie weiß, dass Verlässlichkeit als Grundlage für Vertrauen sowohl eine notwendige Ingredienz für das Heranwachsen der Kinder, als auch für das Wohlbefinden der Menschen untereinander darstellt. Dabei spielt der Zeitfaktor eine wichtige Rolle, der heute stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Zeit ist neben den materiellen und infrastrukturellen Ressourcen die zentrale Ressource für das Gelingen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Betrachtet man heute die Zeitkonflikte von Familien, gibt es zwei entgegen gesetzte Entwicklungen: Einerseits die Flexibilisierung der Arbeitswelt, die von den Familien als wichtiger Beitrag für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesehen wird. Andererseits aber fehlt die aktive Mitgestaltung der Eltern, um auch die Flexibilisierung für ihren familiären Alltag nutzen zu können. Das heißt, die kommerziellen Zwänge der Flexibilisierung sind dominant gegenüber der Logik aus Sicht der Bedürfnisse von Familien. Vor 25 Jahren wurden schon vom Deutschen Jugendinstitut Studien zur individuellen Arbeitszeit dahingehend gemacht, wie weit durch eine Individualisierung und damit auch Flexibilisierung nicht nur Unternehmen, sondern auch Familien profitieren können. Schon damals konnte herausgearbeitet werden, dass positive Effekte auf die Familie durch eine Mitbeteiligung bei der Gestaltung der Arbeitszeit erzielt werden konnten. Aus heutiger Sicht bedeutet das, dass wir trotz weit fortgeschrittener Arbeitszeitflexibilisierung aus Sicht der Familien eine mangelnde Zeitsouveränität der erwerbstätigen Eltern feststellen.

Werden Kinder zur Vereinbarkeit ihrer Eltern befragt – was bisher in der Forschung zu wenig bedacht wurde – zeigt sich, dass erst mal dies für Kinder per se kein Problem darstellt. Dies antworteten sechs-, sieben-, achtjährige Kinder, die im Raum Nürnberg befragt wurden. Was aber für sie ein Problem war, war die Einlösung Verlässlichkeit durch eine hohe Flexibilitätsanforderung an ihre Mütter und Väter. So zB durch den Anruf der Mutter, „ich komm jetzt in einer halben Stunde“. Die Kinder sitzen und warten: „Du jetzt dauert es doch noch mal ein bisschen länger“. Das heißt, Verlässlichkeit ist ein wichtiger Indikator für Kinder und gerade unter dem Aspekt der Kindersicht ist die Frage von Flexibilität zu koppeln mit verlässlichen Parts, sei es, dass auch dann die Eltern zu dem Zeitpunkt nachhause kommen können oder sie entsprechende Unterstützung haben, damit die Kinder nicht in dieser permanenten Warteschleife sitzen.

Zeit ist nicht nur die Zeit, die Familien zur Verfügung steht, es ist auch die Zeit, die Familien „genommen“ wird, so durch starre Zeitstrukturen von familiennahen Institutionen. Der Kindergarten, die Kinderbetreuung fängt an, sich stärker zu flexibilisieren, so zB mit Randzeiten uä, auch die Schulen beginnen ihre klassischen Halbtagsstrukturen etwas zu verändern, aber die Starrheit an sich bleibt immer noch erhalten. Doch auch Öffnungszeiten von kommunalen Einrichtungen bringen Familien unter Druck, sodass letztendlich trotz Flexibilisierung eine „gefühlte“ Zeitnot bei den Familien feststellbar ist. Diese „gefühlte“ Zeitnot hat sowohl mit der Nichtan-

gepasstheit von institutionellen Strukturen zu tun, mit denen Familien zu tun haben, vor allem aber auch mit der Verdichtung von Arbeitsprozessen, mit denen die Eltern mit Schritt halten müssen. Die Kinder reklamieren bei ihren Müttern und Vätern, dass sie für sie da sein sollten und nicht gestresst und erschöpft, wenn sie zuhause sind. Sie möchten, dass ihre Eltern noch die Zeit der Konzentration für sie aufbringen. Somit hat die gefühlte Zeitnot auch etwas damit zu tun, unter Druck zu stehen und nicht ausspannen zu können, was bei Frauen deutlicher wird noch dadurch, dass eine ungleiche Zeitverteilung zwischen Männern und Frauen im Alltag vorherrscht. Beim Vergleich von voll erwerbstätigen Männern mit voll erwerbstätigen Frauen zeigt sich im Rahmen von Zeitbudgetstudien sehr deutlich, dass Männer zwar sehr viel mehr in der Kinderbetreuung mitarbeiten als früher, andererseits für die klassischen Hausarbeitstätigkeiten noch keine große Veränderung festzustellen sind, dh Frauen werden nicht in der Weise in der Familienarbeit entlastet, wie sie ihren Part in der Erwerbsarbeit einbringen.

Betrachtet man andere Länder in Bezug auf ihre Zeitpolitik, wird deutlich, dass es auch andere Lösungen gibt, wie den Familien Zeit gegeben wird. So zB in den Niederlanden, die im Rahmen ihrer Arbeitszeitpolitik den Schwerpunkt auf eine Subventionierung von Teilzeit für Frauen und Männern gesetzt haben, auch das „Optionszeiten-Modell“ in Verbindung mit dem Lebensarbeitszeitmodell entwickelt haben. Es ermöglicht im Laufe des Lebens sowohl für Frauen als auch für Männer immer wieder Unterbrechungen, so zB für Care-Aufgaben, für Weiterbildungen, für persönliche Auszeiten, die einerseits selbst angespart werden, die andererseits auch vom Staat unterstützt werden. Wir haben heute in der Bundesrepublik auch ein Lebensarbeitszeitgesetz, das im Wesentlichen für die Frühverrentung genutzt wird. Solche Modelle wie in den Niederlanden weisen in die Richtung, Möglichkeiten für Frauen und Männer zu schaffen, je nach Lebensphase legitime Auszeiten nehmen zu können, denn wir brauchen Männer und Frauen in der Familie und wir brauchen eine gesellschaftliche Verstärkung auch für diejenigen Väter, die heute schon bereit sind, sich stärker in Care-Aufgaben einzubinden. Diese Ansätze müssen stärker flankiert werden durch die Anerkennung von Familienzeit als gesellschaftlich wichtige Zeit. Nicht nur aus Sicht der Bereitschaft der Eltern, für ihre Kinder Verantwortung zu übernehmen, auch unter dem Aspekt, Familienarbeit als informeller Lernort wahrzunehmen, wo soziale Kompetenzen, Persönlichkeit stärkende Kompetenzen, methodische Kompetenzen erworben werden, die heute am Arbeitsmarkt stark nachgefragt werden.

Für die Politik bedeutet dies, dass wir eine Zeitpolitik brauchen, die sowohl auf nationaler, auf Länder- und kommunaler Ebene gestaltet werden kann. Und wir brauchen bei der Vereinbarkeit einen neuen Blick auf die Väter. Die Vereinbarkeitsregelungen, die von den Unternehmen geschaffen wurden, sind auf Mütter bezogen und nicht unbedingt geeignet für Väter. Eine explorative Studie bei einer Bank in Frankfurt hat gezeigt, dass trotz der über 80 Teilzeitangebote dies kein Angebot für Väter darstellt. Das bedeutet, mit den Unternehmen und den dort engagierten Vätern müssen neue Modelle gefunden werden, die für Väter geeignet sind, die

Vereinbarkeit stärker leben zu können. Der Siebte Familienbericht der Bundesregierung hat darauf hingewiesen, dass aktive Väter ein unverzichtbares Sozialisationsmuster für die Kinder darstellen und auch für die Jungen eine Erweiterung ihres geschlechtsspezifischen Kompetenzspektrums damit ermöglicht wird. Der abwesende Vater als Teil der Normalität eines Familienalltags ist nicht mehr das Rollenbild des Vaters in der Zukunft. Deshalb ist der logische nächste Schritt in der Frage der Vereinbarkeit, die Väterfrage stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

Ebenso wie die neue (alte) Thematisierung der Vaterrolle ist die Thematisierung der Infrastruktur ein wichtiger Bereich für die Vereinbarkeitsfrage. Wir brauchen das Potential des Alters, das durch die Veränderung des Lebenslaufs bisher noch keinen öffentlichen Raum gefunden hat, sich wieder einbringen zu können, sondern ausschließlich privatisiert wurde. Das bedeutet auch eine Veränderung der Kinder- und Jugendhilfeangebote, nicht nur zielgruppenspezifisch Angebote vorzuhalten, sondern auch Angebote, wo alle vier Lebensalter mit einbezogen werden und damit auch Entlastung für die mittlere Generation ermöglicht wird. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung „Mehrgenerationenhäuser“ regt Einrichtungen an, sich den vier Generationen zu öffnen und damit einen Beitrag zu einer öffentlichen Generationenbeziehung zu leisten. Dabei werden auch die lokalen Ressourcen angesprochen, so zB die lokale Wirtschaft, die im Sinne von Public-Privat-Partnership auch mit Verbindung von zivilgesellschaftlichen Elementen neue Unterstützungsansätze für Familien ermöglichen können. Das bedeutet, die Vereinbarkeitsfrage richtet sich an alle zivilgesellschaftlichen Akteure und Unternehmen und sind ein wichtiger Partner dabei. Sei es durch die Bereitschaft der Unternehmen, sich der Auditierung im Rahmen des Audits der Beruf und Familie zu unterziehen, aber auch im Sinne von Social Responsibility, sich im lokalen Umfeld zu engagieren, sei es auch durch Freistellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ein Engagement in sozialen Projekten. Vielen Dank! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Gerzer-Sass für die sehr berührenden Informationen, die manchem von uns ins Herz gegangen sind. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, darauf hinweisen, dass es in diesem Haus Richtzeiten und Fixzeiten gibt. Die Richtzeiten sind die, die sie auf Ihrer Tagesordnung finden mit Ausnahme der beiden Fixzeiten, die da heißen 13:00 Uhr Mittagessen, das ist unverrückbar, und 17:00 Uhr Abschluss unserer heutigen Enquete. Alles andere ist in unserer Disposition.

Und ich darf Sie um Verständnis bitten, dass wir jetzt zu seinem Referat Prof. Dr. Wassilios Emanuel Fthenakis begrüßen dürfen, der seit 1975 in einschlägigen Einrichtungen der Frühpädagogik tätig ist, insbesondere in München und in anderen vielen Einsatzorten tätig war, und jetzt in Bozen unter anderem als familienpolitischer Berater der Südtiroler Landesregierung arbeitet. Bitte, Herr Professor!

**Prof. DDDr. Wassilios E. Fthenakis**, Universität Bozen:

**Entwürfe von Realitäten von Kindheit, Jugend und Familie – Kinderbetreuung und früh-pädagogische Konzepte**

Vielen Dank für die Einladung. Exzellenz, sehr geehrter Herr Erzbischof! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Lieber Herr Präsident!

Wenn ein Land so kinderarm geworden ist und noch dazu so viele Kinder hat, die in Armut aufwachsen, dann ist das hoch an der Zeit für dieses Land, über die Qualität der Bildung für seine Kinder nachzudenken. Gerade dieser Frage werde ich nachgehen. Und ich werde das tun auch unter anderem als eines der vier Mitglieder der OECD-Kommission, die dieses Land evaluiert haben und von daher auch einen guten Einblick gewinnen konnte in das Funktionieren, in die Struktur und in die Qualität des Bildungssystems, speziell hier des vorschulischen Bildungssystems. Die Stärken und die Schwächen des österreichischen Bildungssystems werden also die Grundlage dafür sein, Ihnen einige Anregungen zu geben, wie man in diesem Bereich sichtbare, auch notwendige, nicht mehr aufschiebbare Veränderungen, Verbesserungen vornehmen sollte und auch vornehmen muss.

Meine Damen und Herren! Das österreichische Vorschulsystem hat gewiss seine Stärken. Es ist ein breites, ein inklusives, integratives Konzept. Es ist ein System, das sich auf eine Grundkonzeption verständigt hat, was die Einrichtung betrifft. Es ist so eine Philosophie entwickelt worden darüber, wie vorschulische Bildung zu sein hat.

Drittens, das österreichische System hat eine lange Tradition, die auf sozialpädagogischen Ansätzen basiert, aber es ist ihm auch gelungen, die Aspekte von Erziehung und Bildung recht gut zu integrieren. Gerade in diesem Punkt wird in Europa der Vorteil des österreichischen und des deutschen Vorschulsystems betrachtet. Und schließlich ist das System zur Gänze öffentlich oder zumindest beim Nonprofit-Sektor angesiedelt, verglichen zu anderen Systemen, die diesen Bereich bereits schon der Wirtschaft zum Teil ausgeliefert haben.

Meine Damen und Herren, es gibt weder für Österreich noch für andere Länder Grund zur Selbstzufriedenheit, denn das OECD-Team hat Begrenztheiten identifiziert, die die Effizienz und die Qualität des geltenden Wertesystems systematisch untergraben. Ich werde versuchen, deshalb fünf Perspektiven zu entfalten, entlang deren dieses Problem aufgezeigt wird.

Zunächst der quantitative Ausbau des vorschulischen Systems, dann die Sicherung und Weiterentwicklung von pädagogischer Qualität. Die Frage nach der Bildungsqualität für alle Kinder

ist eine drängende Frage und die Professionalisierung der Fachkräfte, verbunden mit der Forschungsförderung und schließlich möchte ich auch der Frage nachgehen, ob es in Österreich wirklich ein öffentliches Bewusstsein dafür gibt, dass Bildung von Kindern nicht nur eine private Angelegenheit von Eltern, sondern eine öffentliche Pflichtaufgabe ist.

Gehen wir der Reihe nach vor, der qualitative Ausbau des Systems: In Österreich finden Sie für Kinder unter drei Jahren etwa 5,3 % für diese Kinder Plätze. Und wenn Sie die Zwei- bis Dreijährigen nehmen, erhöht sich die Zahl auf 20 %. Aber alles zusammen macht 11 % und das wird als gänzlich unzureichend eingestuft. Dabei nimmt das Land Salzburg mit schöner Regelmäßigkeit aber mit wechselnden Konstellationen immer den mittleren Platz, nämlich den Platz fünf ein. Das heißt, Sie befinden sich in der bewährten Mitte. Der Bedarf an Bildung und Betreuung wird allerdings von der Statistik Austria zwischen 20 % und 40 % für die unter dreijährigen Kinder eingeschätzt. Und wenn Sie den Blick über das Land hinaus werfen, dann werden Sie sehen, dass in anderen Ländern der Stellenwert dieses Teiles, was den Ausbau des Systems betrifft, völlig anders aussieht. In Dänemark gibt es für 64 % der unter Dreijährigen, in Schweden für 48 %, in Finnland für 36 % und in Frankreich für 29 % der unter dreijährigen Kinder angemessene Bildungs- und Betreuungsangebote.

Was dahinter steckt ist natürlich eine völlig andere Gesellschaft für Bewertung und Einstellung, was diesen Bildungsbereich betrifft. Es geht gar nicht um den Betreuungsbereich, primär um Bildung. Die Bildung und Erziehung von Kindern ist eine öffentliche Pflichtaufgabe. Und es ist das Bewusstsein der Gesellschaft erhoben worden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, indem wir Themen fokussieren „Wie wichtig sind die Väter?“. Entlarven wir uns selbst mit einer Einstellung, mit einem Norm- und Wertsystem, das als längst überholt angesehen werden muss. Und das Gleiche gilt auch hier. Die Überwindung der Mutterdoktrin ist in diesen Ländern längst passiert, die Mutter wirklich zu betrachten als die primäre Bezugsperson spricht gegen jeglichen Forschungsstand der Gegenwart. Mütter und Väter sind gleich kompetent für ihre Kinder und es gibt überhaupt keinen Grund, es gibt zwar Ideologien, aber keine fachliche Begründung, eine Differenz zwischen den beiden zu proklamieren.

Die Chancengleichheit für Frauen und Männer wird dort miteinbezogen, meine Vorredner haben sehr schön dokumentiert, was wir auch in einer Lenkschienenstudie herausgefunden haben, dass das Fehlen von außerfamiliären Bildungs- und Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder ein großes Problem für die Entwicklung des Familiensystems darstellt, weil das Modell, was die Menschen zelebrieren wollen, nämlich ein Modell, das auf Gleichheit, Gleichberechtigung aufbaut, zusammenbricht wegen der fehlenden Angebote, die die Mutter zwingen zuhause zu bleiben. Und damit wird das System in eine Traditionalisierung hineingeführt mit den bekannten Problemen, die danach folgen. Und Bildungsangebote außerhalb der Familie werden nicht als Gefahr, sondern als sinnvolle Ergänzung und als Erweiterung kindlicher Ent-

wicklung und kindlicher Lernprozesse betrachtet. Die große amerikanische Studie – es gibt keine größere in der Welt –, die NECD hat dieses Phänomen wirklich so umfassend untersucht und man ist heute so gut informiert, dass man hier auf diesem Gebiet mit Ideologie nicht operieren darf.

Im vorschulischen Bereich ist das Land besser bestellt, aber auch hier gibt es Nachholbedarf. Wir haben 65,5 % für dreijährige Kinder und mit sehr starken Differenzen zwischen den Ländern. Und bei den fünfjährigen Kindern sind wir in Österreich bei 96 %. Dennoch lassen sich regionale Defizite identifizieren. Kärnten bietet zum Beispiel 77,4 % der vierjährigen Kinder einen Platz, was es in den anderen Ländern nicht in dieser gleichen Form gibt. Das Fazit von uns: zukünftig wird es wichtig sein, den Mangel an Kindergartenplätzen, der auf regionaler Ebene noch immer existiert, zu beheben, um sicherzustellen, dass jedes Kind mindestens zwei Jahre vor dem Eintritt in die Schule einen Platz im frühkindlichen Bildungs- und Erziehungssystem in Anspruch nehmen kann. Das wäre das Minimum.

Was den außerschulischen Bereich betrifft, bietet Österreich für 10,4 % der Kinder von sechs bis neun Jahren einen Platz an einem Hort oder wo anders. Das ist aber sehr stark regional. In Wien besucht jedes vierte Kind, aber in Kärnten, Oberösterreich und Niederösterreich nur jedes zehnte Kind einen Hort. In den Bundesländern, Burgenland, Tirol und Vorarlberg ist die Versorgung noch niedriger. Wenn man aber die Forschungsarbeiten zur Kenntnis nimmt, die sich mit den Konsequenzen der Nichtbetreuung nach der Schule befassen und die Kosten, die daraus der Gesellschaft dann entstehen, dann könnte man ein hoch qualifiziertes System über diese Kosten finanzieren, aber die Politik hat nicht das Verständnis, in größeren Dimensionen und gar nicht präventiv immer zu handeln. Und von da aus wird das nicht in der Regel getan. Auch hier belegt das Bundesland Salzburg den fünften Platz unter den Bundesländern, eben diesmal nach Wien, Kärnten, Ober- und Niederösterreich.

Ja, außerschulische Betreuungsangebote in anderen europäischen Ländern: Es ist immer nützlich, den Blick über den Rand des Landes zu werfen. In Dänemark finden Sie für 70 % der Sechs- bis Neunjährigen einen Platz, in Schweden ebenso und eine ähnliche Anzahl von neunjährigen und älteren Kindern besuchen Freizeitklubs und nutzen andere Angebote der Freizeitgestaltung. Aber achten Sie darauf, die Ausbildung, die Professionalisierung dieses Personals erfolgt auf hohem Niveau, universitär und die sind bestens vorbereitet, mit den Bedürfnissen und den Entwicklungsaufgaben, die diese Kinder zu bewältigen haben, auch fertig zu werden.

Die pädagogische Qualität der vorschulischen Einrichtungen in Österreich muss auch beachtet werden. Das ist eine politische Herausforderung ersten Ranges. Und ich möchte es Ihnen sagen entlang gewisser Indikatoren. Wenn Sie Qualität heute messen, dann können Sie sich bedienen an strukturellen Dimensionen wie Gruppengröße, Personalschlüssel, Professionalisie-

rung der Fachkräfte, Stabilität der Betreuung und Strukturierung des Tagesablaufs, Raumgestaltung, Größe und Einrichtung, kulturelle Aufgeschlossenheit. Es gibt bereits international etablierte Standards, die uns sagen, wann eine Einrichtung in der Lage ist, eine gute Bildungsarbeit zu leisten. Und die Amerikaner sagen, im Kindergarten können das nicht mehr als 18 Kinder in der Gruppe sein. Die EU-Standards, auf die wir uns vor zehn Jahren verständigt haben und die wir an sich bis heute hätten verwirklichen sollen, besagen, dass diese Gruppengröße nicht mehr als 15 Kinder sein sollte. Sie werden sagen: „utopisch“. Ich bestätige Ihnen, dass in vielen europäischen Ländern diese Standards bereits nicht nur erreicht worden sind, sondern unterschritten sind. Wir finden Gruppen mit zehn Kindern. Hier in Österreich sind die größten Gruppen europaweit vorzufinden. Dies kann für die Kinder und für die Fachkräfte nicht mehr hingenommen werden.

Das Gleiche betrifft auch die anderen Indikatoren, aber achten Sie darauf, was jetzt kommt. Nicht nur die strukturellen Aspekte sind in Österreich verbesserungsbedürftig, vor allem die prozessualen Aspekte, denn die Bildungsqualität wird vermittelt nicht über die Strukturen, sondern über die Moderierung, die Organisation von Bildungsprozessen. Und hier haben wir herausgefunden, dass zwar die Fachkräfte sehr bemüht sind, auf hohem Niveau zu operieren, aber in Wirklichkeit erfolgt eine erfahrungsgeleitete Organisation, die im Grunde genommen dazu führt, die vorhandene Qualität zu perpetuieren. Und was gänzlich fehlt, ist eine sachlich begründete reflektierende Haltung der Fachkräfte, die einzig und allein auch Fortschritt gewährleistet. Hier also das System zu verändern, von einer erfahrungsgeleiteten zu einer fachlich begründeten Orientierung, ist eine Herausforderung.

Und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Qualität in der Einrichtung nicht allein über die ersten zwei großen Schwerpunkte vermittelt wird, sondern dass auch der Kontext eine Rolle spielt, der Führungsstil der Leitung, die Träger der Einrichtung, die Arbeitsbedingung, das Betriebsklima, die Vergütung des Personals, die staatliche Finanzierung, die Regulierungsmodalitäten haben unmittelbaren Einfluss auf die Qualität dessen, was in der Einrichtung passiert. Insofern muss speziell dieser Bereich zum Gegenstand politischer Reflexion und auch politischer Handlung werden. Allein das hätte schon gereicht, um einen Vormittag zu füllen. Der Punkt zwei war für uns ein Forschungsgegenstand von sieben Jahren. Wir haben über acht Millionen Mark allein für diese Frage ausgegeben. Das OECD-Team empfiehlt deshalb eine stärkere prozessuale Betonung, bei der Verbesserung des Strukturellen und der kontextuellen Dimension von pädagogischer Qualität.

Der dritte Bereich betrifft die Bildungsqualität. Sie alle wissen, dass während der letzten Jahre international dieser Bereich neu bewertet wird. Als das Fundament im Bildungssystem werden große Anstrengungen unternommen, hohe Bildungsqualität in allen Einrichtungen für alle Kinder zu sichern. Das politische Instrument hierfür ist die Entwicklung von Bildungsplänen, die

Bildungspläne also als Steuerungsinstrument von Bildungsqualität. Die Entwicklung begann bereits 1996 in Neuseeland, Norwegen, Finnland, ging dann über Australien, Schweden, Schottland, Chile, England – ich war selbst in London, als im Februar 2000 der englische Bildungsplan präsentiert wurde. Andere Länder haben aktualisiert, wie Griechenland und Frankreich. Finnland hatte zwei Reformen innerhalb von sieben Jahren. Dänemark, ein Land, das gegen Regulierungen war, hat sich entschlossen, dennoch einen Bildungsplan zu entwerfen. Und ich war der Erste in Deutschland, der diese Bewegung eingeleitet hat. Heute, fünf Jahre danach, ist kein einziges Bundesland ohne einen Bildungsplan. Das hat in der Bundesrepublik mehr bewegt, als in den letzten 30 Jahren.

Die Bildungsdiskussion, die wir heute führen, ist zu einem großen Teil das Ergebnis dieser Bildungspläne, die allerdings unterstützt wurden über die PISA- und andere Studien, die uns dann entgegen kamen. Wir sind allerdings heute bereits in einer Phase, die diese erste Generation von Bildungsplänen verlassen hat. Wir sind in eine neue Phase übergetreten, die die Frage aufwirft, ob es Sinn macht, für einen Kindergarten einen Bildungsplan allein zu entwerfen. Denn das wirft eine Menge von Problemen auf, auf die ich nicht eingehen kann. Wir sind dazu übergegangen, ein stringentes Bildungskonzept von null bis wir weitergehen können - in Hessen, wo ich die Verantwortung trage, geht das bis zehn Jahre. Und wir haben eine neue Technologie eingeführt, wie man moderne Bildungspläne auf diesem Bereich entwickelt, indem wir Visionen entwickeln. Die Engländer haben das getan. Ich habe veranlasst, dass dieser Plan das einzige Curriculum, Bildungscurriculum für null- bis dreijährige Kinder, und dieses haben wir übersetzt, gemeinsam übertragen mit der Bertelsmann-Stiftung. Und in dieser werden Sie sehen, dass starke Kinder, kommunikationsfreudige Kinder, aktiv lernende Kinder und gesunde Kinder die Visionen sind, die ein Bildungssystem verfolgt. Aber dann werden die Kompetenzen identifiziert, die über die Organisation von Bildung zu stärken sind, damit diese Kinder diese Visionen verwirklichen.

Ich habe das alles umgesetzt in einem relativ revolutionären Bildungsplan in Hessen. In Hessen haben wir in mehrfacher Hinsicht das gesprengt, was man in klassischer Weise in der bisherigen Bildungskonzeption enthalten vorfand. Wir haben zunächst den Blick verstellt oder neu orientiert, weg von den Institutionen hin auf das Kind. Es interessiert uns nicht mehr der Kindergarten, es interessiert uns nicht mehr die Schule, sondern es interessiert uns das sich entwickelnde und lernende Kind. Das Kind also in den Mittelpunkt zu stellen. Zweitens, wir haben einen Bildungsplan entworfen, der Institutionen übergreifender Natur ist. Es macht keinen Sinn, einen Bildungsplan zu haben, der für den Kindergartenplan entworfen ist. Die beiden Philosophien kommunizieren nicht miteinander. Und Bemühungen von über 30 Jahren, diese Bereiche miteinander zu verbinden, sind kläglich gescheitert, gescheitert an den unterschiedlichen Philosophien, die ihnen zu Grunde liegen. Deshalb haben wir eine gemeinsame Philosophie entwickelt, sodass das Kind nicht von einer in eine andere Philosophie geworfen wird.

Wir haben drittens, und das ist revolutionär, gesagt, dass Bildung nicht allein mehr in Bildungsinstitutionen stattzufinden hat und stattfindet. Wenn Bildung auf die Stärken kindlicher Entwicklung hinaus soll, wenn Bildung der Treibstoff für kindliche Entwicklung sein soll, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Bildungsangebote dieser Art außerhalb der Institutionen einen noch größeren Beitrag leisten als das, was wir in den Institutionen bieten. Es macht also Sinn, in einem neuen Bildungsverständnis einen Lernort orientierten Bildungsplan und nicht auf klassische Institutionen sich beschränkenden zu entwickeln. Wir haben diesen Bildungsplan, diesen Bildungsplanprozess im Höchstmaß differenziert, wir haben eine völlig neue Konsistenz im Verlauf des Bildungssystems eingeführt, wir haben das Ganze als offenes Projekt gelassen, um die weitere Entwicklung zu nutzen und das permanent zu optimieren.

Betrachten Sie jetzt diesen Bildungsplan, dann sehen Sie die Visionen, die er verfolgt für starke Kinder, kommunikations- und kompetente Kinder, medienkompetente Kinder. Kinder als kreative und fantasievolle Künstler, als aktive Lerner, Forscher und Entdecker. Und was ich für wichtig halte, als verantwortungsvolle und wertorientierte Kinder. Diese letzte Dimension brauchen Sie vor allem für Gesellschaften, die kulturell divers und sozial komplex geworden sind. Und wir identifizieren exakt die Kompetenzbereiche, die gestellt werden müssen, wenn wir diese Vision erreichen wollen, nämlich individuumbezogene Kompetenzen und Ressourcen, Kompetenzen, die das Kind befähigen, im sozialen Kontext zu handeln, lernen und lernmethodische Kompetenz, übrigens die Kompetenz, die total vernachlässigt wurde, aber die entscheidend ist für den schulischen und akademischen Erfolg und von dem wir wissen, dass er sich in den ersten acht Jahren etabliert. Und dann der kompetente Umgang mit Veränderung und Belastung.

Meine Damen und Herren, wenn wir die individuumbezogenen Kompetenzen und Ressourcen betrachten, dann ist die zentrale Bildungsdimension moderner Bildung die Stärkung eines positiven Selbstkonzepts beim Kind. Ein Kind, das ein positives Selbstkonzept hat, ist ein Kind, das an die Situation herangeht als aktiver Bewältiger, eine große Ausdauer entwickelt, ein Kind ist, das nicht vor Wagnissen eingeht, bereit ist, aus seinen Fehlern zu lernen. Ich kann das nicht näher behandeln, aber lassen sie mir hier nur zwei Hinweise machen. Die soziale Kompetenz besagt, unsere Fähigkeit über unser Denken und Fühlen, die emotionale Situation eines anderen angemessen wahrzunehmen und darauf zu reagieren. Das ist die Grundkompetenz für die Regulierung sozialer Beziehungen. Wir wissen aus den Stanford-Studien, dass diese Kompetenzen in den ersten sechs Jahren des Kindes bereits etabliert ist. Dies nicht systematisch zu nutzen, ist dann die Folge mit instabilen Beziehungen, mit einer Menge von Problemen im sozialen Kontext.

Und letzter Punkt: Wir haben die Kinder sensibilisiert für den Wald, für die Natur, die Umwelt, Bildungsbestandteil eines modernen Bildungssystems. Was wir aber systematisch unterlassen

haben, war, die Kinder zu sensibilisieren, früh zu lernen, früh Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Das heißt, wir sind nicht in der Lage, heute das Gesundheitssystem zu finanzieren, weil wir nicht früh gelernt haben, verantwortungsvoll auch mit diesem Aspekt umzugehen. Aspekte wie Kompetenzen, Handeln im sozialen Kontext, kann ich jetzt nicht alles behandeln. Ich verweise nur auf den Punkt Sensibilität für und vor Andersartigkeit und Anderssein. Wenn unsere Kinder heute wie in der Bundesrepublik in einer Gesellschaft aufwachsen, in der 20 % der Ehen binationale Ehen sind, wo kulturelle Diversität ein Charakteristikum moderner Gesellschaften ist, dann müssen diese Kinder Kompetenzen erwerben, mit dieser Situation verantwortungsvoll umzugehen.

Meine Damen und Herren, eine nicht mehr aufschiebbare Aufgabe für Österreich ist die Professionalisierung der Fachkräfte. Österreich scheint das einzige Land in der EU zu sein, das Kindergartenfachkräfte nur auf der Sekundarstufe ausbildet. Und der Abschluss der Ausbildung ist auf der Sekundarstufe angesiedelt und damit eines der formal niedrigsten Ausbildungsniveaus europaweit. Sie sind mit der Bundesrepublik, mit Malta und mit der Slowakischen Republik noch die Überbleibsel einer europäischen Entwicklung auf diesem Bereich. Ja, ein zukunftsweisendes Modell muss die Ausbildung nach dem Bologna-Beschluss auf der Grundlage von BA- und MA-Abschlüssen organisieren. Ich kann darauf hinweisen, dass wir mit der Bosch-Stiftung seit zwei Jahren in der Bundesrepublik dabei sind, solche Ausbildungsgänge zu konkretisieren. Es wäre hilfreich, wenn sie das mitverfolgen würden.

Und die fehlende Forschung in Österreich tut das Ihre zusammen mit der Ausbildung, dass sie überhaupt keine fachliche Grundlage haben, auf der sie dann politisch aufbauen können. Denn der Bericht stellt fest, dass eine große Schwäche des österreichischen Systems im Bereich der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit zur frühen Kindheit liegt. Die fehlende Zuständigkeit für diesen Bereich auf Bundesebene und die ungewöhnliche Positionierung der Ausbildung tragen das Ihre dazu bei, so dass es heute in Österreich keinen Lehrstuhl für Frühpädagogik gibt. Mit Ausnahme des Charlotte Bühler-Instituts, das im Grunde aus eigenen, aus selbst erworbenen Mitteln und ohne Struktur existiert, ist das Land Österreich ein weißer Fleck in diesem Forschungsbereich.

Damit Sie einen Vergleich haben: Als ich vor zwei Jahren in Neuseeland war, in einem Land mit viereinhalb Millionen, fand ich eine viel bessere Forschungsinfrastruktur auf diesem Gebiet als in Deutschland und Österreich gemeinsam vor. Die Herausforderung besteht allerdings darin, eine Anhebung der Ausbildung so zu gestalten, dass die Stärken des bisherigen Ausbildungssystems nicht verloren gehen. Es wäre naiv, dieses abzuschaffen, sofort ein universitäres zu etablieren, dieses vorhandene System hat Qualitäten. Sie müssen genützt werden und die Ausbildung doch vom tertiären Bildungsstatus und den Vorschussmöglichkeiten profitieren zu lassen.

Ich komme zum Schluss: Das vorschulische System ist in Österreich chronisch unterfinanziert. Wenn Sie nämlich die Ausgaben sehen, die Sie tätigen, dann geben Sie 0,43 % des Bruttoinlandsproduktes für diesen Bereich aus. Die OECD empfiehlt 1 %. Und wenn Sie sich mit Schweden vergleichen, dann geben die Schweden ein bisschen mehr als das Vierfache von dem aus, was in Österreich auf diesem Bereich investiert wird. Das Geld ist nicht alles, aber ohne Geld kann man Vieles nicht erreichen. In diesem Sinne ist auch die zweite Bemerkung zu verstehen: Wenn Sie kein Geld haben, dann ressortieren Sie um, strukturieren Sie Ihren Haushalt um. Es gibt keinen Grund, €8.316,- pro Kind und pro Jahr im Sekundarbereich 2 auszugeben und dafür die ersten, die wichtigsten Bildungsbereiche, vorschulisch und im Grundschulbereich so unterfinanziert zu halten.

Meine Damen und Herren, das System bedarf insgesamt der Reform. Demnach ist die Aufgabe eine höchst politische. Ich habe das für die Bundesrepublik Deutschland getan, indem ich in einem Band das bundesrepublikanische System unter die Lupe nahm und Empfehlungen aussprach. Ich habe 145 Reformvorschläge unterbreitet. Und das System in Österreich bedarf einer neuen Regulierung. Ein absolut föderales System in modernen Bildungsgesellschaften kann die Aufgaben nicht allein bewältigen. Und wir sollten uns bei all diesen Bemühungen eines besinnen, dass wir in einer Gesellschaft leben, die nicht sehr häufig, nicht sehr intensiv darüber nachdenkt, wie viel wert ihr ihre Kinder sind. Wenn sie das getan hätte, hätte sie viel mehr investiert. Herzlichen Dank! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren! Ich kann aus mehreren Faktoren und Indizien erschließen, dass Diskussionsbedarf gegeben ist.

Ich darf Sie bitten, dass wir die Tatsache, dass wir 50 Minuten hinter unserem Zeitplan sind, in der Weise beachten, dass wir mit besonderer Aufmerksamkeit Frau Christine Ehrhardt, die aus Baden-Württemberg kommt, noch zu Wort kommen lassen, insbesondere zum Thema der „Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit in den Kommunen“, und uns dann im langen Gang dem Kaffee und der Diskussion intensiv widmen. Bitte, Frau Ehrhardt!

**Christine Ehrhardt, FamilienForschung Baden-Württemberg, Stuttgart:**  
**Wege zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen**

Sehr geehrter Herr Präsident des Salzburger Landtages Holztrattner,  
sehr geehrte Mitglieder des Salzburger Landtages,  
sehr geehrte Mitglieder der Salzburger Landesregierung,  
sehr geehrter Herr Erzbischof Kothgasser,

sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur Enquete „Wege zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft“ des Salzburger Landtags. Mein Name ist Christine Ehrhardt. Ich bin Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Familienforschung Baden-Württemberg. Die Familienforschung ist eine seit Anfang der 80er Jahre bestehende Forschungseinrichtung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart.

Arbeitsschwerpunkt der Familienforschung sind familienwissenschaftliche Analysen auf der Grundlage der Daten der amtlichen Statistik.

Themenfelder sind zum Beispiel:

- die Familien- und Sozialberichterstattung
- die Einkommenssituation von Familien
- die Lebenssituation von Mehrkinderfamilien
- der Kinderbetreuungsbedarf
- die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit oder
- die eheliche Aufgabenteilung

Darüber hinaus bietet die Familienforschung wissenschaftlich fundierte Politikberatungsleistungen an. Zum Beispiel im Rahmen des Projekts „Familienfreundliche Kommune“.

Anfang 2004 ist das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg mit der Aufgabenstellung an die Familienforschung herangetreten, die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Kommunen weiter zu verbessern. Die Familienforschung hat daraufhin das Projekt „Familienfreundliche Kommune“ konzipiert, das familienfreundliche Aktivitäten in den Kommunen, Kreisen und Regionen Baden-Württembergs fördert und unterstützt. Das Projekt steht im Kontext der Initiative „Kinderland Baden-Württemberg“. Die Landesregierung hat diese Initiative ins Leben gerufen, um Baden-Württemberg zum „Kinderland Nummer eins“ in Deutschland zu machen.

Herr Ministerpräsident Oettinger setzt sich mit der Initiative für eine Politik ein, die sich an Kindern und Jugendlichen, ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientiert und in der verschiedene Politikfelder miteinander verschmelzen: Familien- und Bildungspolitik, Betreuung und Jugendarbeit, Demografie und Sozialpolitik. Nicht die einzelnen Politikfelder bestimmen den Blick auf das Kind, sondern die Bedürfnisse der Kinder bestimmen die Erfordernisse der Politik.

Die Landesregierung möchte im Rahmen der Initiative

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter verbessern,
- frühkindliche Bildung als Schlüssel zu mehr Chancengleichheit fördern und

- die Kooperation zwischen Kindergarten und Schule weiter ausbauen.

Ganztagschulen sollen in Baden-Württemberg weiter ausgebaut werden, so dass für Schüler und Eltern verlässliche Infrastrukturen entstehen. Qualifizierte ehrenamtliche Jugendbegleiter sollen die Arbeit der hauptamtlich tätigen Lehrerinnen und Lehrer ergänzen. Zur Intensivierung der frühkindlichen Bildung wird der baden-württembergische Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung weiter erprobt und entwickelt. Über das Projekt „Schulreifes Kind“ sollen im letzten Kindergartenjahr all diejenigen Kinder individuelle Förderung erhalten, deren Schulfähigkeit gefährdet ist. Außerdem wurde die Stiftung Kinderland Baden-Württemberg als Motor für die Erprobung neuartiger Ideen ins Leben gerufen.

In diesem Kontext steht das Projekt „Familienfreundliche Kommune“. Ich möchte Ihnen in den nächsten 15 Minuten einen Überblick über mögliche Wege zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen geben. Ich kann dabei auf die vielfältigen Praxiserfahrungen zurückgreifen, die wir in unserem Projekt seit Anfang 2004 gemacht haben.

Die FamilienForschung Baden-Württemberg ist im Rahmen des Projekts „Familienfreundliche Kommune“ auf vier Ebenen aktiv: Wir arbeiten erstens darauf hin, in den Kommunen, Kreisen und Regionen Baden-Württembergs ein Problembewusstsein für die Thematik Kinder- und Familienfreundlichkeit zu schaffen und zu Aktivitäten in Richtung mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit zu motivieren. Wir betreiben hierzu gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Zweitens bieten wir laufend aktuelle Fachinformationen zum Thema. Die Plattform hierfür ist unser Internetportal [www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de). Drittens liefern wir den Kommunen praxistaugliche Werkzeuge, mit deren Hilfe sich die Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort weiter verbessern lässt. So zum Beispiel die Arbeitshilfe „Familienfreundliche Kommune“ oder unser Konzept Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“. Darüber hinaus geben wir viertens selbst in den Kommunen den Anstoß zu kinder- und familienfreundlichen Aktivitäten und begleiten diese auf dem Weg zu ihrer Umsetzung. Zu diesem Zweck führen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort die Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ durch. Ich möchte Ihnen die eben genannten Angebote der FamilienForschung genauer vorstellen. Sie sind mögliche Schritte auf dem Weg zu einer kinder- und familienfreundlicheren Gesellschaft:

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit „Familienfreundliche Kommune“ sind wir mit Vorträgen und einem Infostand auf Fachveranstaltungen vertreten und informieren in Gremien der Lokalpolitik. Die FamilienForschung organisiert und veranstaltet auch selbst vor Ort in Zusammenarbeit mit den Kommunen Informationsveranstaltungen zum Thema Familienfreundlichkeit. Adressaten sind politische Entscheidungsträger und Fachvertreter ebenso wie Bürgerinnen und Bürger. Wir liefern Argumente für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, stellen innovative

und zur Nachahmung geeignete Praxisbeispiele vor, vermitteln entsprechende Forschungsergebnisse und regen zu Diskussion und bürgerschaftlichem Engagement an. So wird eine Grundlage für breit verankerte lokale Aktivitäten für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit geschaffen.

Dreh- und Angelpunkt unserer Aktivitäten ist unser seit Anfang 2004 bestehendes Internetportal [www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de), das mittlerweile als Informationskanal sehr gut etabliert ist: Über den Newsletter zum Portal erreichen wir 90 % der Kommunen Baden-Württembergs, insgesamt derzeit über 1.600 Abonnenten. Wir bündeln im Portal aktuelle Fachinformationen zum Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene. Wir berichten laufend über unsere Aktivitäten. Wir bieten eine Datenbank mit über 100 innovativen und nachahmenswerten Praxisbeispielen für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit aus den Kommunen Baden-Württembergs. Wir stellen Veranstaltungshinweise zum Thema zusammen, beantworten Anfragen von Interessierten, stellen bei Bedarf Kontakte her und anderes mehr. Die folgenden drei familienfreundlichen Projekte sind Auszüge aus dem Wissenspool unserer Datenbank Praxisbeispiele im Portal:

In Schorndorf wurde aus einer Industriebranche im Stadtgebiet ein Familienzentrum. Auf den Wunsch der Schorndorfer BürgerInnen hin, die zuvor schriftlich zu ihren Nutzungsvorstellungen für dieses Gelände befragt worden waren. Das Familienzentrum ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen dem Schorndorfer Gemeinderat, ortsansässigen Vereinen und einem speziell gegründeten Verein. Das Familienzentrum verbindet mittlerweile eine Vielzahl von Angeboten für Familien unter einem Dach: ein Café, eine Babysittervermittlung, eine Familienberatungsstelle, einen Laden für Second-Hand-Kleidung, eine Seniorenberatung uam. In Filderstadt wurde im Kindergarten ein besonders niedrighschwelliges Sprach- und Integrationsangebot für Mütter mit Migrationshintergrund eingerichtet. Ausgangspunkt war die Problematik, dass sich in Kindergärten mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern die Kommunikation zwischen Erzieherinnen und Erziehern, den Kindern und ihren Eltern aufgrund von Sprachproblemen schwierig gestaltete. Um die Situation zu verbessern und zugleich Zugangsbarrieren möglichst niedrig zu halten, wurden Angebote zur Sprachförderung von Müttern direkt im Kindergarten eingeführt. Die Sprachförderung soll zugleich auch zu einer Verbesserung der allgemeinen Integration von Müttern wie Kindern beitragen. In Stuttgart hat sich ein gemeinnütziger Verein gegründet, der es sich zum Ziel gesetzt hat, sozial schlechter gestellten Familien den Kauf von hochwertigen Lebensmitteln aus biologischer Produktion zum Selbstkostenpreis zu ermöglichen. Auch Kurse zum Thema gesunde Ernährung und Warenkunde gehören zum Angebotsspektrum. Der Verein hat derzeit ca 250 Mitglieder, von denen viele arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen sind. Er wird von ehrenamtlichem Engagement getragen und deckt seine laufenden Kosten über Mitgliedsbeiträge.

Neben Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen geben wir den Kommunen auch Werkzeuge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort an die Hand: Zum Beispiel die Arbeitshilfe „Familienfreundliche Kommune“: eine Checkliste für den internen Gebrauch in der Kommunalverwaltung, die eine pragmatische Bestandsaufnahme zur Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort ermöglicht. Die Arbeitshilfe erfasst sechs Handlungsfelder. Mit ihrer Hilfe lässt sich die Ist-Situation erfassen. Ausgehend von der Bestandsaufnahme können Entwicklungsziele vorgegeben werden, die an die örtlichen Bedingungen angepasst sind. Außerdem besteht die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und eine Zeitschiene festzulegen. Die Arbeitshilfe ist das Ergebnis einer Kooperation der Familienforschung Baden-Württemberg mit dem Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg und weiteren Bündnispartnern aus Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Neben der Arbeitshilfe bieten wir den Kommunen auch das von uns entwickelte Konzept der Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ an, das ich Ihnen jetzt ausführlicher vorstellen möchte. Mit der Durchführung von Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ stoßen wir vor Ort in den Kommunen einen breit in der Bürgerschaft verankerten, strukturierten und pragmatischen Entwicklungsprozess in Richtung mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit an:

Mit der Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ als Ausgangspunkt und Initialzündung soll vor Ort ein schlüssiges, praxistaugliches Handlungskonzept entwickelt werden, mit dem sich mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit erfolgreich umsetzen lässt. Dabei kommt es darauf an, vor Ort alle Kräfte zu bündeln, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren und Familien ebenso wie örtliche Fachvertreter zu beteiligen. Außerdem ist es wichtig, eine pragmatische und effiziente Arbeitsweise zu wählen, die schnell sichtbare Resultate liefert.

Eine Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ ist eine sechsstündige Veranstaltung. Eingeladen sind interessierte BürgerInnen, Familien, Alt und Jung, VertreterInnen der Kommune, der lokalen Einrichtungen, Geschäfte, Betriebe, Kirchen, Verbände, Vereine ... Ziel der Veranstaltung ist es, konkrete Ideen, Zielvorstellungen und Handlungsansätze zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort zu erarbeiten. Dazu werden drei Arbeitsphasen durchlaufen: Zunächst wird von den Teilnehmern die Ausgangssituation erfasst: Was ist vor Ort familienfreundlich? Was nicht? In der nächsten Arbeitsphase wird der Blick in die Zukunft gerichtet: Was will die Kommune in Bezug auf Kinder- und Familienfreundlichkeit in der näheren Zukunft erreichen? In der dritten Phase geht es dann darum, den zuvor erarbeiteten Ideen, Zielen und Zukunftsvisionen konkrete nächste Schritte und Maßnahmen zuzuordnen und zugleich auch zu bestimmen, welche davon besonders vordringlich sind. Außerdem wird festgehalten, wer für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zuständig sei und wer dabei helfen könnte.

Durch das strukturierte Veranstaltungskonzept, mit Hilfe von im Vorfeld durch die Familienforschung geschulten Bürgermoderatoren und über ein diszipliniertes Zeitmanagement gelingt es der Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“, in relativ kurzer Zeit Alltags- und Erfahrungswissen aber auch Ideenreichtum, Kreativität und Engagement der TeilnehmerInnen für eine familienfreundliche Kommunalentwicklung zu erschließen. Die TeilnehmerInnen kommen mit Vertretern der Kommune und mit Fachleuten, aber auch untereinander angeregt und konstruktiv ins Gespräch.

Die Arbeitsergebnisse der Zukunftswerkstatt werden dokumentiert und dem Gemeinderat vorgestellt, der dann in der Regel die Gemeindeverwaltung in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern mit der weiteren Umsetzung beauftragt. Im Anschluss werden vor Ort Projektgruppen gebildet oder auch Klausurtagungen veranstaltet, um auf der Grundlage der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt ein schlüssiges Handlungskonzept für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort zu erarbeiten. Wichtig ist, dass die Ausarbeitung des Handlungskonzepts in wenigen, gut vor- und nachbereiteten Sitzungen erfolgt, so dass zügig erste Maßnahmen umgesetzt und schnell erste sichtbare Erfolge erzielt werden können. Bei der Umsetzung des Handlungskonzepts kommt es darauf an, Kooperationspartner und bürgerschaftliches Engagement wirkungsvoll einzubinden.

Die Familienforschung Baden-Württemberg hat bisher in insgesamt 15 baden-württembergischen Kommunen mit Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ einen Entwicklungsprozess in Richtung mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit angestoßen. Zunächst 2005 im Rahmen eines Pilotprojekts in sieben Kommunen des Ortenaukreises, hier in Zusammenarbeit mit dem Ortenauer Bündnis für Familien. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase wurden 2006/2007 weitere acht Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ für ganz Baden-Württemberg ausgeschrieben und durchgeführt, jetzt in Kooperation mit dem Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg. Wir koordinieren, beraten, unterstützen und begleiten den Entwicklungsprozess in einer Kommune in der Regel bis zur Vorstellung der Ergebnisse im Gemeinderat und zur Beauftragung mit der Umsetzung. Wir stehen aber auch darüber hinaus als Ansprechpartner zur Verfügung. Zur Bewertung der Nachhaltigkeit und zur weiteren Unterstützung der aus den Zukunftswerkstätten hervorgegangenen Aktivitäten sind für 2007 Regionalkonferenzen der Kommunen geplant, die bereits eine Zukunftswerkstatt durchgeführt haben.

Jede Kommune, die eine Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ veranstaltet, wird von der Familienforschung bei der Vorbereitung, Organisation und bei der Durchführung der Veranstaltung unterstützt. So zum Beispiel bei der vorbereitenden Pressearbeit und bei sonstigen Werbemaßnahmen für die Veranstaltung. Die Familienforschung stellt Vorlagen für Einladungen, das komplette Veranstaltungskonzept sowie erforderliche Arbeitsmaterialien und ü-

bernimmt die Rahmenmoderation. Wir schulen beteiligte Bürgermoderatoren und stehen während des gesamten Prozesses als Ansprechpartner zur Verfügung. Bisher haben wir Zukunftswerkstätten in Kommunen unterschiedlicher Größe durchgeführt, so zum Beispiel in Pforzheim mit 119.000 Einwohnern und in Steißlingen mit 4.500 Einwohnern. Das Konzept der Zukunftswerkstätten hat sich sowohl für größere als auch für kleinere Gemeinden als geeignet erwiesen. Es hat sich allerdings auch gezeigt, dass kleinere Gemeinden stärker von dem Konzept profitieren können. Zum einen lassen sich in kleineren Gemeinden Verbesserungen der Lebenslagen von Kindern und Familien schneller und direkter umsetzen. Zum anderen verfügen kleinere Gemeinden in der Regel nicht über ausreichende Personalkapazitäten, um weiter reichende Veränderungsprozesse in Richtung mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit mit Bürgerbeteiligung in Eigenregie zu konzipieren, zu planen und durchzuführen. Hier hat sich das Konzept der Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ in Kombination mit einer organisatorischen und personellen Unterstützung durch die Familienforschung als sehr sinnvoll und effektiv erwiesen.

Die Bewertungen der Veranstaltungen durch die Teilnehmer zeigen immer wieder, dass eine gute Vorbereitung der Veranstaltung und ein ergebnisorientiertes, pragmatisches Veranstaltungskonzept mit ergebnisorientierten Arbeits- und Diskussionsphasen überaus geschätzt werden. Statt befürchteter „kostspieliger Wunschzettel“ und „Anspruchsdenken“ zeigen die Bürger Pragmatismus und Verständnis für knappe Ressourcen und sind bereit, selbst in ihrer Kommune mit Verantwortung zu übernehmen. Aus den durchgeführten Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ sind bisher zum Beispiel folgende konkreten Ergebnisse hervorgegangen: ein Leitbild „Familienfreundliche Gemeinde“ für künftige kommunalpolitische Beschlüsse, die Anerkennung als familienfreundliche Urlaubsgemeinde, die Erstellung eines Konzepts für ein Familienzentrum/Mehrgenerationenhaus, der Einstieg in die Betreuung unter 3-Jähriger, eine Ferienbetreuung für Schulkinder, ein pädagogisches Konzept für die Tagesbetreuung verschiedener Altersgruppen, ein Förderverein für Kinder- und Jugendbildung, eine Anlaufstelle und Informationsangebote für Familien, eine Helferbörse „Alt hilft Jung, Jung hilft Alt“, die Gründung einer Bürgerstiftung und eine Spielplatzgestaltung unter Mithilfe von Bürgerinnen und Firmen.

Als weiteres Ergebnis der Arbeit der Zukunftswerkstätten hat sich gezeigt, dass für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen folgende Handlungsfelder besonders wichtig sind:

- Rückhalt & Wertschätzung für Familien
- Förderung von Begegnung und Netzwerken für Jung und Alt
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Bedarfsgerechte qualifizierte Betreuung und Bildung
- Beratung und Hilfen für Familien

- Förderung der Familienbildung
- Finanzielle Förderung und Vergünstigungen für Familien
- Wohnen, Wohnumfeld, Verkehr
- Familienfreundliche Verwaltung und Kommunalentwicklung.

Kurz einige Worte zur Frage, unter welchen Umständen eine Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ aus unserer Sicht ein geeignetes Instrument zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort ist: Eine Zukunftswerkstatt „Familienfreundliche Kommune“ kann geeignet sein, ...

- wenn Kinder- und Familienfreundlichkeit für Kommune und Gemeinderat eine hohe Priorität haben,
- wenn Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort „Chefsache“ ist,
- wenn die Bürgerschaft und Bündnispartner aktiviert werden sollen, ihre Ideen und ihr Engagement in die familienfreundliche Gemeindeentwicklung einzubringen,
- wenn das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit möglichst breit angegangen werden soll und alle Handlungsfelder der Gemeindeentwicklung einbezogen werden sollen,
- wenn alle familienfreundlichen Aktivitäten gebündelt werden sollen und
- wenn nicht zu viel Bürgerbeteiligung gleichzeitig läuft (erst Vorangegangenes abschließen und umsetzen).

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe verschiedene Wege zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Kommunen vorgestellt. Lassen Sie mich mit sechs Argumenten für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit schließen: Familien und Kinder stehen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften. Familien sind entscheidende Träger des sozialen Lernens und der Wertevermittlung. In Wissensgesellschaften sind Bildung und Förderung von Kindern Schlüsselfaktoren. Alternde Gesellschaften sind in besonderem Maß auf die Selbsthilfekräfte der Familien und ihrer sozialen Netze angewiesen. Diese müssen gestärkt werden. Eine präventive Förderung der Elternkompetenz beugt teurer Nachsorge vor. Eine familienfreundliche Kommunalentwicklung stärkt bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Selbsthilfe.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Frau Ehrhardt für ihre praktischen Informationen aus Baden-Württemberg. Ich nehme an, dass wir alle uns einig sind, wie weit wir weg vom Ziel eines disziplinierten Zeitmanagements sind.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir mindestens 20 Minuten für unsere Pause verwenden, und ich darf in aller Form und in aller Höflichkeit Frau Burgstaller, Frau Landesrätin Eberle, Herrn Lan-

desrat Blachfellner und die mir noch nicht bekannten vier Sprecher der Landtagsparteien darauf hinweisen, dass wir keine Referate von ihnen erwarten, sondern Stellungnahmen, und solche Stellungnahmen lassen sich ja wahrscheinlich auch in weniger als 15 Minuten abgeben. Wenn man 55 Minuten durch 7 teilt, kommt man auf 7,8 Minuten. Ich bedanke mich und wünsche eine gute Pause!

**(Unterbrechung der Enquete von 11:48 Uhr bis 12:12 Uhr)**

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, sich wieder Ihrer Plätze und Sessel zu bemächtigen!

Ich darf Sie bitten, dass wir uns jetzt konzentrieren auf die Stellungnahmen, wie es im Programm steht, von Frau Burgstaller, Frau Eberle und Herrn Blachfellner, und dass wir anschließend uns die Zeit nehmen, den Vertretern der vier Landtagsparteien zu lauschen, die heute auch mit Veranstalter sind, - in den Persönlichkeiten des Herrn Klubvorsitzenden Brenner, der Frau Klubobfrau Mag. Rogatsch, in der Person des Kollegen Essl und in der Person des Kollegen Schwaighofer mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen. Die Vertreter der Landtagsparteien werden nachher die Gelegenheit haben, wenn sie wollen, sich zu Wort zu melden, im Programm ist es so vorgesehen. Ich habe unterschiedliche Signale betreffend Wortmeldungen, deswegen diese konjunktivische Aussage.

Ich darf Frau Landeshauptfrau um die Stellungnahme bitten und habe mir von Landesrat Blachfellner sagen lassen, dass du mit ihm ein Timesharing vereinbart hast, dass ihr miteinander 15 Minuten brauchen werdet. Ich werde ganz genau schauen. Bitte Frau Landeshauptfrau!

**Landeshauptfrau Mag. Burgstaller:** Herr Vorsitzender, keine Sorge, ich muss leider um halb eins weg, was ich sehr bedaure, weil ich mir gern die Stellungnahmen der anderen Diskussionssteilnehmer angehört hätte. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Ich bin sehr froh, heute hier zu sein, denn dieser Termin ist einer, wo ich sage, ich bin nachher klüger als zuvor und das sind meine politischen Lieblingstermine. Daher möchte ich auch nicht versuchen, mein vorgefertigtes Manuskript zu verwenden, was ich übrigens selten tue, sondern das zu sagen, was mir am Herzen liegt.

Erstens wollte ich Ihnen sagen, ich kenne seit Jahren ein wunderbares Buch von Hillary Clinton „Eine Welt für Kinder“ und ich finde, dass Politiker oder Politikerinnen, die sich mit dem Thema so intensiv beschäftigen, durchaus an die Spitze eines Staates kommen sollten, das fällt mir einfach immer ein. Ich wollte Ihnen eigentlich heute aus diesem Buch etwas vorlesen zum Thema Zeit. Aber ich tue es nicht, weil das erste Mal bei so einer Veranstaltung diesem Thema Zeit so viel Raum gegeben wurde und dazu möchte ich auch wirklich den Referenten gratulie-

ren, dass es nicht nur um Geld gegangen ist, dass es nicht nur um Strukturen und Institutionen gegangen ist, sondern sehr oft versucht wurde, zu schauen, was brauchen denn die Kinder wirklich. Wir haben leider heute wieder einmal zu wenig Zeit und wahrscheinlich nicht die Gelegenheit, das ausführlich zu diskutieren über alle Bereiche hinweg.

Nachdem ich von der kleinen Naomi ein Buch geschenkt bekommen habe, habe ich mir einige Gedanken dazu aufgeschrieben, die ich für wichtig halte. Das kleine Fohlen war traurig, hieß es. Es war, wenn sie gut zugehört haben, eigentlich ein Buch, ein Büchlein voller Sehnsüchte und Hinweise, was denn richtig ist und wichtig ist für die Kinder. Zum einen die Frage der Motivation des Lobs – da bin ich eigentlich schon mitten in unserem Schulsystem. Ich frage mich immer, was machen wir falsch in unserem Schulsystem, dass die Erfahrung der Kinder ist, je mehr Zeit sie investieren dafür, desto schlimmer wird es. Sie erinnern sich an die eigene Schulzeit und ich kann Ihnen sagen, wahrscheinlich hat sich wenig geändert seit Maria-Theresia in den Grundzügen. In der Volksschule ist es noch so, dass die Motivation über Noten sehr groß ist, wahrscheinlich ist die Durchschnittsnote bei allen, die hier sind irgendwo zwischen eins und zwei gewesen, also der Gesamtdurchschnitt. Das ändert sich später rapide.

Je mehr Zeit ein junger Mensch investiert in das Schulsystem, desto schlechter werden seine Noten im Durchschnitt. Natürlich gibt es Ausnahmen. Da bin ich schon der Meinung, da läuft etwas gewaltig schief in unserem Schulsystem. Darüber sollten wir, könnten wir ein eigenes Symposium machen. Also Motivation, Lob, auch zum Ausdruck gebracht durch Bewertungen glaube ich, ist ganz, ganz wichtig.

Freunde sind wichtig! Da bin ich auch bei einem wichtigen Thema, das bei uns in Österreich viel zu ideologiebeladen ist. Sie erinnern sich an die Diskussion vor der Wahl und ein bisschen jetzt auch wieder. Der Sinn von Nachmittagsbetreuungseinrichtungen, Ganztagschulen, wo sehr schnell dieses Gebot kommt, das muss aber freiwillig sein. Jetzt sage ich, ja selbstverständlich sollten wir mit dem einmal beginnen, aber die Frage ist auch, was steckt denn dahinter? Es gibt auch eine Sehnsucht bei Kindern, dass sie Freunde haben und viele haben nicht mehr die Chance dazu. Bei den durchschnittlichen Geburtenzahlen ist es selten, dass sie zuhause tatsächlich mit Freunden zusammen sind, außer wir sind der Meinung, der Computer ist der Freund oder sonstige Spielsachen. Oft wird die Freizeit in Einsamkeit in den vier Wänden verbracht werden. Also ich glaube, Freunde zu finden ist nach wie vor ein wunderbares Ziel von Kindern und das sollten wir als Erwachsene auch nie vergessen.

Das Anderssein, das dazu führt, dass man ausgelacht wird – Sie erinnern sich, das Fohlen war so bunt und wurde daher ausgelacht, weil es kein richtiges Fohlen war. Ist das nicht auch ein Auftrag für uns, dafür zu sorgen, dass das nicht dazu führt. Das Thema Integration ist ja nichts anderes. Wer kann besser damit umgehen als Kinder, wenn wir ihnen die Chance geben, so

früh wie möglich zum Beispiel mit Kindern mit einer Behinderung umzugehen. Wer kann besser mit ausländischen, mit nicht deutschsprachigen Kindern umgehen als die Kinder selber? Daher bin ich auch eine große Befürworterin, dass man ihnen so viele Chancen wie möglich bietet im Vorschulalter schon, im Kindergarten und natürlich auch in der Schule, diese Integration zu leben, damit niemand mehr die Erfahrung machen muss, dass er ausgelacht wird oder diskriminiert wird, nur deshalb, weil er anders ist.

Was mir besonders gut gefallen hat und das ist, glaube ich, auch eine Motivation für uns und für die Politik, das ist nicht zu übersehen, das ist die Frage der Wertschätzung den Kindern gegenüber. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich habe einfach gelernt, automatisch in die Knie zu gehen, wenn ich mit Kindern rede. Das tun nicht sehr viele Erwachsene, fällt mir immer wieder auf. Das ist eine Frage von gleicher Augenhöhe, auch symbolisch. Aber es geht nicht nur um die Symbole, sondern es geht einfach auch bei diesem Thema darum, dass man Kindern zutraut, Aufgaben zu übernehmen. Daher bin ich auch ein großer Fan von altersgemischten Gruppen in der Kinderbetreuung. Hier gäbe es viel zu sagen, aber wir haben uns ja heute vorgenommen, nicht über das konkrete Salzburger Anliegen zu reden, aber da gäbe es so vieles zu sagen, wenn Sie einmal in einer Kinderbetreuungseinrichtung erlebt haben, welchen Stolz Kinder entwickeln, weil sie den Kleineren was zeigen können. Oder umgekehrt, wie wohl sich kleine Kinder fühlen, wenn sie die Großen treffen in einer Einrichtung. Und daher sollten wir so viel zulassen, als nur irgendwie denkbar ist und nicht in starren Altersgruppen denken oder sonstiges. Also das, glaube ich, ist auch wichtig.

Und zum Schluss, und das ist auch ein Teil dieses Büchleins, ist das Mitteilungsbedürfnis. Das Fohlen kommt nachhause und das Erste ist, sie muss das alles erzählen. Denken Sie, wie es Ihnen geht, ich habe leider selbst keine Kinder, und ich erlebe es aber sehr oft bei meinen vielen Nichten und Neffen, Freunden und so weiter. Das ist so wichtig, sich Zeit zu nehmen. Überlegen Sie sich in unserer Rushhourtime, wie oft wir tatsächlich die Zeit haben und nicht gern unsere Ruhe hätten. Also auch das, denke ich mir, ist ein wichtiges Thema, auch das ist ein Auftrag, nicht nur an die Eltern, sondern an unser Bildungssystem. Ich hoffe sehr, dass sich das heute nach diesen Vorträgen verankert hat bei allen. Man kann und soll die Debatte nicht so führen, ob es denn zumutbar ist, von den Eltern immer mehr an Aufgaben zu übernehmen. Ich finde, es ist wichtig, den Eltern so viel als irgendwie möglich mitzugeben, damit sie ihre Aufgaben gut bewältigen können, aber dort wo es nicht funktioniert, aus welchen Gründen immer, das können soziale Gründe, Bildungsfragen, das können auch ganz normale materielle Gründe sein, da hat die Gesellschaft die Aufgabe, das zu tun. Das ist eine wichtige Ergänzung und sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das habe ich heute wieder ganz besonders mitgenommen für die Politik.

Noch ein paar Worte zur Bildung selber, weil ja das mein Aufgabenbereich ist. An so einem Tag kommt einem immer wieder ins Bewusstsein, dass das Bildungssystem noch immer viel zu sehr orientiert ist an Wissensvermittlung. Ich habe gestern bis um halb Zwölf in der Nacht Französisch gelernt mit meiner "Patchwork-Tochter", also mit der Tochter meines Mannes, und habe mir wieder einmal gedacht, das muss schon wahnsinnig wichtig sein, dass man da zwei Stunden mit dem Wörterbuch sitzt und etwas übersetzt. Jetzt sage ich, es ist schon wichtig, eine Sprache zu lernen, die Frage ist nur, wie man sie lernt und welche Freude es einem macht.

Ich würde mir eigentlich ein Bildungssystem wünschen, das uns wieder mehr Freude macht. Wir hatten vor kurzem in Salzburg Gelegenheit, uns mit einem Bildungsexperten aus Finnland längere Zeit auseinander zu setzen und ich kann allen Menschen nur empfehlen, schauen Sie sich das an! Da gibt es ein Prinzip – mein Lieblingssatz übrigens in der Bildungspolitik –, ich dachte immer, er sei von jemand anderem, aber das stammt aus Finnland: „no child should be left behind“. Also kein Kind soll zurück bleiben, das heißt, es ist die Aufgabe der Gesellschaft, in diesem Fall der Schule, dafür zu sorgen, dass man jedem Kind seine Entwicklungschance gibt. Das heißt, nicht aufteilen in Schulkategorien, so früh wie es bei uns der Fall ist, sondern einfach schauen, wo sind seine Stärken und die Stärken stärken, und wo sind seine Schwächen und helfen, die Schwächen entsprechend weiter zu entwickeln. Dann, glaube ich, hat man das gesamte Potenzial, das man nutzen kann, als Treibstoff für die Entwicklung des jeweiligen Kindes, wie es heute ein Referent so wunderbar gesagt hat.

Ich glaube, dass wir in Salzburg vieles tun, aber so ein Tag ist nicht dazu da, Selbstlob zu üben. Ich laufe nicht Gefahr, das heute zu machen, denn es ist sehr viel zurückgeblieben an Kritischem, das wir überlegen sollten, nicht nur in der Frage der vorschulischen Kinderbetreuung, auch hier denke ich mir, sollten wir in Österreich diese Ideologie über Bord werfen, dass wir sagen, die Schule beginnt mit sechs und vorher darf das System nichts oder nicht so viel mit Bildung zu tun haben. Die Kindergärten sind Bildungseinrichtungen und es ist nichts dagegen einzuwenden, finde ich, dass es hier schon zu einer Durchmischung kommt, so wie es wunderschöne Modelle auf der ganzen Welt zeigen. Wenn es dann ernst wird, dann glaube ich, müssen wir hinkommen zu einer Bildungspolitik, die diese Starrheit verlässt, wie sie in manchen Orten noch immer vorhanden ist, wo wir einfach mit unseren Gruppengrößen sagen „so ist es“. Umso mehr freue ich mich über die Diskussion, die endlich stattfindet in Österreich über die Frage „was braucht es wann konkret?“ Ich möchte auch darauf verweisen, dass das Programm der neuen Bundesregierung durchaus einiges an Gutem enthält, auch wenn wir noch nicht bei den Wunschzahlen sind, aber die Senkung der Klassenschülerzahlen auf 25 ist ein richtiger Weg. Sie wird ab Herbst stattfinden, wenn auch beginnend mit den ersten Klassen. Aber da auch ein ehrliches Bekenntnis, wenn man sich jetzt schon wieder zu Tode fürchtet vor dem Richtwert, statt zu erkennen, welche Chance der hat, richtig verstanden im Übrigen, dann

sehe ich schwarz. Die Meisten glauben ja, Richtwert heißt, na wird schon nicht so ernst genommen. Das heißt ganz was anderes, nämlich dass die Schulen autonom sagen können, wie sie diese zusätzlichen Ressourcen verwenden. Das ist ja eine Chance und nicht das Gegenteil, dass man endlich sagen kann, wo brauchen wir mehr, wo können wir so arbeiten wie bisher. Das Ergebnis wird, so hoffe ich, wenn man auch mit dieser künftigen neuen Beweglichkeit umgehen lernt und umgehen darf, tatsächlich kindgerechter sein.

Was haben wir uns in Salzburg vorgenommen? Wir haben uns vorgenommen, dass wir in der Kinderbetreuung für die über Sechsjährigen vor allem die Nachmittagsbetreuung ausbauen. Und da wünsche ich mir genauso wie in anderen Bereichen, dass wir klare Werthaltungen haben, aber endlich einmal aufhören, die Menschen und ihre Bedürfnisse nach unseren Ideologien leiten zu wollen. Danke schön! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Landeshauptfrau. Ich darf die Frau Landesrätin Doraja Eberle zum Mikrofon bitten.

**Landesrätin Eberle:** Ich habe kein Timesharing mit jemanden, aber ich werde mich trotzdem bemühen, schnell zu reden.

Die Welt der Kinder ist das beste Gegengewicht zur rationalen Erwachsenenwelt. Durch die Kinder sehen wir alle täglich, dass es mehr gibt als den ständigen Kampf um mehr Geld und vor allem um mehr Ansehen. Der Titel der Enquete heißt heute „Wege zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft“. Das könnte man ableiten, dass unsere Gesellschaft nicht sehr kinderfreundlich ist und es gibt genügend Beispiele dafür. Für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft spielt die Frage der Kinderfreundlichkeit eine große und bedeutende Rolle. Die Erziehung der Kinder und die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen liegen in allererster Linie in der Verantwortung von uns Eltern. Die Aufgabe des Staates ist es meines Erachtens, die Eltern in der Erziehung der Kinder zu unterstützen und allen Kindern gleichwertige Entwicklungschancen zu geben.

Die Einstellungen im Kopf, die Lebensplanungen von jungen Menschen, der Konsumdruck und das dauernde Streben nach Gewinnmaximierung, der große Wandel unserer Familie, der steigende Egoismus vieler Menschen, die immer länger dauernden Ausbildungswege und noch sehr vieles mehr, all das trägt nicht unbedingt dazu bei, in einer kinderfreundlichen Gesellschaft zu leben. Kinder werden immer mehr zur Belastung und immer mehr als Ausgabe gesehen, anstatt als Aufgabe und als Bereicherung. Allzu oft hört man ja, dass wir uns Kinder nicht mehr leisten können. Ich habe unlängst von jemand gehört, der zehn Kinder hat, dass der gesagt hat: „Wenn ich nach dem dritten Kind angefangen hätte, zu rechnen, wären die nächsten sieben nicht mehr da gewesen.“

Viele Menschen fühlen sich von Kindern gestört. Hunde dürfen Rasen betreten, Kinder nicht. Familien mit mehr als zwei Kindern werden oft mitleidig belächelt, als altmodisch, ungeschickt oder sogar als Sozialschmarotzer bezeichnet. Familien mit vier Kindern oder mehr finden kaum mehr Wohnungen, geschweige denn Häuser in entsprechenden Größen oder zu leistbaren Preisen. Junge Familien, besonders betroffen sind allein erziehende, haben größte Schwierigkeiten, überhaupt irgendeine Wohnung zu bekommen. Vor allem dann, wenn sie eben Kinder haben. Bei neuen Häusern ist das Wichtigste, dass viele Parkplätze vorhanden sind. Für den Kinderbereich wird schon sehr viel weniger Energie aufgewendet. Der bekannte Theologe Zulehner hat unlängst geschrieben, dass es in Österreich fast besser ist, als Auto geboren zu werden, anstatt als Kind. Weiters sagt er auch noch, dass es ausschließlich den intakten Familien in unserem Land zu verdanken ist, dass wir nicht noch mehr auf einen Polizei- und Therapiestaat hinsteuern.

Es werden Prozesse bei uns im Land geführt, weil Kinder im Garten zu laut sind und die Mittagsruhe stören und die Kläger gewinnen auch noch. Jugendzentren werden großteils im Keller untergebracht, damit man die Jugend nur ja nicht sieht, geschweige denn hört. Wir vergessen leider immer, dass Gesellschaft Kinder und Jugend braucht. Kinder und Jugendliche werden orientierungsloser, es werden ihnen immer weniger Werte vorgelebt und vermittelt, die ihnen Grundlage fürs Leben sein könnten. Kinder und Jugendliche erfahren oft, nicht mehr geliebt und angenommen zu werden, so wie das eben ist und sie brauchen auch erforderliche Grenzen, vor allem auch den nötigen Respekt, sich selber und anderen gegenüber. Sie werden gewaltbereiter und vor allem erbarmungsloser Schwächeren gegenüber. Jugendliche sollen immer früher erwachsen werden. Ich habe gerade vorher gehört, Kinder sind nicht kleine Erwachsene, wir greifen also immer früher auf sie zurück. Ich erwähne jetzt Führerschein mit 17, bald wird es noch früher sein, wählen mit 16 und viele weitere Anforderungen, ohne oftmals je gelernt zu haben, Verantwortung für den anderen zu tragen. Ich könnte diese Liste aber noch lange fortsetzen, werde es jetzt aber nicht tun.

Für die Wirtschaft sind die Kinder natürlich auch eine sehr willkommene Zielgruppe. Für die Medien, für die Werbung, vor allem für die Unterhaltungsindustrie und natürlich auch für die Mode. Die Kolumnistin Marga Swoboda hat am letzten Samstag in der Kronenzeitung Zielgruppe Kind beschrieben und ich möchte das hier ganz kurz erwähnen, weil es für mich die Einstellung unserer Gesellschaft zu Kindern sehr eindrucksvoll beschreibt. Zitat Anfang: „Die Kinder von heute werden vergöttert, sie werden geliebt und die Währung der Liebe heißt Euro. Die Zielgruppe Kind ist ein Milliardengeschäft geworden, natürlich auch durch die Tabakindustrie, Alkoholfabrikanten sowie Dealer aller Art. 90 % der 15-Jährigen versüßen sich das Leben mit Alkohol, jeder Dritte raucht und sonstige Drogenprobleme hat man heutzutage schon mit elf Jahren. Arme geliebte Kinder!“ Zitat Ende.

Viele meinen nun, mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie mit Beruf und einem Kinderbetreuungsangebot rund um die Uhr wird unsere Gesellschaft kinderfreundlicher und die anstehenden Probleme werden dadurch gelöst. Die Bestrebungen in diese Richtung sind richtig, werden aber primär nicht den Bedürfnissen der Kinder gerecht, sondern vor allem uns Erwachsenen zuliebe gefördert und unterstützt. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Annäherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und ich sage hier ganz bewusst die Annäherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein gutes bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot zu den wichtigsten Rahmenbedingungen gehören, damit Familien mit Kindern ihren Alltag bewältigen können und damit auch Kinder wieder mehr von ihren Eltern haben. Viele Familien benötigen den Verdienst von beiden Elternteilen, viele Frauen wollen kurz nach der Geburt der Kinder wieder arbeiten gehen und viele, vor allem Alleinerzieherinnen, müssen sofort wieder arbeiten gehen, um überhaupt überleben zu können. Ich kenne niemand, nicht einen Einzigen, der gerne und leichtfertig sein ganz kleines Kind in eine Einrichtung gibt und das oft den ganzen Tag. Aber oft haben sie keine andere Wahl, auch nicht von wem sie ihre Kinder betreuen lassen möchten.

Und daher muss die Politik, neben vielen anderen Maßnahmen auch für ein qualitätsvolles Angebot in der Kinderbetreuung sorgen, gerade gestern, wie vorher schon erwähnt, haben wir in der Regierung das neue Kinderbetreuungsgesetz unterschrieben und ich bin davon überzeugt, dass wir im Land Salzburg sehr gute Arbeit leisten und auf dem richtigen Weg sind, auch wenn das viele weggammern und wegreden wollen. Aber Maßnahmen zur wirklichen Kinderfreundlichkeit gehen weit darüber hinaus und sind oft nicht durch Gesetze, sondern durch unser persönliches Umdenken und durch eine andere Herzensbildung gegenüber Kindern zu lösen. Aber die Politik muss sich auch darum kümmern, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, stressfrei und eben ohne Zeitdruck.

Sehr oft melden sich bei mir Frauen, ich sage das jetzt nur ganz kurz und ich glaube, einige, die in der Regierung oder im Landtag tätig sind, wissen das auch, die wieder in den Beruf einsteigen müssen, die kleine Kinder haben und die einfach gezwungen werden, von sagen wir mal Stellen, die Arbeit vermitteln unter Androhung, alle Unterstützungen zu verlieren, wenn sie diese oder jene Arbeit nicht annehmen. Gerade am Freitag war jemand bei mir mit einem vierjährigen Kind, Alleinerzieherin, sie hat das dritte Arbeitsangebot von 16:00 bis 23:00 Uhr bekommen, mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. Es werden diesen Frauen Arbeitszeiten zugemutet, dass die Kinder nahezu im Pyjama in eine Betreuungseinrichtung gebracht werden oder in der Nacht schlafend von einer Tagesmutter abgeholt werden. Das hat nichts, aber schon gar nichts mit Kinderfreundlichkeit zu tun. Und ich habe sehr oft die zynische Bemerkung gehört, Kinder gewöhnen sich an alles.

Ich habe oft das Gefühl, dass sich die Wirtschaft vor allem an kinderlosen Männern und Frauen orientiert und nicht an den Bedürfnissen der Familien und schon gar nicht an den Bedürfnissen unserer Kinder. Es wird jedoch immer wieder in der Wirtschaft die Forderung aufgestellt, dass sich die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren müssen. Wenn also zum Beispiel in kürzester Zeit der Europark oder Ikea oder Spar, nur um einige zu nennen, auch am Sonntag geöffnet haben sollen, dann wird sofort die Forderung gestellt, den betrieblichen Kindergarten auch am Sonntag zu öffnen. Also sieben Tage in der Woche durch, alles machbar, abgesehen von den Kosten, aber alles machbar. Aber ist das kinderfreundlich? Kinder müssen immer mehr funktionieren und sich anpassen, damit wir Erwachsenen außer Stress geraten.

Der alle zwei Jahre stattfindende Wettbewerb für Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat vor allem heuer auch wieder gezeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, mit kreativen familien- und kinderfreundlichen Arbeitszeitmodellen den Kindern und den Eltern das Leben zu erleichtern. Aber dazu gehört eben auch von Seiten der Betriebe eine entsprechende familien- und kinderfreundliche Einstellung und der Wille, diesen auch umzusetzen.

Mütter, vor allem jene, die sich ausschließlich den Kinder widmen und sich den Luxus erlauben, ihre Kinder zuhause zu betreuen, bekommen von der Gesellschaft nicht die gebührende Wertschätzung, geschweige denn eine Unterstützung. Der gesellschaftliche Druck in Richtung Arbeitsmarkt und Wiedereinstieg und damit verbunden einer institutionellen Kinderbetreuung ist enorm groß und die Wahlfreiheit scheint wirklich eine Einbahnstraße. Gewürdigt wird nur der Weg in die Berufstätigkeit. Jungen Familien wird vor allem durch die Medien immer mehr suggeriert, dass ein Leben ohne Verzicht das oberste Ziel sein soll und dass es auch möglich ist.

Autos, Haus, Flugreisen, Handy, Multimedia, Mode etc, viele Kinder haben von klein auf alles. Und wir ermöglichen unseren Kindern natürlich auch – und ich sage das hier auch als Mutter zweier Kinder – aus schlechtem Gewissen heraus, als Kompensation für unsere Abwesenheit, dass sie alles haben und auf nichts mehr verzichten müssen, weil wir ja Familie und Beruf vereinbaren wollen und auch müssen. Und da Kinder dann auch noch zeitlich und materiell oft einen Verzicht bedeuten, verzichten zusehends mehr Paare bewusst auf ein Leben mit Kindern. Sie verzichten dabei aber auf etwas ganz Besonderes in unserem Leben, das ist meine ganz persönliche Meinung hier, nämlich das Erlebnis, ein Kind oder Kinder zu haben. Natürlich ist es schwer, es ist oft anstrengend, es ist nervig und es raubt uns manchmal viel Kraft und trotzdem, wer es erleben darf oder durfte, weiß, wovon ich hier spreche. Kinder aufwachsen zu sehen, zu sehen wie sie die Welt entdecken, ist sicher eines der schönsten Dinge, die wir erleben können. Familien schaffen also Sicherheit, Familien sind ein Ort der Geborgenheit, Kinder benötigen für eine gute Entwicklung vor allem Verlässlichkeit, Beständigkeit, Wertschätzung, Stabilität und Zeit.

Kinder sind unsere Zukunft, sie sind die Garantie für den Fortbestand unserer Kultur und unserer Gesellschaft. Geben wir den Jugendlichen bitte mehr Wertschätzung. Nehmen wir sie ernst, übertragen wir ihnen schrittweise in überschaubaren Lebensbereichen Verantwortung und lassen wir sie mitreden und vor allem mitentscheiden in den Angelegenheiten, die Jugendliche betreffen. Vor allem sind wir ihnen selber wieder ein Vorbild. Helfen wir beziehungsweise fordern wir von der Wirtschaft, zu erkennen, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die ihre Berufstätigkeit und ihr Familienleben stress- und sorgenfrei managen können, letzten Endes viel bringen für die Wirtschaft. Es liegt also an uns allen in der Politik, aber nicht nur an uns Politikern und Politikerinnen, vor allem auch an den, die nicht politisch tätig sind, alles dafür zu tun, dass Kinder in unserem Leben willkommen sind, dass wir Freude haben an Kindern und an der Jugend, dass wir sie teilhaben lassen an unseren Errungenschaften, unserer Gesellschaft und ihnen eine gute Bildung ermöglichen, dass wir tolerant sind und neue Entwicklungen akzeptieren. Das Wichtigste aber ist, dass wir Kindern ein Zuhause und Sicherheit geben und dass wir sie einfach lieben. Wir sollten nicht immer nur das Recht auf Betreuungsplätze außerhalb des Hauses einfordern, sondern wir sollten endlich auch einmal für die Kinder das Recht des Kindes auf Kindheit fordern, das sieht mit deren Augen nämlich sicher völlig anders aus, wie uns Erwachsenen lieb oder angenehm ist.

Ich will an dieser Stelle aber auch all jenen danken, die die kinderfreundlichen Maßnahmen täglich leben und auch oft im Verborgenen, außerhalb und innerhalb des Hauses. Ich lasse auch nicht mehr zu, dass alles immer nur schlecht und krank geredet wird, dass wir permanent Notprogramme, Projekte und überspitzte Forderungen haben und anbieten, sondern begeben wir uns öfter auf Augenhöhe der Kinder und fragen wir sie, was sie sich wünschen, um glücklich angenommen und geliebt zu sein. Ich glaube, dass jedes Kind eine Antwort hätte. Man sieht eben doch nur mit dem Herzen gut, sagt Saint Exupéry, das Wesentliche bleibt den Augen verborgen. Die Kinder haben noch diese Gabe, mit dem Herzen zu sehen, und ich wünschte mir, dass ich es auch wieder lerne.

Letzter Satz, ich habe vor dem Wissen von Herrn Prof. DDr. Fthenakis großen Respekt und Hochachtung und ich kenne seine OECD-Studie und auch seine Forderungen. Ich frage mich oft, wenn ich hier in die Runde schaue, und ich bedanke mich stellvertretend bei meinen Eltern, was sie ohne Hochschulabschluss und ohne Fachausbildung und ohne all die Möglichkeiten, die unsere Kinder jetzt haben, aus uns gemacht und uns ermöglicht haben, denn ich glaube, dass das zu dieser Zeit mehr die Eltern waren, die das gefördert haben. An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Eltern und vielleicht bei einigen anderen auch bedanken, dass sie das ermöglicht haben.

Und mein letzter Satz, ich möchte nicht mehr in der Politik sein, vor allem möchte ich nicht mehr verantwortlich sein zu einer Zeit, wo die erste befruchtete Eizelle in Betreuung abgegeben wird. Und wenn wir Eltern vor der Zeugung unserer Kinder vielleicht einmal einen Hochschulabschluss vorweisen müssen. Nein, das möchte ich nicht. Übernehmen wir alle wieder Mitverantwortung für unsere Kinder und für unsere Jugendlichen, auch mit dem Risiko, Fehler zu machen, weil die Kinder werden es uns vergeben und lohnen, denn das können sie noch. Weil Kinder sind unverdorben und ich möchte, dass sie geliebt und geachtet sind und nicht nur von uns verwaltet. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Bitte Walter!

**Landesrat Blachfellner:** Sehr verehrte Damen und Herren!

Sie haben gehört, ich habe fünf Minuten, weil es um Stellungnahmen geht und nicht darum, ein Konzept vorzustellen, das ist ja von Fachleuten bereits gemacht worden. Ich teile die Stellungnahme ein in eine sehr, sehr persönliche Stellungnahme als Mensch, als Mitglied der Gesellschaft und auf der anderen Seite, das Zweite, als Zuständiger im Moment für Soziales und für Jugendwohlfahrt. Persönlich kann ich sehr, sehr viel von dem unterstreichen, was Gabi Burgstaller und was auch zum Teil Doraja Eberle gesagt hat, wobei wir uns schon darüber im Klaren sind, Doraja, wir haben im Regierungsprogramm drinnen: keine Öffnung an Sonntagen. Das haben wir alle miteinander unterschrieben und dazu werden wir uns auch gemeinsam bekennen und uns daran halten. (Beifall)

So viele Freiheiten wie möglich für die Kinder, die Kinder Kinder sein lassen, das ist wichtig und das ist gut und das ist vernünftig, aber wir haben auch, meine Damen und Herren, die Verantwortung, die Kinder auf das Leben vorzubereiten und die Kinder zu erziehen. Auch das gehört dazu, für Eltern, für Gesellschaft und auch hier gibt es hin und wieder, so glaube ich, einiges zu tun oder gäbe es einiges zu tun. Da gibt es schon Diskussionen. Was mir gerade einfällt, ist es denn vernünftig, Spielstraßen vor Wohnhäuser zu machen und den Kindern zu lernen, dass sie auf der Straße spielen dürfen und wenn sie dann mit sechs in die Schule gehen, dann müssen wir sie wieder umerziehen und sagen „die Straße ist gefährlich und das Auto ist gefährlich“? Ist das vernünftig, das alles zu tun? Da sind wir als Gesellschaft, sind wir als Mitglieder dieser Gesellschaft, als Menschen gefordert.

Politisch ist die kinderfreundliche oder kinderfreundlichere Gesellschaft ein Querschnitt. Ich sage das in einer Zeit, meine Damen und Herren, wo auf der einen Seite ein Hotel hinausgeht und sagt, bei mir dürfen keine Kinder da sein, wo wir auf der anderen Seite in Wals draußen Gerichtsbeschlüsse brauchen, zu welcher Zeit Kinder spielen dürfen in Wohnanlagen und wo wir drittens, Doraja, und das möchte ich auch einschränken auf den privaten Wohnungsmarkt,

Probleme haben, dass Eltern und Familien mit Kindern Wohnungen finden, weil drinnen steht „kinderlose Familien“. Wir von der Wohnbauförderung des Landes bevorzugen - in Absprache mit unserem Koalitionspartner wollen wir es jetzt wieder neuerlich ändern - die kinderreichen Familien sehr, sehr stark und werden es noch stärker tun.

Aber der Hauptpunkt des Ressortbereiches, den ich im Moment vertreten darf, ist sicherlich Soziales und die Jugendwohlfahrt, wobei die Jugendwohlfahrt ja ein Bild dessen ist, wie gut ist unsere Gesellschaft. Und normalerweise sollte man die Jugendwohlfahrt gar nicht brauchen, wenn die Gesellschaft hundertprozentig in Ordnung wäre. Die Jugendwohlfahrt wäre eine Krisenintervention, eine Krisenfeuerwehr für Problemfälle. Was erleben wir aber? In den Jahren 2002 bis 2005 Steigerungsraten salzburgweit in der ambulanten Hilfe um 13 % und in der stationären Unterbringung um 15 %, obwohl die Geburtenrate zurückgeht, obwohl die Kinder weniger werden, werden die Anlassfälle im zweistelligen Bereich höher. Auffallend vor allen Dingen die südlichen Bezirke innergebirg. Da haben wir im Bezirk Pongau in der ambulanten Hilfe im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 121 %, im Pinzgau 111 % und im Lungau gar 150 %. In der stationären Unterbringung 55, 50 und 83 %, also überdurchschnittliche Steigerungen im Bereich der südlichen Bezirke. Auch das sollte uns zu denken geben und hat uns jetzt dazu veranlasst, dass wir jene Projekte, die wir in der Stadt und in Hallein begonnen haben, wie zum Beispiel Streetworker, was ja das Hingehen zum Menschen ist, das Hingehen zum Kind, das Hingehen zum Jugendlichen, dort wo er ist, ihn dort abzuholen, auf Saalfelden und Zell am See ausdehnen. Also auf die südlichen Bezirke, wo wir es sehr, sehr dringend brauchen, wo wir zum Zweiten auch die Beratung und die Betreuung der Eltern, das ist ein sehr, sehr wichtiger Punkt - angesichts der Probleme, die sich zuhause aufstauen, in diesen Bereichen verstärken werden. Diese Intervention vor Ort oder diese Beratung bei Problemen, die in Familien und Partnerschaften entstehen, sind zu verstärken.

Ich glaube, dass diese Zahlen in der Jugendwohlfahrt uns sehr stark zu denken geben sollten mit dem Wissen, wie ich am Anfang gesagt habe, dass Jugendwohlfahrt ein Bild der Gesellschaft im Moment ist und eine Entwicklung der Gesellschaft im Moment widerspiegelt. Und ich wünsche, ich glaube mit allen hier herinnen gemeinsam, dass diese Enquete ein Schritt ist dazu, den Trend nicht nur zu stoppen, sondern auch umzudrehen und in einigen Jahren wirklich da zu sein, wo wir hinwollen, nämlich dass Jugendwohlfahrt nur mehr noch dazu da ist, hier Feuerwehr zu spielen bei Notfällen, aber nicht eine Steigerungsrate jährlich über allen anderen Bereichen zu haben. Ich hoffe, dass diese Enquete dazu dient, meine Unterstützung und die Unterstützung der Regierung ist selbstverständlich vorhanden. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren, ich habe drei sichere Stellungnahmen von Landtagsparteien angekündigt und signalisiert bekommen. Vorhin wurde Hilde Wanner genannt, ich weiß, dass Resi Fletschberger für die ÖVP sprechen wird und ich weiß

jetzt auch, dass Lukas Essl sprechen wird und Cyriak Schwaighofer hat schon früher signalisiert. Bitte Hilde Wanner!

**Abg. Wanner:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich von dieser Stelle einmal bei den Experten bedanken. Es hat mir sehr gut getan, was ich heute zusätzlich gelernt habe und was ich in meiner weiteren politischen Diskussion noch sicher alles gut verwenden werde können. Wir sind heute zu einer Enquete zusammen gekommen „Wege zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft“ und ein Beispiel möchte ich nennen, wie es absolut nicht kinderfreundlich ist, das ist diese Eröffnung des Hotels in St. Wolfgang, wo die Kinder auf einmal ausgeschlossen worden sind. Und ich bin eigentlich sehr froh und dankbar, dass die Oberösterreichische Landesregierung hier einen Diskriminierungstatbestand festgestellt hat und damit dieses Hotel auch von den öffentlichen Förderungen des Landes Oberösterreich ausgeschlossen hat.

Aber im Zuge dieser Diskussion damals sind mir Argumente und Diskussionsbeiträge von Erwachsenen aufgefallen, wo ich mir gedacht habe, na ja vielleicht denken sich die Erwachsenen, na ganz so unrecht ist das ja nicht und eigentlich stören die Kinder und sie sollen nur möglichst unauffällig sein und möglichst ruhig sein. So stelle ich mir eine kinderfreundliche Gesellschaft nicht vor. Und ich bin eigentlich froh, dass wir uns hier zusammen finden und ein klares Signal geben, dass wir eine kinderfreundlichere Gesellschaft benötigen und brauchen.

Aber was ist eine kinderfreundlichere Gesellschaft? Da gibt es drei Sichtweisen: die Sicht der Kinder, die Sicht der Eltern und die Sicht der Umwelt- und Arbeitswelt. Die Kinder, das haben wir heute schon gehört, was sie brauchen: spielen, Freunde, geliebt werden, ein Vertrauen zu empfinden, das glaube ich, brauchen die Kinder. Jeder der Kinder hat, weiß es ja am besten. Was brauchen die Eltern? Die Eltern brauchen zuerst einmal eine gesicherte Existenz. Sie wollen vor allem, dass sie ihren Kindern eine gute Ausbildung bieten können. Sie brauchen einen geeigneten Wohnraum und sie brauchen auch Rückzugsräume. Sie brauchen auch Entlastung bei der Betreuung und Erziehung der Kinder und bei der Förderung der Kinder. Sie können nicht alles übernehmen und ich glaube, auch darauf sollen wir uns einstellen. Und dann gibt es noch die Umwelt und vor allem die Arbeitswelt, die eigentlich so tut, wie wenn die Kinder überhaupt nicht existent wären. Die Arbeitswelt, die zwar Kinder als Konsumenten sieht, aber Rücksicht darauf zu nehmen, dass es berufstätige Eltern gibt, dass es Kinder gibt, die krank sind, die eine besondere Betreuung in dieser Zeit brauchen, das gibt es eigentlich ganz selten. Und ich bin eigentlich auch froh, dass wir familienfreundliche Betriebe fördern und auch ehren und sie wieder in den Blickpunkt bringen, dass es eben Betriebe gibt, die daraus profitieren. Und es geht darum, dass wir weiter daran arbeiten, dass es etwas Wichtiges ist, dass familien-

freundliche Arbeitszeitmodelle entwickelt werden, wo Familie und Kinder und Familie und Arbeit vereinbar ist.

Und manchmal fragt man sich, ist es nicht wesentlich angenehmer zu leben in einer Welt ohne Kinder? Man kann die Termine so legen, wie man sie braucht, man braucht auf niemanden Rücksicht zu nehmen, man hat keine Betreuungsaufgaben, keine Verantwortung und Sorge für Kinder. Endlich kann man sich tausendprozentig um sich selbst kümmern. Aber ist da nicht doch ein bisschen der Wunsch und das ganz besondere Gefühl, wenn ein so ein kleines Kind dann sagt: „Mami, ich hab dich lieb“, oder die Ärmchen um einen herum schlingt. Ist das nicht etwas ganz Besonderes, ist es nicht etwas Besonderes, wenn erwachsene Kinder sich positiv entwickeln, eigene Kinder haben, dass man dann sieht, man hat tolle Arbeit geleistet. Geht es nicht auch darum? Und leider Gottes geht es nur mehr um volkswirtschaftliche Interessen. Oder vielleicht auch notwendigerweise, weil wir haben heute die demographische Entwicklung ja gesehen. Wo wollen wir denn hin? Wo wollen wir uns hinentwickeln? Mit dem Zuzug können wir uns, so wie unsere Gesellschaft heute ist, vielleicht gar nicht mehr so erhalten wie wir sind. Können wir uns die Sozialleistungen noch leisten? Können wir so leben, wie wir es gewohnt sind? Wir brauchen die Kinder und ich glaube, es ist auch ein wesentlicher Bestandteil in unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Faktor, warum wir eigentlich kinderfreundlicher werden sollen.

Und ich habe größte Sorge, ob wir wirklich kinderfreundlicher werden, weil wenn immer weniger Kinder in unserer Umwelt sind und in unserem Umfeld sind, warum sollen wir dann Rücksicht auf die Kinder nehmen? Wird nicht eine Generation, die überhaupt nichts mehr mit Kindern zu tun hat, unsere Welt bestimmen und unsere Arbeitswelt und unsere Umwelt bestimmen, wenn es überhaupt keine Kinder mehr gibt. Eigentlich hat mir das heute sehr gut gefallen: stellen wir die Kinder wieder in den Mittelpunkt, lassen wir sie sehen, integrieren wir sie in unser ganz persönliches Umfeld. Weil dort, wo Kinder sind, wird es vielleicht auch wieder mehr Kinder geben. Weil man traut es sich dann wieder zu, dass man nicht ganz ausgeschlossen ist von einem gesellschaftlichen Leben, dass man auch fortgehen kann, dass man berufstätig sein kann. Und ich glaube, darauf sollte unser Augenmerk gerichtet werden. Wir müssen, und das haben wir heute schon gehört, vermehrt die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie vorantreiben, aber hier sind nicht nur Betreuungseinrichtungen gefragt, sondern ganz besonders eben die Arbeitswelt, dass es eben auch etwas ganz Besonderes ist, wenn man Kinder erzieht und Kinder hat. Aber die Arbeitswelt ist eben auf elternlose Paare und am besten noch auf kinderlose Männer oder Familienväter, die eigentlich nichts mit der Familienarbeit zu tun haben, abgestellt.

Und bei der Kinderbetreuung wäre es mir auch wichtig, dass man die Kinderbetreuung in einem Umfang zur Verfügung stellt, dass man Beruf und Familie vereinbaren kann und dass die

unterschwellige Botschaft, dass es sich eigentlich um Rabenmütter oder Rabenväter handelt, dass die wegfällt. Weil wir haben heute gehört, wie wichtig diese Bildungsarbeit in der vorschulischen Zeit ist, was man sich letztendlich dann in weiterer Folge an Bildung und an anderen Kosten ersparen kann. Lassen wir alle Kinder an dieser vorschulischen Bildung teilhaben und empfinden wir es nicht als Notlösung, wenn Kinder in Betreuungseinrichtungen gefördert, gebildet, betreut werden. Nicht weil die Mutter berufstätig sein will oder muss oder warum auch immer.

Pädagogische Konzepte, wir haben sie im neuen Gesetz ja verankert, sind wichtig und es braucht Ganztageschulen, es braucht eigentlich die Toleranz und die Rücksichtnahme darauf, dass eben Eltern, Familie und Beruf vereinbart werden. Ich möchte die Väter da nicht ganz aus der Rolle lassen, weil ich glaube, es wird ein neues Vaterbild gebraucht. Halbe halbe wird also, denke ich mir, doch wieder Zukunft haben und ich habe gehört, unser Herr Bundesminister Erwin Buchinger wird versuchen, über die Männerabteilung hier vielleicht doch wieder mehr auf halbe halbe zu kommen. Ich glaube einfach, dass nicht nur die Frauen in einem Gebärstreik sind, sondern möglicherweise auch unsere Männer in einem Zeugungsstreik. Und ich glaube, auch daran gehört gearbeitet.

Ich möchte dann noch einen ganz kurzen Aspekt einbringen, wie man auch eine Kinderfreundlichkeit in der Gesellschaft einbringen könnte. Bei meinen Recherchen ist mir vor einem halben Jahr einmal aufgefallen, der Herr Oberbürgermeister Wolfgang Schuster aus Stuttgart hat ein Modell oder eine Initiative entwickelt, das heißt die Aktion „gute Fee“ und hier wird vor allem die Bevölkerung, werden die Einzelhändler, die Gewerbetreibenden aufgefordert, gute Fee für Kinder zu spielen. Kleine Kinder brauchen oft ein Pflaster, etwas zu trinken, einen Telefonanruf, nicht alle haben Handys und das wollen wir auch gar nicht. Vielleicht ist es einfach wichtig, Netzwerke zu etablieren, wo sich Kinder hinwenden können, wo sie Hilfe finden. Vielleicht gibt es dann auch wieder Verständnis von Menschen, die keine Kinder haben oder wo die Kinder schon lange außer Haus sind, für kleine Kinder, dass eben Musizieren am Bahnhof und spielende Kinder keine Lärmbelästigung sind, sondern dass sie eigentlich zu unserer Gesellschaft und zu unserer Familie gehören. Ich möchte es auch zum Schluss noch einmal sagen – zeigen wir unsere Kinder, integrieren wir unsere Kinder, bringen wir sie in die Öffentlichkeit. Vielleicht machen wir damit anderen, jungen Eltern Mut zu mehr Kindern, weil es funktioniert, Kinder aufzuziehen. Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Kollegin Wanner, sie hat für die sozialdemokratische Landtagsfraktion gesprochen und für die ÖVP-Fraktion spricht jetzt Abg. Resi Fletschberger, bitte schön!

**Abg. Fletschberger:** Geschätzte Damen und Herren! Liebe Teilnehmer dieser Landtagsenquete!

Vorab möchte auch ich mich herzlich bedanken für diese hoch interessante Landtagsenquete zum Thema Wege zur kinderfreundlichen Gesellschaft. Wir haben aus vielen Impulsen und Vorträgen heute viele interessante Vorträge gehört und die sollen hilfreich sein in unserer weiteren politischen Arbeit.

Familie und Kinder, Verantwortung und Geborgenheit stehen nach wie vor an oberster Stelle der Wunschliste der jungen Leute. Auch wenn sich die gesellschaftlichen Bedingungen stark verändert haben. Die Welt mit den Augen der Kinder sehen und sie in den Vordergrund stellen. Ich selber hatte das große Glück in einer Großfamilie aufwachsen zu können. Ich war das 14. Kind von 15 Geschwistern und meine Familie besteht auch aus vier Kindern, aus vier Gott sei Dank gesunden Kindern und mittlerweile schon sechs Enkelkindern, die sich jedes Mal freuen, wenn ich Zeit für sie habe. Ich möchte mich nicht nur zu ihnen hinunterbücken, sondern sie auch mit Vorliebe betreuen.

Es bringt uns nicht weiter, wenn wir über Kinder, Kinderbetreuung und die große Last nur jammern. Die Aufgaben, die eine große Familie zu bewältigen hat, sind enorm. Die Anforderungen und die Organisationstalente in den Familien sind ebenso sehr hoch. Für uns ist Familie überall dort, wo Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. Dass Bildung und Erziehung nur eine Pflichtaufgabe der Öffentlichkeit sind, kann ich nicht teilen. In erster Linie sind es natürlich die Eltern, die die Verantwortung zu übernehmen haben und weiters dann die Öffentlichkeit, die hilft, um richtig Familie leben zu können.

Kinder zu haben bedeutet für die Eltern aber auch für die Gesellschaft Liebe, Freude, Verantwortung und Solidarität. Eine familienpolitische Debatte ist immer auch eine Debatte über Werte und über Leistungen, die eine Familie erbringt. Von der Erziehungsarbeit bis hin zur Pflegearbeit. Die ganze Familienarbeit könnte von keinem Staat der Welt bezahlt werden. Sie muss aber anerkannt und gefördert werden. Wohl aber kann und muss eine Gesellschaft viel beitragen, um das gesamte Umfeld kinderfreundlicher zu gestalten. Vom Spielplatz bis zum Schulweg, von der Integration bis zur Betreuung unserer behinderten Kinder.

Wie bereits von Landesrätin Eberle angesprochen, müssen Eltern und Kinder das Gefühl haben, dass sie in unserer Gesellschaft willkommen sind. Wir in der Politik sind gefordert, die jetzigen Unterstützungen und Förderungen zu durchleuchten, sie auszubauen und effektiv und treffsicher einzusetzen. Wir müssen neue Ideen zulassen, darüber diskutieren und die Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Einrichtungen, wie vom Herrn Erzbischof eingefordert, auch suchen. Neben den jetzigen familienpolitischen Maßnahmen des Bundes vom Kinder-

betreuungsgeld für alle bis hin zur Familienhospiz müssen wir sicher auch über ein Familiensteuermodell nachdenken. Und wenn Ende Februar dieses Jahres jetzt endlich das Kinderbetreuungsgesetz behandelt werden kann und so hoffe ich, dann rechtzeitig in Kraft treten wird, damit das Schul- und Kindergartenjahr nicht gefährdet ist, so machen wir im Land Salzburg einen wichtigen, maßgebenden Schritt in mehr flexiblere und kinderfreundlichere Angebote in der Betreuung unserer Kinder.

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Eltern, Väter und Mütter wieder mehr von ihren Kindern haben und umgekehrt mehr Zeit für die Kinder bleibt. Alle in der Gesellschaft sind gefordert, die Politik ebenso wie die Wirtschaft, die Verbände ebenso wie die Vereine, die Eltern und die Gemeinden. Zwischen Müttern, die einen Beruf ausüben und Müttern, die zuhause bleiben, darf es keine Trennung geben. Niemand redet heute mehr von Rabenmüttern, Frau Kollegin Wanner, darüber sind wir wohl längst hinweg. Die Anerkennung der Familienzeit ist unumgänglich. Die Wahlfreiheit der Mütter und Väter muss im Vordergrund stehen. Und natürlich brauchen wir, um alles umsetzen zu können, familienfreundliche Unternehmen in der Wirtschaft. Unternehmen, in denen auch allein erziehende Mütter und Väter einen guten Arbeitsplatz finden. Familienfreundliche Unternehmen, damit Familie und Beruf bewältigbar ist.

Die Kinder und ihre Betreuung ist ebenso ein großer Auftrag an die Gemeinden. Sie sollen es schaffen, Kinderbetreuung so anzubieten, dass auch die Berufstätigkeit der Mütter möglich ist. Danke an alle Gemeinden und Kinderbetreuungseinrichtungen, die es jetzt schon geschafft haben, gute Öffnungszeiten anzubieten, gute Betreuung anzubieten. Danke allen Kindergartenpädagoginnen und Betreuerinnen und Dank an alle Tagesmütter für die gute Arbeit, die jetzt schon geleistet wird.

Eine wesentliche Aufgabe in der Politik wird auch die Entwicklung der Kinder in den Schulen und die Gesundheitsvorsorge der Kinder sein. Ein gesundes Aufwachsen unserer Kinder, die es lernen, gesund zu leben, sich dabei ein Gesundheitsbewusstsein erwerben, werden später auch einmal gesunde Erwachsene sein. Uns ist bewusst, dass ein Aufwachsen unserer Kinder nicht zum Nulltarif passieren kann. Alle werden sich anstrengen müssen, um ein Mehr an Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft zu erreichen, jeder in seiner Möglichkeit. Kinder erleben zu können, macht uns lebensbewusster. Kindern Zeit schenken, macht uns alle reicher. Wir haben es in der Hand.

Zum Schluss möchte ich noch eine Antwort bringen, die ein siebenjähriger Bub bei der Frage, was müsste für die Kinder besser werden, bringen: „Kinder brauchen viel Bewegung in frischer Luft. Man muss sie gut behandeln und ihnen zu essen geben. Wenn sie brav sind, soll man ihnen eine Belohnung geben, aber nicht zu viel Süßes, sondern mehr Obst. Sie brauchen eine

gute Wohnung und einen Spielplatz vor der Tür. Die Nachbarn sollen nicht gleich schimpfen, wenn es einmal laut ist. Mama und Papa sowie Oma und Opa brauchen manchmal ein bisschen Freude und ab und zu einen Blumenstrauß. Und ganz wichtig: Viel mehr Zeit haben für uns Kinder.“ Wir sollten auf unsere Kinder hören. Danke schön! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Resi Fletschberger. Für die freiheitliche Landtagsfraktion kommt Kollege Lukas Essl zu Wort!

**Abg. Essl:** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Gegen das Mittagessen zu reden, gegen die Zeit zu reden ist für einen Politiker unmöglich. Eine Minute: Deshalb appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen des Salzburger Landtages. Erinnern Sie sich! Vor fünf Jahren, ich habe es mir aufgeschrieben, am 20. März 2002, Tiere als Mitgeschöpf in die Landes-Verfassung. Ein Medienrummel, ein Aufschrei, eine Show, ein Event. Der nächste Tagesordnungspunkt, meine geschätzten Damen und Herren, war eine Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes – ich war gerade Schriftführer zu dieser Zeit –, wir waren fast nicht mehr beschlussfähig, weil alle dann unten im Stehcafe bei einem Empfang waren. Und das muss uns nachzudenken geben. Wir müssen eine Diskussion der Werte, der Wertigkeit und natürlich des Wertes führen in unseren Gremien.

Ich möchte noch einmal, nur 30 Sekunden noch, zu einem anderen Problem kommen. Wir wissen, dass gewachsene Strukturen in der Gesellschaft, die klassische Familie weg bricht, sich im Umbruch befindet, während andererseits die Gefahren für Kinder immer größer werden. Wir haben auch dort die Bildungsarmut. Wir haben auch eine dementsprechende materielle soziale Armut. Darauf brauchen wir Antworten. Und ich möchte da jetzt nicht ausholen. Ihr wisst, dass ich im Landtag immer wieder eintrete für die Rechte der Kinder, nicht für die Einschränkung. Ich möchte auch keine amerikanische Philosophin, Lyrikerin, Schriftstellerin zitieren, keine US-Präsidenten-Kandidatin, sondern ich möchte Pearl Buck zitieren, als Nobelpreisträgerin für Lyrik und Literatur: „Kinder, die man nicht liebt, werden Erwachsene, die nicht lieben.“ Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Lukas Essl. Als letzter Sprecher aus den Reihen der Landtagsparteien kommt der Sprecher der Grünen Landtagspartei, Cyriak Schwaighofer zu Wort!

**Abg. Schwaighofer:** Geschätzte Damen und Herren!

Lukas Essl hat Recht, das Mittagessen spürt man bereits im Magen. Ich werde versuchen, sehr knapp zu sein. Einen kleinen Hinweis zur dir, lieber Lukas, man darf auch nicht übersehen,

dass die Freiheitliche Partei diesen Antrag auf die Tierrechte in der Verfassung eingebracht hat und die sich dafür so stark gemacht hat. Das ist nur als Anmerkung noch wichtig.

Die Enquete heute steht unter dem Titel „Wege“ zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft. Und ich muss leider ganz ehrlich sagen, von den Wegen habe ich vor allem von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern, die also in der Regierung sitzen, sehr wenig vernommen. Wir haben eine allgemeine Zustandsbeschreibung, eine eher traurige, wehmütige Bilanz gehört, was denn alles schlecht sei. Mir stellt sich ja jetzt die Frage, was heißt das, wenn das eine Enquete des Salzburger Landtages ist, wo sich die Mitglieder des Landtages und viele Interessierte darüber kundig machen sollen, was sagt uns die Bindungsforschung zum Beispiel, was wissen wir Neuere, was wollen wir erreichen, um Kindern eine kinderfreundlichere Gesellschaft zu bieten und, ich möchte eine Bemerkung dazu tun, in einer solidarischen Gesellschaft. Es ist ja nicht so, dass alle Kinder benachteiligt werden, dass für alle Kinder das gilt, wofür wir uns massiv einsetzen, in einer solidarischen Gesellschaft.

Und ich möchte nur einige Punkte anreißen und doch ein bisschen konkret werden, einige Frage stellen, bevor wir zum Mittagessen gehen und es uns sehr gut schmecken lassen. Wie schaut es denn aus in unserem Land Salzburg, wir sind hier in Salzburg und diskutieren Salzburger Probleme? Wie schaut es denn aus mit den Familien, die über wenig Einkommen verfügen? Wie geht es dort den Kindern? Wie ist die Situation der Kinderarmut in Salzburg? Ist das bei uns kein Problem? Haben diese Kinder ähnliche Chancen wie andere? Ist hier die Regierung, ist hier die Politik nicht gefordert, Armutsbekämpfung gerade in diesem Bereich viel engagierter in die Hand zu nehmen, um hier selber im Land Salzburg wirksam werden zu können. Wie ist es denn mit den Working poor? Haben wir das selber in der Hand in Salzburg oder sind wir hier auf die Weltentwicklung angewiesen, hier gegen zu steuern? Jenen Menschen mehr Unterstützung zu geben, die nicht ihren Kindern die Chancen bieten können, die sie haben sollten.

Oder Frühkindpädagogik? Man weiß, Prof. Fthenakis hat es auch zitiert, dass das der entscheidende Bereich ist. Auch Prof. Joachim Bauer, der erwähnt wurde vom Herrn Erzbischof mit seinem Buch „Prinzip Menschlichkeit“, der mit seinen neueren Forschungen aus der Neuropsychologie feststellt, dass der Mensch kein Raubtier ist, sondern eigentlich ein social brain heart, ein soziales Gehirn sozusagen. Aber das muss massiv gefördert werden. Tun wir das Notwendige dafür? Haben wir jene Gruppen- und Betreuungsgrößen, die es braucht, um ein Kind maßgeblich zu fördern, entscheidend zu fördern, in dieser entscheidenden Phase seines Lebens? Tun wir das oder tun wir das nicht? Die Frage möchte ich mir gerne stellen.

Oder Thema Familie: Kinder sollen bei ihren Eltern sein können. Die Frage der Familienzusammenführung, eine Kompetenz, die in weiten Teilen in der Hand des Landes liegt. Haben wir

da alles getan, was möglich gewesen wäre? Tun wir alles, um diesen Familien und damit den Kindern zu einer guten Entwicklung zu verhelfen? Das frage ich mich. Und ich würde gerne hernehmen, dass was hier heute gesagt wurde als Hintergrund, für all das, was wir in Zukunft tun werden. Ich würde gerne nachsehen bei den nächsten Gesetzesvorlagen, bei den nächsten Initiativen, die wir alle einbringen werden, haben wir bedacht, dass das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen soll? Sind diese Gesetze, sind diese Richtlinien, sind diese Verordnungen am Kindeswohl orientiert und zwar daran, nicht was wir ideologisch glauben, davor möchte ich wirklich warnen, sondern das, was uns die Bindungsforschung, was Wissenschaftler ja wirklich wissen und hinreichend erforscht haben, neben unserem Gefühl als Eltern, die ja viele von uns sind. Was die uns sagen, was notwendig ist in der heutigen Zeit. Es nützt uns nichts, romantisch zu träumen von Familienstrukturen, die es gegeben hat. Wir müssen ja auf die Gegenwart reagieren.

Und daher möchte ich als letzten Punkt sagen, wenn man das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen will, dann muss das heißen: nicht Kompromisse, wie wir jetzt ständig hören. Wir haben halt einen Kompromiss gefunden bei dieser Regelung, bei der Nachmittagsbetreuung, beim Kinderbetreuungsgesetz, bei der Förderung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und so weiter. Sondern dann muss es heißen, kompromisslos für das Kindeswohl, wenn es uns damit ernst ist. Und daraufhin sollen wir überprüfen, was unser Land und was die Landesregierung in der nächsten Zeit tun. Ich lade Sie auch herzlich ein, darauf zu schauen. Wir werden versuchen, das bestmögliche auch in diesem Bereich voranzubringen und das, glaube ich, können dann Wege sein, nicht indem wir uns in allgemeinen Beschreibungen verlieren, sondern indem wir ganz konkret sagen, in Salzburg, wo haben wir die Chance zu einer Verbesserung, wo können wir aktiv werden. Und da, glaube ich, gibt es ein breites Betätigungsfeld. Mahlzeit!  
(Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren! Sie haben gesehen, dass die Politikerinnen und Politiker dafür gesorgt haben, dass der Time-Lag inzwischen auf zwölf Minuten geschrumpft ist. Ich darf mir noch zwei Hinweise erlauben anzubringen, damit Sie möglichst erleichtert zu Ihrem Mittagessen kommen können.

Wir haben Ihnen erstens vorzuschlagen, dass wir uns nicht um 14:00 Uhr, wie im Programm vorgesehen, sondern um 14:15 Uhr in den beiden Gesprächsforen treffen.

Das Gesprächsforum 1 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wird unter Leitung von Direktor Mag. Peter Braun stehen. Das erste Gesprächsforum wird sich hier treffen um 14:15 Uhr. Das zweite Gesprächsforum, das unter der Leitung von Mag. Michaela Luckmann steht, ist im Sebastian-Ritter-Saal. Den erreichen Sie am besten, wenn Sie die Wendeltreppe auf der anderen Seite des Hauses hoch gehen. 14:15 Uhr, das war mein erster Hinweis.

Ich darf noch sagen, dass die Referentinnen und Referenten des heutigen Vormittags mit einer Ausnahme an den beiden Gesprächsforen teilnehmen werden. Die Ausnahme ist Prof. Dr. Fthenakis, dessen Assistentin, Dagmar Berwanger, aus Tirol stammend und in München tätig, ihn im Gesprächsforum 2 vertreten wird. Das war der erste Hinweis.

Der zweite ist kürzer. Das Mittagessen erfolgt auf Einladung des Salzburger Landtags, der sich den Gesamtaufwand für diese Enquete mit dem Bildungshaus St. Virgil teilt, das die Infrastruktur, die hervorragende Technik, diesen guten Beratungsraum und alle sonstige Freundlichkeit uns zur Verfügung stellt. Jetzt Mahlzeit auch meinerseits.

### **(Unterbrechung der Enquete von 13:14 Uhr bis 14:15 Uhr)**

#### **Getrennte Gesprächsforen zu den Themen:**

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Projekte zur Beheimatung von Familien
- Entwürfe von Realitäten von Kindheit, Jugend und Familie – Kinderbetreuung und frühpädagogische Konzepte – Familienpolitische Maßnahmen

### **(Fortsetzung der Enquete im Plenum um 16:06 Uhr)**

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, in dieser Schlussrunde einer Vorgangsweise zuzustimmen, die zeitsparend sein könnte. Wir möchten erstens noch einmal darauf hinweisen, dass alles dokumentiert ist, auch das, was in den beiden Gesprächsforen dokumentiert wurde, - damit nichts verloren gehen kann. Zweitens möchten wir jetzt bitten um die Ergebnisse aus den Gesprächsforen von den beiden Berichterstattern, von der Frau Annemarie Neureiter-Krejsa und von Herrn Mag. Paul Arzt. Ich möchte drittens Ihnen dann die Gelegenheit geben, entweder Ihre Wortmeldung, die bei mir vorliegt, aufrecht zu halten oder auch nicht auszukosten. Wir haben im Moment 13 Wortmeldungen, von denen die der Kollegin Eder-Gitschthaler und meine wahrscheinlich schon erledigt sind, damit bleiben 11.

Und ich möchte Ihnen viertens in aller Offenheit sagen, was eine Enquete dieser Art von der rechtlichen Struktur her soll. Wir haben nicht die Möglichkeit, und auch ich wäre völlig überfordert, eine Zusammenfassung zu machen. Es gibt 167 Zusammenfassungen, so wird meine Botschaft am Schluss sein. Jede und jeder nimmt ihre und seine Zusammenfassung mit. Was jede und jeder mitnimmt zusätzlich zur Dokumentation, das ist das Ergebnis. Niemand von uns kann dem Kollegen Essl oder der Kollegin Pluntz oder der Kollegin Wanner erklären, was das

Ergebnis gewesen sei. Die Landtagsabgeordneten müssen selber ihre Schlüsse ziehen, und ich sehe aus der lächelnden Miene von Cyriak Schwaighofer, dass er seine Schlüsse ziehen wird. Ich hoffe, dass auch die Kollegen von den anderen Landtagsparteien ihre Schlüsse werden ziehen können.

Wenn die Vorgangsweise so akkordiert nicht auf Widerspruch stößt, dann würde ich bitten, dass uns aus den beiden Gesprächsforen zuerst das Gesprächsforum „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mit der Berichterstattung durch Paul Arzt präsentiert wird und wir dann zur Präsentation durch Annemarie Neureiter-Krejsa schreiten.

**Mag. Paul Arzt** (Büro für Frauenfragen und Chancengleichheit des Landes Salzburg): Danke für das Vertrauen, in fünf Minuten ein einviertel Stunden zusammenzufassen. Das ist eine "Mission Impossible", und darum habe ich es eigentlich schon geschafft.

Ich würde es so zusammenfassen: Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie jetzt und morgen, das war es, was im Brennpunkt unserer Diskussion gestanden ist. Ein recht anschauliches Beispiel: Eine kinderfreundliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der ein Mann im beruflichen Kontext sagen kann um 16:00 Uhr: „Ich muss jetzt weg, ich muss meine Tochter aus dem Kindergarten abholen.“ Und wo das nicht anders gewertet wird, als wenn er sagen muss: „Ich hab noch einen wichtigen Termin mit einem Geschäftspartner.“

Es wurde eingangs in unserer Gesprächsrunde bedauert, dass keine VertreterInnen der Wirtschaft da waren, das wurde später in Frage gestellt, nachdem wir alle - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - auch Teil der Wirtschaft sind. Es wurde auch hingewiesen auf den alle zwei Jahre stattfindenden Wettbewerb „Familienfreundliche Betriebe in Salzburg“. Hier gibt es auch eine Erweiterung, nämlich dass Best-Practice-Modelle demnächst auch im Internet jederzeit rund um die Uhr abrufbar sein werden.

Es wurde diskutiert über den Begriff der "Rabenmütter" – das Gegenteil "Rabenväter" gibt es ja scheinbar noch nicht – und auch über den Vorwurf an Hausfrauen: „Was fällt dir ein, so lange zuhause zu bleiben?“ Tatsache ist: in Frankreich sind Rabenmütter diejenigen, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten geben.

Vereinbarkeit heißt nicht nur Vereinbarkeit zwischen familiären Verantwortungen und beruflichen Herausforderungen, sondern auch Vereinbarkeit mit Bedürfnissen der Kinder. Es scheint notwendig zu sein, der heranwachsenden Generation Mut zu Kindern zu machen. Kritische Anfrage von mir: Warum muss man nicht Mut zum Auto fahren machen? Oder umgekehrt: In wie vielen Ansprachen von Leopold Figl nach 1945 findet sich die Aufforderung, „Mut zur Familie, Mut zu Kindern“ zu machen?

Es hat unterschiedliche Positionen gegeben, was man tun soll, damit die Wirtschaft sich insgesamt, damit sich Betriebe insgesamt kinderfreundlicher, familienfreundlicher entwickeln. Das Eine ist natürlich: Best-Practice-Modelle vor den Vorhang; das Andere: kinderfeindliche Betriebe an den Pranger!

Die Aufwertung der Familienarbeit - und damit ist gemeint der unbezahlten Familienarbeit - ist eher eine "Sonntagsdebatte". Das wurde immer wieder gefordert, aber wesentliche Schritte sind nicht gelungen. Was es auf jeden Fall braucht, sind Modelle und Hilfestellungen für die Klein- und Mittelbetriebe, die ja zum Großteil auch die österreichische Wirtschaftsstruktur prägen und wo insbesondere bei wenigen Beschäftigten Karenzzeiten Zeiten sind, wo Unterstützung und Begleitung notwendig ist.

Frauen haben, insbesondere was die Bildung angeht, die Männer bereits überholt. Die Frage ist, was das mittelfristig für Konsequenzen haben wird. Sowohl für Berufskarrieren von Frauen als auch für die Gleichheitsvorstellungen in der Familienorganisation. Es lässt sich beobachten, in der WG-Zeit (in Studentinnen- und Studenten-WG's) ist Kochen, Bügeln, Putzen und so weiter noch gerechter aufgeteilt. Das scheint im Lauf von Beziehungen und insbesondere, wenn sich Kinder oder ein Kind einstellen, zu schwinden.

Neben den DINKYs, double income no kids yet, gibt es auch homogame Mittelschichtpaare mit mehreren Kindern. Also ganz so einfach ist unsere Gesellschaft nicht strukturiert.

Ein wesentlicher Punkt ist sicher die Herausforderung, Männer in die Familie zu integrieren. Die Frage, die im Raum steht: Wann werden Frauen das Faulheitsabkommen kündigen? Derzeit ist es so, dass Frauen, auch wenn sie berufstätig sind, noch täglich cirka fünf Stunden in der Familie unbezahlt arbeiten, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Haushaltstätigkeiten. Männer cirka 45 Minuten. Ein wesentlicher Motivationsfaktor könnte sein für die Weiterentwicklung der Wirtschaft, dass öffentliche Aufträge vorrangig oder ausschließlich an Betriebe gehen, die sich den Prinzipien der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet fühlen, so dass Chancengleichheit nicht weiter zementiert wird.

Wie viele Hausfrauen gibt es eigentlich in Salzburg? Es sind 11 %. Die Frauenerwerbsquote liegt mittlerweile bei 73 % und ist erfreulicherweise steigend.

Wie beim Space-Shuttle-Programm der NASA scheint die kritische Phase der Wiedereintritt zu sein. Es gibt nach wie vor sehr viele Frauen, die nach ihrer Karenz oder Babypause unterqualifiziert wieder andocken oder andocken müssen. Von internationalen Beispielen wurde am Vormittag ja ausführlich gesprochen. Dazu kamen noch sehr interessante Anregungen und

Ergänzungen aus den Niederlanden. Dort wird ja keine Familienpolitik gemacht, sondern Arbeitspolitik, indem geschlechtsneutral Teilzeitarbeit subventioniert wird.

Wie soll unsere Gesellschaft ausschauen? Welche Vereinbarungen über Fürsorgeaufgaben wollen wir treffen? Das ist die Frage, die nicht gelöst worden ist, sondern die sehr angeregt und auch untermauert mit persönlichen Beispielen und Betroffenheiten diskutiert worden ist. Klar ist, Betroffene selber zu befragen und einzubeziehen wird ein wesentlicher Punkt sein, um zukunftsfähige und intelligente Modelle zu finden.

Wir sind im Übergang - und der dauert noch eine Zeit, auch wenn wir nach Skandinavien schauen. Und wir brauchen intelligente Modelle, um in dieser Phase des Übergangs gesellschaftliche Entwicklungen aktiv zu gestalten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Soweit die Informationen aus dem ersten Gesprächsforum – Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das zweite Gesprächsforum wurde von Michaela Luckmann geleitet und wird von Annemarie Neureiter-Krejsa berichtet. Bitte Annemarie!

**Annemarie Neureiter-Krejsa** (Katholisches Bildungswerk): Wie Paul schon gesagt hat, ist es unmöglich alles zu berichten, deshalb habe ich einfach ein paar Punkte herausgenommen.

Es ist sehr engagiert und interessiert diskutiert worden. Vor allem haben wir uns mit den Kindern im Kleinkind- und Vorschulalter beschäftigt. Die Forschung geht davon aus, dass Kinder von null bis drei Jahren besonders lern- und entwicklungsfähig sind und dass die Kinder in diesem Bereich bisher sehr unterschätzt wurden.

Dabei ist das Spiel die zentrale Lernform. Dieser Art des Lernens muss noch mehr Bedeutung zugeschrieben werden und vor allem ist zwischen Lernen im Vorschulalter und Wissensvermittlung deutlich zu unterscheiden. Das Vorschulalter soll also in diesem Sinne keinesfalls verschult werden. Kinder lernen und spielen dort am Besten, wo sie sich sicher und wohl fühlen können, wo sie Bindungen zu Bezugspersonen aufbauen können.

Ein zweiter Punkt ist, dass die individuelle Förderung des einzelnen Kindes im Vordergrund stehen soll, sodass jedes Kind bestmöglich gefördert werden kann und sich die soziale Benachteiligung, so wie sich leider derzeit in den Untersuchungen immer wieder herausstellt, nicht mit zunehmendem Alter fortschreibt.

Aufgefallen ist auch, dass die musische Bildung stark vernachlässigt wird und dass Kreativität scheinbar mit zunehmendem Alter verloren geht, statt zunimmt.

Von den zukunftssträchtigen Modellen, die die Mitarbeiterin von Herrn Dr. Fthenakis vorgestellt hat, ist ein Schwerpunkt, dass Kindergarten, Schule und Eltern zusammenarbeiten, um Kontinuität zu erreichen. Es wurde betont, dass derzeit die Schule nicht auf das, was im Kindergarten grundgelegt wird, aufbaut, sondern dass das zwei verschiedene Bereiche sind und dass die Eltern verstärkt in dieses System einbezogen werden sollen. Um das erreichen zu können, braucht es auch andere Settings als die, die wir bisher haben und natürlich auch die entsprechende Fortbildung dazu.

Um das einzelne Kind ernst- und wahrnehmen zu können, braucht es vor allem Änderungen der derzeitigen Rahmenbedingungen. Zum Beispiel, dass die Betreuungs- und Lerngruppen kleiner werden müssen, um eben das einzelne Kind fördern zu können, sodass weder die Schwachen wegfallen, noch die sehr Begabten. Denn die oberen und unteren Bereiche sind immer am gefährdetsten, dass man sie verliert. Eine andere Unterstützung wäre zB, dass Elternabende auch finanziell abgegolten werden und nicht nur zusätzlich von ErzieherInnen und LehrerInnen angeboten werden.

Etwas zu kurz gekommen sind in unserer Diskussion die Jugendlichen. Die Zeit hat einfach nicht mehr ausgereicht – und meiner Meinung nach auch die Eltern.

Es wurde abschließend festgestellt, dass sich die gleiche Diskussion leider gewissermaßen seit 30 Jahren wiederholt, dass von den Praktikerinnen und Praktikern vieles immer wieder eingefordert wird, aber dann letztendlich von der Politik doch nicht umgesetzt wird. Scheinbar scheitert es hauptsächlich am Geld, aber umso mehr ist die Politik gefragt, Visionen zu entwickeln und Modelle zu erarbeiten. Auch wenn nicht alles umgesetzt werden kann, so hoffen wir, dass wir endlich auf diesem Weg ein Stück weiter kommen und das nächste Mal nicht wieder hier ansetzen müssen. Danke schön! (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Annemarie Neureiter-Krejsa, für deinen Bericht aus dem zweiten Forum. Gibt es dazu Ergänzungen? Ich sehe im Moment keine, ich schaue aber nicht zu heftig, weil ich vorher noch klären möchte, wen ich um seine und um ihre Wortmeldung bitten darf. Ich habe auf der Liste als Nummer 3 Cyriak Schwaighofer, die ersten beiden sind schon erledigt. Du hast deine Wortmeldung heute vormittags bereits abgegeben. Sieglinde Krombholz ist die Nächste! Danke, nur damit Sie sehen, wir haben natürlich penibel jede Wortmeldung registriert. Heute ist noch eine dazu gekommen, die anderen sind schon wesentlich älter. Peter Moser war eine der älteren Wortmeldungen, bitte! Der am weitesten Angereiste - aus Thomatal Peter Moser!

**Ing. Peter Moser** (Gemeinde Thomatal): Danke, dass ich doch noch zu Wort kommen darf. Ich dachte schon aufgrund des Zeitverzuges im Laufe des Vormittags, das wird sich heute nicht mehr ausgehen.

Ich habe mir diese Punkte, diese Stichworte vor der heutigen Enquete notiert und bin eigentlich ganz froh, festzustellen, dass sich die Punkte nicht wesentlich oder meine Meinung nicht wesentlich geändert hat. Mein Kommentar, den ich für die Wortmeldung drauf geschrieben habe, war: Mutter als Beruf anzuerkennen. Und das ist mir ein Anliegen, das in diesem Forum darzulegen. Ich bin der Meinung, der oder die Tätigkeit der Mutter muss – also Mutter immer unter Anführungszeichen, gemeint ist die Tätigkeit des Erziehers, kann natürlich auch der Vater sein –, muss auch in der Öffentlichkeit und von der Politik anerkannt werden und dementsprechend entlohnt und gewürdigt werden. Damit hätten wir wahrscheinlich viele Probleme automatisch gelöst – Stichwort Geburtenrate.

Es ist ein Naturgesetz, dass Junge, von den Eltern in der Tierwelt zumindestens groß gezogen und gesäugt werden und von den Eltern lernen, wie sie überleben können. Ich denke einfach, dass wir beim Menschen nicht unbedingt eine Ausnahme machen sollten oder müssen.

In der Wirtschaft heißt es: Angebot und Nachfrage regelt den Preis. Nach diesem heutigen Forum muss ich sagen, die Nachfrage ist scheinbar vorhanden, der Preis, den wir dafür bezahlen wollen, ist zu niedrig. Betreuungsplätze sind meiner Meinung nach nicht umsonst und sind richtigerweise auch nicht umsonst zu haben. Mutter sein oder Erzieher eines Kindes zu sein, darf deshalb auch nicht umsonst sein.

Betreuungsstätten sind in Ordnung und okay, dürfen aber nicht zu Daueraufbewahrungs-Gettos für Kinder ausarten. Betreuungsgelder, das im Moment so aktuelle Stichwort, sollen nicht so gestaltet werden, dass Eltern oder Mütter dazu bewegt werden, die Kinder allzu früh oder möglichst schnell in fremde Obhut zu geben.

Mütter machen ihre Arbeit naturbedingt gut, lassen wir sie diese Arbeit tun, anerkennen wir diesen Beruf und bezahlen wir sie dafür wie jeden anderen Arbeitnehmer auch! Danke schön.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Dank an Peter Moser. Wir haben ein Stück Spannbreite der Positionen in dem Raum wieder einmal deutlich gemacht. Die nächste Wortmeldung ist die des Kollegen Mantl, der ist nicht mehr da. Der war am Vormittag mit der Buchpräsentation bereits engagiert. Luisa Grabenschwaiger, bitte!

**Mag. Luisa Grabenschwaiger** (Kordinatorin, kids-online Kindertelefon, Salzburg):

Ich habe in der Arbeitsgruppe schon auf die kids-line, das Kindertelefon Salzburg, hingewiesen und im Speziellen darauf, wie wichtig es für Kinder und Jugendliche ist, auch externe Ansprechpersonen, zB zum Thema der Sexualität, zu haben. Wir, das Kindertelefon, bieten Kindern diese Möglichkeit, wir unterstützen Kinder, Lösungsmöglichkeiten bei ihren eigenen kleinen und manchmal auch größeren Problemen zu entwickeln.

Aufgrund der Analyse unserer Daten stellen wir fest, dass immer mehr Kinder so etwas wie eine Art Deprivation oder Einsamkeit erleben, dass sie kaum Ansprechpersonen haben. Sie haben sehr häufig einfach den Wunsch nach Kommunikation mit einem menschlichen Wesen, würde ich sagen. Aber mir ist es ganz wichtig, diesen vermuteten Mangel an Ansprechpersonen nicht den Müttern oder Eltern anzulasten, sondern wie heute schon mehrfach aufgezeigt wurde, dass andere Arbeitszeitmodelle gefragt sind.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die kids-line im Auftrag des Landes Salzburg initiiert und 1999 von den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Telefonseelsorge und kids-line in Betrieb genommen wurde. Die Subvention des Landes (Abteilung 3/02 und Abteilung 2/05) wurde damals leider zu knapp bemessen, denn es kamen weit mehr Anrufe herein, als man vermutet hatte, sodass wir aus Kostengründen 2001 leider die Handys herausnehmen mussten, weshalb seit dieser Zeit unser Beratungstelefon nur mehr über das Festnetz erreichbar ist.

Diesen Missstand möchte ich heute aufzeigen und ich möchte alle bitten, dahingehend mitzuwirken, dass wir den Kindern in Salzburg wieder die Möglichkeit geben können, uns wieder über Handys erreichen zu können. Weiters möchte ich Sie als MultiplikatorInnen bitten, auf uns als Ansprechmöglichkeit für Kinder mit all ihren Anliegen, im Alter von ungefähr 10 bis 14 Jahren, hinzuweisen. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Luisa. Wir haben die weitere Vorgangsweise schon vor besprochen, wie wir bei den Telekom-Leuten versuchen werden, tätig zu werden. Die nächste Wortmeldung ist die des Rudolf Gruber, Geschäftsführer des Katholischen Familienverbandes Salzburg.

**Mag. Rudolf Gruber** (Geschäftsführer Katholischer Familienverband): Ich möchte noch einen Vorschlag einbringen, wie wir vielleicht doch noch zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft kommen könnten. Und zwar ist es ja so, wir haben heute Vormittag gehört, dass die Kinder sich nichts mehr wünschen, als dass die Eltern mehr Zeit für sie haben. Und das haben sie aber nicht, weil die Eltern unter dem Druck des Arbeitsmarktes stehen, das heißt, sie müssen sich sehr, sehr stark den Regeln und Geboten des Arbeitsmarktes unterordnen. Und jetzt hat über den Vorschlag von Erwin Buchinger, er hat als Erstes die Grundsicherung in die politische

Diskussion gebracht, und er hat aber gesagt, eine Grundsicherung bekommen jene Menschen, die sich für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen. Jetzt könnte man mit derselben Logik auch eine Grundsicherung für Familien fordern, das heißt Familien, die sich für die Familie zur Verfügung stellen, kommen in den Anspruch einer Art Grundsicherung. Ich glaube, dass das viele Eltern sehr stark entlasten würde und dass viele Eltern sich, wenn sie wissen, dass sie ein sicheres Netz haben, dass sie sich auch mehr Zeit für die Kinder nehmen würden und dass sie auch das Risiko eingehen würden oder zumindest im Arbeitsmarkt nicht mehr so oder nicht so schnell wieder in den Arbeitsmarkt drängen würden.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Rudi Gruber für diesen Hinweis. Frau Dr. Maria Zeilinger ist die Nächste auf meiner Liste, bitte Maria!

**Dr. Maria Zeilinger** (Obfrau Berufsgruppe BPKS): Vorausschicken möchte ich, dass eine Gesellschaft nur kinderfreundlich sein kann, wenn wir die Achtung aller Menschen im Auge haben. Werden Familien ausgegrenzt oder zu wenig unterstützt, die eben nicht so gut für Kinder sorgen können, dann ist das nicht kinderfreundlich. Ich habe die Rede unter den Titel „Kinderbetreuung: Anspruch und Realität“ gesetzt und habe so diese zwei Paare, Gegensatzpaare erlebt. Ich war sehr angetan von dem Vortrag von Herrn Prof. Fthenakis. Jetzt haben endlich einmal alle gehört, was wichtig ist, was die strukturellen Bedingungen für Kinderbetreuungen sind! Welche Qualifikation der Pädagoginnen wichtig ist. Von den Reaktionen im Publikum war ich dann eher irritiert. Ich denke mir, Kinder müssen uns so wichtig sein, dass wir wirklich die beste Ausbildung für die Leute fordern, die mit kleinen Kindern arbeiten. Man darf nicht immer verwechseln Familienerziehung und institutionelle Erziehung. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe und brauchen auch zwei verschiedene Qualifikationen.

Ich weiß, dass Eltern heute viel, viel mehr über Erziehung wissen wollen als früher. Ich war auch in Eltern-Kind-Gruppen tätig und habe erfahren müssen, wie wissensbegierig Eltern eigentlich sind, weil sie auch verunsichert sind. Es gibt auf der einen Seite viel Literatur über Erziehung und sie brauchen aber die Gewissheit, wo es lang geht und was gut für die Kinder ist.

Als Kritikpunkt habe ich mir gedacht, da gibt es heute wieder eine Tagung mit sehr hochkarätigen Leuten und es wird viel geredet und gute Dinge werden vorgeschlagen. Aber wie geht es weiter? Ist es vielleicht wieder nur eine Tagung, die ein bisschen beruhigt, dass diejenigen, die aufmüpfen, wieder einige Zeit ruhig sind. Und ich wünsche mir, dass aus dieser Tagung wirklich ein paar Wege beschritten werden, die heute als Vorschlag aufgetaucht sind. Die Hoffnung stirbt zuletzt. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Dr. Maria Zeilinger, der Vorsitzenden des Verbands der Pädagoginnen in Kinderbetreuungseinrichtungen. Ist das so korrekt? Danke, Maria.

Die Wortmeldungen, es liegen noch vor Walter Schuster, Luitgard Derschmidt und Helga Kasprian. Ich darf Walter Schuster bitten! Ist er noch im Raum, ich sehe ihn im Moment nicht. Dann darf ich das Wort weiter geben an die Frau Präsidentin Derschmidt, bitte Luitgard!

**Dr. Luitgard Derschmidt** (Präsidentin Katholische Aktion Salzburg): Ich werde nicht sagen, was ich mir vorher alles überlegt habe. Es ist heute schon sehr viel, sehr Gutes und Ausführliches gesagt worden. Ich denke, es braucht die Zeit, wie du, Michael, gesagt hast, darüber nachzudenken. Ich möchte mich nur ganz, ganz herzlich bedanken, dass die parlamentarische Enquete in dieser Form stattfinden konnte. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei allen, die sie vorbereitet haben, bei allen die sie gestaltet haben und auch bei den politischen Verantwortungsträgerinnen, die daran teilgenommen haben, und besonders bei jenen, die jetzt noch da sind. (Beifall) Ich glaube, das bedarf eines besonderen Lobes und Dankes.

Ich hoffe, wir alle und besonders die politischen Verantwortungsträgerinnen werden möglichst viele Konsequenzen aus dieser Tagung ziehen, wie gesagt wurde, und ich wünsche mir, dass möglichst viele die selbe Konsequenz ziehen und zwar wäre das ein Wunsch von mir, eine Familienverträglichkeitsprüfung für politische Entscheidungen im Land Salzburg (Beifall), auch richtungweisend für den Bund. Ich hoffe diese Konsequenz wird aus dieser Tagung gezogen werden.

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Präsidentin Derschmidt. Als Letzte bisher zu Wort gemeldet ist, Sie merken das Signal, die Frau Helga Kasprian, bitte schön.

**Helga Kasprian** (Leiterin Waldorf-Kindergarten): Ich möchte einfach auch dieses Forum dazu benutzen, im Namen von allen, die von der Basis kommen, nämlich aus dem Bereich der Vorschulerziehung, aus den Bereichen des Kindergartens und der Tagesbetreuungseinrichtungen, möchte ich hier stellvertretend sagen, dass es wunderbar war für mich zu erleben, wie sehr sich all das, was wir in mühevoller Zusatzarbeit zu unserer vollen Berufstätigkeit und unseren Familien als Ergebnisse erarbeitet hatten mit der höchsten Ebene, nämlich der wissenschaftlichen Ebene deckt, dass die Ergebnisse gleich sind. Und das ist etwas, was mich wahnsinnig freut und wo ich wirklich große Hoffnungen daran setze, dass das alles mehr Gewicht hat und auch mehr Gehör findet und vielleicht wirklich jetzt zu den lang ersehnten Verbesserungen führen wird. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Kasprian für Ihren Hinweis. Ich habe noch eine Wortmeldung bekommen von der Kollegin Margit Pfatschbacher, bitte schön!

**Abg. Pfatschbacher:** Geschätzte Damen und Herren, die noch anwesend sind!

Welche Wege führen uns wirklich in eine familienfreundlichere Gesellschaft? Und ich habe es in der Arbeitsgruppe schon erwähnt, also für mich fängt das viel früher an, das fängt an bei der Planung, bei der Lebensplanung. Wir wissen Umfragen danach, dass sich die Jugendlichen, also davon etwa 70 % aller Mädchen und 60 % aller Burschen eine Familie mit Kindern wünschen. Sie sehen es als eines ihrer wichtigsten Ziele an, neben dem Erfolg im Beruf auch eine Familie zu haben und vor allem eine Familie mit Kindern zu haben. Wie kommt es also dazu, dass sich Erwachsene immer seltener dieses Lebensziel dann wirklich erfüllen?

Wir leben in einer Wissensgesellschaft und der Aus- und Weiterbildung unserer Menschen wird immer mehr Zeit, aber auch viel mehr Wichtigkeit, viel mehr Priorität eingeräumt. Wir wissen, die Bildungszeit, die Ausbildungszeit dauert wesentlich länger und der Berufseinstieg erfolgt einfach später. Dann kommt der Berufseinstieg und der ist für unsere jungen Menschen viel schwieriger geworden. Er ist gekennzeichnet von Werkverträgen, von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Wenn dann der Berufseinstieg wirklich geklappt hat, ist die Entscheidung doch eine sehr schwierige, sich für Kinder zu entscheiden. Vor allem liegt die Erwartung noch immer bei den Frauen. Zu 95 % wird von den Frauen erwartet, dass sie den Beruf zumindest für eine ganze Zeit lang aufgeben. Und das denke ich ist der Knackpunkt, denn die jungen Frauen wollen das vorgegebene, das scheinbar vorgegebene traditionelle Rollenbild der Mutter einfach nicht mehr einnehmen. Sie verweigern diese Rolle ganz einfach. Und ich denke mir, hier müssen wir ansetzen.

Wir können hier ansetzen, indem wir den jungen Menschen einfach das Gefühl geben, es ist in Ordnung für sie, es ist völlig in Ordnung, wenn sie beides wollen. Wir müssen ihnen aber die Voraussetzungen dafür geben. Und hier müssen wir eine Kombination einfach ansetzen, die Kombination zum einen schon auch in einer Geldleistung, die vielleicht etwas anders als bisher ist. Ich glaube, da wird ein erster Schritt getan, indem das Kinderbetreuungsgeld einfach flexibler wird, dass es valorisiert wird. Aber natürlich auch Gesellschaftspolitik ist hier gefordert. Und in erster Linie die Arbeitszeitpolitik. Wir wissen, dass Zeit das wichtigste Gut hier ist, aber bei der Arbeitszeitpolitik für Eltern müssen unsere Arbeitnehmer, nicht nur sie flexibel sein, sondern vor allem die Arbeitgeberinnen sind gefordert. Denn wenn immer noch von den Frauen das erwartet wird, dann werden wir die Männer hier nicht in die Pflicht nehmen können. Arbeitgeber sind immer noch nicht bereit, ihre männlichen Arbeitnehmer als betreuungspflichtig zu sehen und das einfach zu akzeptieren, dass sie Pflegeurlaub nehmen und dass sie auch in Karenz gehen. Und ich denke mir, hier wird das große gesellschaftliche Problem sein. Hier müssen wir einen Point of return erreichen. Wenn wir das Gefühl geben, das es in der Gesellschaft erwünscht ist, die verschiedenen Formen zu leben, dass wir das akzeptieren, dass Kinder Eltern haben und nicht nur Mütter, dann können wir den Point of return schaffen, dann kön-

nen wir auch wieder höhere Geburtenzahlen erreichen. Und ich denke mir, hier wird es nicht nur an den Frauen liegen. Die Frauen verweigern sich derzeit sehr viel, denn es sind nicht nur die kinderlosen, die hier das Problem sind, sondern es sind die vielen Einkindfamilien. Denn Kinderlose haben wir schon immer gehabt, das haben wir an der Geburtenstatistik gesehen. Und ich denke ich mir, wenn wir Mut zum Kind machen, ist auch der Mut zu Kindern größer, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Margit Pfatschbacher. Die Nächste ist die Leiterin der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg, Dr. Andrea Holz-Dahrenstaedt!

**Dr. Andrea Holz-Dahrenstaedt** (Leiterin Kinder- und Jugendanwaltschaft): Danke schön. Ich denke, wir gehen sehr oft von unseren eigenen Berufsbildern aus, aus denen wir kommen, in denen wir täglich unsere Arbeit verrichten und das ist manchmal etwas ein gefärbter Blick. Ich würde mir wünschen, dass wir von dieser Tagung auch voneinander lernen und vielleicht von unseren vor gefassten Meinungen und Bildern und vielleicht auch Vorurteilen etwas abrücken können. Und die Vorträge, die auf wissenschaftlichen Grundlagen fundiert sind, dass wir da etwas übernehmen können und dass wir die ernst nehmen und diese Empfehlungen tatsächlich auch umsetzen werden.

Ich möchte drei Vorschläge machen, drei Wege zur Erreichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft und ich möchte zwei Hinweise geben. Die drei Vorschläge, ich denke man kann es einfach nicht oft genug sagen, dass die Kinderrechtskonvention ein ganz wichtiger Meilenstein, ein ganz wichtiges Gesetz ist, das auch in der Landes-Verfassung verankert ist. Dennoch, wenn wir es wirklich ernst nehmen, gibt es da viel zu tun und viele Vorschläge, die es auch schon gibt, nämlich diesen Nationalen Aktionsplan (NAP). Ich habe das auch in der Arbeitsgruppe am Nachmittag erwähnt. Der Nationale Aktionsplan, der konkrete Schritte zu den einzelnen Bereichen von Integration, von Kindern mit Migrationshintergrund, von Kindern aus benachteiligenden Situationen, zu Kinderarmut, zur psychischen Gesundheit, et cetera, gegeben hat, dass vielleicht auch im Land dieser Nationale Aktionsplan sowie die Kinderrechtskonvention noch konkret angeschaut werden auf die einzelnen Punkte, die man in Salzburg umsetzen kann.

Und das Dritte, es wurde vorhin erwähnt, die Familienverträglichkeitsprüfung. Ich würde mir wünschen, dass es so etwas gibt wie eine Kinderverträglichkeitsprüfung, denn es sind zwei Dinge, die oft zusammenhängen, also wenn unter diesem Motto einer Kinderverträglichkeitsprüfung alle zukünftigen Vorhaben angeschaut werden. Ja und wenn diese drei Punkte der Kinderrechtskonvention, beteiligen wir die Kinder, geben wir ihnen den nötigen Schutz und treffen wir die Vorsorge, dass es wirklich auch entsprechende Rahmenbedingungen gibt, ernst

genommen werden, ich denke dann haben wir viel erreicht, einen großen Schritt getan zur kinderfreundlichen Gesellschaft.

Und zwei Hinweise möchte ich geben: Wir haben vom 2. bis zum 8. Mai eine Ausstellung zum Thema „Benachteiligte Kinder und Jugendliche – Jugend ohne Netz“. Denn das Thema Kinder und Jugendliche ohne Netz, wie können wir das besser knüpfen, da geht es um diese ganzen Bereiche wie Kinderarmut, Kinder psychisch kranker Eltern, Kinder alkoholkranker Eltern geht uns alle an. Was führt dazu? Welche Schicksalsschläge, welche Faktoren sind es, ist es sozusagen Glück oder Unglück wie das Schicksal fällt? Manchmal ist es der Tod eines Familienmitglieds, ein Unfall, eine Krankheit, die dazu führt, dass Kinder zu Außenseitern werden, ausgegrenzt werden und einfach schwierigere Start- und Lebensbedingungen haben. Dafür soll die Ausstellung sensibilisieren, Defizite und Lücken, aber auch Lösungen und Angebote aufzeigen.

Der zweite Hinweis gilt unserem Mentorenprojekt, weil auch oft der Begriff „Mut machen“ gefallen ist. Ich darf Sie hiermit auch einladen, alle die einen kleinen Beitrag leisten wollen und können, in ihrer Freizeit ehrenamtlich – es muss nicht immer alles etwas kosten – Jugendliche zu unterstützen. Wir haben ein Patenschaftsprojekt unter dem Motto „Mut machen“ ins Leben gerufen und zwar für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, die eben nicht das Glück haben, ausreichend von zuhause unterstützt zu werden. Man kann sich bei uns melden, sei es um einem Jugendlichen nicht österreichischer Herkunft Deutschnachhilfe zu geben, um österreichisch zu kochen, kleine Dinge, Alltagsdinge des Lebens beizubringen, ihm Mut zu machen eben und ihn in seinem Selbstwert zu unterstützen, so wie wir das auch heute gehört haben von Prof. Fthenakis als eines der wichtigsten Bildungsziele, den Selbstwert von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Und danke für diese Enquete, die Kinder- und Jugendanwaltschaft wird ihres dazu beitragen, Kindern, die in Not sind, Kindern, die in Problemlagen sind, zu einer Lösung beizutragen, ein Stückchen Positives zu vermitteln und zu helfen. Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Frau Dr. Holz-Dahrenstaedt. Als Nächster am Wort ist Erich Schmidt, bitte schön Erich!

**Erich Schmidt** (Hortpädagoge, Kindergarten und Hort Kendlerstraße Mitte): Wie gesagt, Erich Schmidt ist mein Name. Ich bin Sozialpädagoge in einem städtischen Hort in Salzburg.

Ich wollte nur eine, zwei Beobachtungen, die ich in letzter Zeit in den Nachrichten, in den Lokalnachrichten gehört habe, mitteilen, aber die sind sehr bezeichnend. Heute früh war die Meldung in den Lokalnachrichten, dass die Mülldeponie, die ehemalige, in Anif saniert werden muss. Kostet, ich habe mir gar nicht gemerkt wie viele Millionen Euro, und dann Interview mit

dem Bürgermeister. Der hat gesagt: „Ist eh klar, müssen wir machen, okay. Geld haben wir nicht, aber wir werden schauen, wo wir es herkriegen.“

Die andere Beobachtung ist schon eine Zeit lang her, war während der Koalitionsverhandlungen, wie es geheißen hat: „Die Schülerhöchstzahlen werden auf 25 gesenkt.“ Ist ausgemacht worden von den Verhandlern, dann sind interviewt worden der Herr Mödlhammer für den Gemeindebund und der Herr Schaden für den Städtebund. Und beide haben unisono gesagt, fast wortwörtlich: „Wir haben kein Geld, geht nicht.“

Und das ist so bezeichnend. Wenn es um wirklich wichtige Sachen geht, die seit Jahrzehnten gefordert werden für Kinder, die genauso wichtig sind in der Richtung wie das andere in der gesundheitlichen Richtung mit der Mülldeponie. Da wird gesagt, okay ja, schau wir, irgendwie muss es schon gehen. Aber bei den Kindern wird sofort abgeschmettert: Nein, wir zahlen das nicht, das muss wer anderer zahlen. Da kommt keiner auf die Idee zu sagen: Ja, wichtig ist es, aber bitte schauen wir halt. Irgendwie werden wir es schon schaffen. Und genau das ist eben das Problem, die Wertigkeit, die die Kinder und die überhaupt Pädagogik heute hat. Und die Appelle sind an euch Politiker und höhere Beamte wieder einmal gerichtet. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Erich Schmidt. Der Nächste ist Johannes Lettner, bitte!

**Johannes Lettner** (Katholische Jugend): Ich möchte nur einen kurzen Appell anschließen. Es ist heute etwas ganz zu kurz gekommen. Nach meiner Einschätzung, ist immer über die Förderung geredet worden, über Lernen am besten schon mit den Nulljährigen, also am besten schon vor der Geburt. Was ganz zu kurz kommt ist das "Unverzweckte", die unverzweckte Zeit, die auch Eltern mit den Kindern verbringen, die auch Kinder untereinander verbringen, sei es die Kleineren in der Jungschar oder bei den Kinderfreunden oder wo auch immer oder auch die größeren Jugendlichen in einem Jugendzentrum. Einfach die freie Zeit, um miteinander Gesellschaft und Gemeinschaft zu lernen.

Ich denke mir, dass das gemeinsame Lernen es genauso wichtig ist wie die Bildungsförderung. Diese unverzweckte Zeit darf auch nicht zu kurz kommen. Man darf den Eltern, glaube ich, nicht nur den Druck machen, du musst dein Kind fördern, du musst dein Kind auf einen hohen Level raufbringen. Ich glaube, dass die Zeit, die wir unverzweckt mit unseren Kindern haben – genauso wichtig ist und wahrscheinlich jetzt für die Bindung zwischen Vater, Mutter und Kind wichtiger ist. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Danke, Johannes Lettner. Die mir bisher als letzte vorliegende Wortmeldung ist die der Kollegin Ingrid Riezler, bitte schön!

**Abg. Riezler:** Vielleicht nur noch ganz kurz. Und zwar die Diskussion insbesondere hier im Plenum, aber auch in der Arbeitsgruppe hat mir gezeigt, dass wir hier in Salzburg oder vielmehr viele hier in Salzburg noch nicht die Entscheidung getroffen haben, ist es jetzt im Vorschulbereich Betreuung oder ist es Bildung. Und ich glaube, diese Entscheidung sollte endlich einmal getroffen werden. Und zwar in der Hinsicht, dass es Bildung ist. Dann kann ich nicht sagen, dass ein verpflichtendes Vorschuljahr nicht in Frage kommt. Dann kann nicht in einem Gesetz drinstehen, der Besuch des Kindergartens ist freiwillig. Wenn es eine Bildung ist, dann ist es gut für die Kinder und dann ist es zum Wohl des Kindes und dann ist es nicht möglich, dass es in heilen Familien, die ich in Anführungsstriche setze, weil ich glaube, davon gibt es sehr, sehr wenige, funktioniert, ohne Unterstützung von Institutionen. Das ist mein Wunsch an meine Kolleginnen und Kollegen, diese Entscheidung zu treffen. Wollen wir Bildung im Vorschulbereich oder nur Betreuung? Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident MMag. Neureiter:** Meine Damen und Herren, wenn ich es richtig sehe, gibt es Ihrerseits keine Diskussionsbeiträge mehr. Dann darf ich versuchen, die angekündigte Zusammenfassung in der notwendigen Kürze zu servieren.

Ich darf festhalten, dass sich in den Foren etwa 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengefunden haben und jetzt in der Schlussrunde 74 Personen anwesend sind. In diesem besonders geeigneten Bildungszentrum St. Virgil, besonders geeignet für diese Form von Veranstaltung, das kann auch einmal gesagt werden, dass wir hier ein Haus der besonderen Art haben.

Ich möchte zweitens sagen, dass es 167, wie vorhin schon vorgeschlagen, Ergebnisse aus jeweils persönlicher Sicht gibt, die sicher auch die anwesenden Spitzenbeamten mitnehmen werden, zum Beispiel der Hofrat Alfred Berghammer als Leiter der Abteilung 2 oder Mag. Prise aus der Abteilung 3 usw. Wir werden ja in aller notwendigen Kürze als Dokumentation vorlegen.

Ich möchte drittens sagen, dass wir natürlich die neue Form der heutigen Enquete evaluieren werden, ohne dass das inhaltlich schon irgendwas bedeuten sollte. Ist das das geeignete Modell oder sollen wir zurückkehren zum kürzeren?

Ich möchte viertens den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Ihnen und Euch allen ein Danke sagen dafür, dass Sie ausgehalten haben, diese doch beachtliche Zeit. Ich möchte ganz besonders den Referentinnen und Referenten danken. Es ist unter uns noch immer Frau Dr. Perwanger. Es ist unter uns Frau Dr. Buber-Ennser und Frau Ehrhardt. Danke, dass Sie die

Gesprächsforen begleitet haben, danke dass Sie jetzt noch Zeit gehabt haben, hier auch die ergänzenden Beiträge mitzuerleben!

Ich möchte fünftens namens meiner Kolleginnen und Kollegen - Klubvorsitzender David Brenner, Hannes Ebner, Waltraud Ebner, Lukas Essl, Roland Meisl, Margit Pfatschbacher, Ingrid Riezler, Wolfgang Saliger, Cyriak Schwaighofer, Hilde Wanner, Robert Zehentner und in meinem Namen, wir sind also jetzt 12, von den 36 anwesend, dafür danken, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Und ich möchte schließen mit zwei Zitaten, die ohne Absicht von zwei Männern, die im Raum sind, stammen. Das eine Zitat hat Erich Schmidt verwendet, der in einem kurzen Gespräch nach dem Gesprächsforum 2 gesagt hat: „Es ändert sich zu wenig. Das haben wir schon vor 30 Jahren gehört.“ Und eine zweite positive Meldung. Der Zeuge ist nicht mehr da, Prof. Engelbert Plöchl, der mir gesagt hat: „Es war sehr stimulierend. Es geht ja weiter.“ Selbiges hofft auch für Sie und für mich Ihr Moderator. Ich wünsche einen schönen Abend. Danke!

**(Ende der Enquete: 16:52 Uhr)**